

**Michael Haller**



# Zwischen „Flüchtlingskrise“ und „Migrationspakt“

**Mediale Lernprozesse auf dem Prüfstand**

**Ein Projekt der Otto Brenner Stiftung  
Frankfurt am Main 2019**

**OBS-Arbeitspapier 37**

OBS-Arbeitspapier 37  
ISSN: 2365-1962 (nur online)

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung  
Jupp Legrand  
Wilhelm-Leuschner-Straße 79  
D-60329 Frankfurt am Main  
Tel.: 069-6693-2810  
Fax: 069-6693-2786  
E-Mail: [info@otto-brenner-stiftung.de](mailto:info@otto-brenner-stiftung.de)  
[www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

Autor:

Prof. em. Dr. phil. Michael Haller (Universität Leipzig)  
Wissenschaftlicher Direktor des Europäischen Instituts für  
Journalismus- und Kommunikationsforschung (EIJK)  
[haller@uni-leipzig.de](mailto:haller@uni-leipzig.de)

Projektsteuerung:

Jupp Legrand (OBS)

Satz und Gestaltung:

think and act –  
Agentur für strategische Kommunikation

Titelbild:

picture alliance/Kay Nietfeld/dpa

Redaktionsschluss:

27. Februar 2019

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitspapier darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitspapieren werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Arbeitspapiere erscheinen nur online, nicht als Printprodukt. Download und weitere Informationen:  
[www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

## Vorwort

Die scharfe Kontroverse, die im Sommer 2015 mit der „Flüchtlingskrise“ aufgebrochen ist und seither immer wieder für Schlagzeilen sorgt, ist noch nicht ausgestanden. Auch im Wahljahr 2019 – neben der Europawahl finden eine Bürgerschaftswahl, drei Landtagswahlen sowie einige Kommunalwahlen statt – steht das Thema „Migration“ weiterhin auf der politischen Agenda. Die Gräben zwischen den politischen Lagern sind noch immer tief, die Brücken nicht wiederaufgebaut. Diskurs und Debatte scheinen kaum möglich. Viele Aufsätze und Bücher, die zum Miteinander-Reden auffordern, lesen sich wie Appelle, die zwar gehört, aber nicht befolgt werden.

Im Sommer 2017 sorgte ein [OBS-Forschungsbericht über „Die ‚Flüchtlingskrise‘ in den Medien“](#) für erheblichen Wirbel. Es handelte sich um die bislang umfangreichste, methodisch äußerst aufwendige Untersuchung darüber, wie die Medien das Flüchtlingsthema behandelten. Die Studie kam zu dem Schluss, dass der Informationsjournalismus bei diesem vielschichtigen Thema seiner Aufgabe nicht gerecht wurde. Indem er einseitig – meist aus Sicht der politischen Eliten, zudem oft meinungsbetont – berichtete, wirkte er nicht diskursiv, sondern vielmehr polarisierend. Die Studie sprach von schwerwiegenden „Dysfunktionen“ der Informationsmedien.

Autor und Stiftung gingen damals davon aus, dass angesichts der historischen Relevanz der Flüchtlingspolitik „eine genaue Betrachtung von Rolle, Funktion und Selbstverständnis der Medien unerlässlich“ sei. Wir gaben der Hoffnung Ausdruck, „dass unsere Studie dazu einen ebenso kritischen wie konstruktiven Beitrag leistet, der zu kontroversen Debatten einlädt und zu weiteren Forschungen motiviert“.

Beides trat ein. Unter Journalisten und Medienbeobachtern löste die Studie eine intensive, [zu Teilen auch von Fehldeutungen geprägte Debatte](#) aus. Mancher Rezensent schien von der Überzeugung beflügelt, die Hilfsbereitschaft der Deutschen müsse auch von den Journalisten unterstützt und verstärkt werden. Deshalb sei die im Sommer und Herbst 2015 mit der „Willkommenskultur“ intonierte Medienkampagne gerechtfertigt gewesen. Durfte, sollte der Informationsjournalismus also „Partei für die gute Sache“ ergreifen?

Der Studie Michael Hallers von 2017 lag allerdings ein anderes Funktionsverständnis zugrunde: In unserer pluralistischen, meinungsoffenen Demokratie soll der tagesaktuelle Journalismus nicht Partei ergreifen, nicht moralisieren und polarisieren. Er soll vielmehr umfassend informieren und sich um den gesellschaftlichen Diskurs kümmern, für Verständigung eintreten und dadurch integrative Prozesse stärken. Diese normativ begründete Rollenzuschreibung ist an sich nichts Neues;

sie wird vom Presserecht, von der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, vom Pressekodex, von Medienethikern und vielen Medienmachern „theoretisch“ bestätigt und bekräftigt. Daher ging die Studie der Frage nach, ob beziehungsweise wie weit dieses Leitbild in der Praxis des tagesaktuellen Journalismus befolgt wird. Die ermittelten „Dysfunktionen“ beschreiben die Dissonanz, die beim Themenfeld „Flüchtlingskrise“ zwischen dem normativ geforderten und dem real beobachteten Informationsjournalismus besteht.

An diesem Punkt setzen wir mit dem hier vorliegenden Bericht an. Er besteht aus einer Fallstudie und einem Report. Anknüpfend an die erwähnten Dysfunktionen geht die Fallstudie im ersten Teil der Frage nach, ob die tagesaktuellen Medien das Politikthema „Migration“ heute offener, vielleicht diskursiver behandeln als früher und öffentlich zur Diskussion stellen. Um dies herauszufinden, wurden in den überregionalen Medien die journalistischen Beiträge über den „UN-Migrationspakt“ im zweiten Halbjahr 2018 ausgewählt und mit quantitativen wie qualitativen Verfahren durchleuchtet. Die aktuellen Befunde lassen – bei einigen dieser Medien – auf einen veränderten Modus des Thematisierens und insofern auf Lernprozesse schließen. Der im zweiten Teil wiedergegebene Report befasst sich ebenfalls mit Lernprozessen. Er knüpft an die kontroverse Debatte an, die jene umfassende Erhebung von 2017 vor allem unter Journalisten und Medienmachern der Lokal- und Regionalzeitungen ausgelöst hat. Er berichtet, wie in Redaktionsgesprächen einige Kernbefunde der Studie beurteilt, vor allem, welche Folgerungen gezogen wurden. Gerade in dieser Hinsicht gibt der Report manches Ergebnis wieder, das von uns nicht erwartet worden war.

Autor und Stiftung hoffen, dass die Fallstudie (erster Teil) und der Report (zweiter Teil) in der Diskussion über „Dysfunktionen“ des Journalismus die seit der „Flüchtlingskrise“ verhärteten Fronten hinter sich lassen und beim Wiederaufbau der Brücken hilfreich sind. Denn auch diese Publikation soll, ebenso wie der Journalismus, im Dienste der Verständigung für Aufklärung sorgen.



Jupp Legrand  
OBS-Geschäftsführer  
Frankfurt/Main, im April 2019



Michael Haller  
Studienautor  
Hamburg, im April 2019

# Inhalt

	<b>Einführung: Über mediale Lernprozesse .....</b>	<b>6</b>
<b>1</b>	<b>Die Leitmedien: Wie haben sie über den UN-Migrationspakt aufgeklärt? .....</b>	<b>8</b>
1.1	Die im öffentlichen Diskurs zu behandelnden Problemthemen .....	8
1.2	Der Themenverlauf in den Printausgaben der Tageszeitungen.....	10
1.3	Der Themenverlauf in den Onlineausgaben der überregionalen Tageszeitungen .....	17
1.4	Die Politiker auf der Bühne der Medien .....	21
1.5	Zusammenfassung und Interpretation.....	26
<b>2</b>	<b>Lokal- und Regionalpresse: Lernprozesse aus dem Umgang mit der „Flüchtlingskrise“ .....</b>	<b>32</b>
2.1	Die drei Phasen der Rezeption .....	40
2.2	Was könnte besser werden? Fünf themenzentrierte Diskussionen.....	42
2.3	Folgerungen aus den Diskussionen .....	57
	<b>Resümee: „Lernen“ in Medienredaktionen .....</b>	<b>59</b>
	<b>Anhang</b>	
	Literatur.....	63
	Verzeichnis Abbildungen und Tabelle .....	65
	Hinweise zum Autor.....	65

## Einführung: Über mediale Lernprozesse

Am 13. Oktober 2018 schreibt der stellvertretende Chefredakteur des *Hamburger Abendblatts* (HA), Matthias Iken, einen Beitrag, den er so einleitet: „Was in einer Willkommenseuphorie begann, wendete sich bald zum Katzenjammer. Rückblick auf ein verflogenes Septembermärchen“. Er erinnert sich und seine Leser an jene Monate, als in den Großstädten viele Tausend Einheimische die über Ungarn Geflüchteten mit Willkommensplakaten begrüßten, sie mit üppigen Spenden versorgten und aufopfernd betreuten. Man erlebte, wie sich „Großherzigkeit und Großmut verband[en]“ – für kurze Zeit.

In seinem Artikel denkt der Journalist weiter darüber nach, wie es kommen konnte, dass sich so viele Menschen – und Journalisten – in diese Willkommenseuphorie hineinsteigerten. Ihm kommt der britische Politologe Anthony Glee in den Sinn, der am 8. September 2015 im Deutschlandfunk den für viele Hörer schockierenden Satz sagte: Deutschland benehme sich wie ein „Hippie-Staat, der sich nur von Gefühlen leiten lässt“. Angesichts der Idee der „offenen Grenzen“ seien viele Briten überzeugt, „die Deutschen hätten den Verstand verloren“.<sup>1</sup>

Rückblickend erinnert Iken auch daran, dass es „in Deutschland nie eine rationale Debatte über Chancen und Grenzen der Einwanderung, sondern einen irrationalen Überschwang“ ge-

geben habe. Man fände sich selbst im „hellen Deutschland“ und empfinde die Gegner der Willkommenskulturgesellschaft als Bewohner Dunkeldeutschlands. „Gleichsam wurden in diesem eindimensionalen Hell-dunkel-Schema alle Zwischentöne, Zweifel und Fragen in eine radikale Ecke befördert. Und das Unheil nahm seinen Lauf.“ Er erinnert an die euphorische Stimmung im Bundestag vor allem bei der SPD und den Grünen, als das Parlament die von Kanzlerin Merkel bereits beschlossene „Grenzöffnung“ (das heißt die Aufnahme der Migranten) guthieß. Iken: „Auch die meisten Medien, uns eingeschlossen, haben sich 2015 nicht mit Ruhm bekleckert. Eine Ursache der heute beklagten Medien- und Vertrauenskrise dürfte im Hurra-Journalismus jener Tage liegen.“<sup>2</sup>

Bemerkenswert an dem Artikel (dem Aufmacher des Lokalteils) ist das Eingeständnis, bei diesem Hurra-Journalismus in vorderster Linie die Fahnen mitgeschwungen zu haben: eine selbstkritische Haltung, die sich zudem in einer gegenüber jenen Zeiten deutlich differenzierteren Vermittlung des Migrationsthemas spiegelt.

Das *Hamburger Abendblatt* steht damit nicht allein, auch andere Medien beobachteten das Geschehen wieder mit beiden Augen aus hinreichender Distanz – und gewinnen an Tiefenschärfe.<sup>3</sup> Den Unterschied macht die

<sup>1</sup> Was Iken nicht erwähnt: Glee sah auch einen Zusammenhang zwischen Merkels Flüchtlingspolitik und dem (durch die überfüllten Flüchtlingscamps in Calais substantiierten) Wunsch vieler Briten, die Kontrolle über ihre Grenzen zurückzuerlangen. Sie folgten der Kampagne „Vote Leave“, die auf Merkels „Willkommenskultur“ explizit Bezug nahm, und stimmten für den Brexit (Glee 2017: 204 f.).

<sup>2</sup> Dieser Vorwurf gilt nicht für den Verfasser Iken, der gleichsam als einsamer Rufer schon frühzeitig auf die mit „rechtsfreien Räumen“ und „offenen Grenzen“ verbundenen grundrechtlichen Probleme hingewiesen hatte (siehe u. a. HA vom 15.01.2013 und 09.01.2014).

<sup>3</sup> Dies gilt für einige der von uns beobachteten Regionalzeitungen und vor allem für einige Wochenmedien (*Die Zeit*, *Der Spiegel*), die bereits im zweiten Quartal 2016 – nachdem die mit der Silvesternacht 2015/16 verbundene Skandalberichterstattung abgeklungen war – die Merkelsche Flüchtlingspolitik kritischer beurteilten.



selbstkritische Offenheit der Hamburger aus, die darin mehr Transparenz zeigen als Kolleginnen und Kollegen anderer Tageszeitungen.

Im Jahr 2019 stellt sich daher die Frage, ob die mediale Bearbeitung des Konfliktthemas „Migration“ gegenüber 2015/16 insgesamt wieder offener geworden ist. Haben die Journalisten der Informationsmedien ihre bipolare Sicht – wir im Hellen, die andern im Dunkeln – überwunden zugunsten eines facettenreichen Bildes der Migrationsthematik? Sind sie inzwischen in ihrer Wahrnehmung so vorurteilsfrei, dass sie Missstände untersuchen und abweichende, auch oppositionelle Positionen und Argumente aufgreifen, prüfen und – frei von Moralismus – ins öffentliche Gespräch einbringen?

Genau dies war eine der zentralen Fragen, auf die unsere Studie über „Die ‚Flüchtlingskrise‘ in den Medien“ (OBS-Arbeitsheft 93, Juli 2017) seinerzeit eine Reihe von Antworten gegeben hat, die zu Skepsis Anlass gaben (eine Zusammenfassung findet sich zu Beginn des 2. Teils dieses Berichts). Von daher lautet die heutige Frage: Sind jene Antworten durch den seit Ende 2016 zu beobachtenden Lernprozess vieler Journalisten vielleicht überholt?

Die hier vorgelegte Follow-up-Studie interessiert sich näher für diese Lernprozesse und greift die obige Frage in zweierlei Hinsicht auf:

(1) Thematisiert der Informationsjournalismus aktuelle Problemthemen rund um den Komplex „Migration“ inzwischen mit weniger Moralismus, unvoreingenommener, mehrstimmiger – kurz: diskursiver – als in der damals von uns untersuchten „heißen“

Phase der sogenannten Flüchtlingskrise (Januar 2015 bis April 2016)?

(2) Wie verlief die Rezeption unserer Studie, die nicht als Medienkritik, vielmehr als Diagnose gedacht war? Wie sind die „betroffenen“ Journalisten und Redaktionen vor allem der Lokal- und Regionalzeitungen mit ihr umgegangen: Waren die Befunde („Dysfunktionen“) für sie belanglos, ärgerlich oder auch nützlich?

Die erste Frage untersuchen wir hier anhand der im Jahr 2018 aktuellen Kontroverse um den „UN-Migrationspakt“. Gegenstand sind die tagesaktuellen Leitmedien, in erster Linie die fünf überregionalen Tageszeitungen sowie die *Tagesschau*, die als „Meinungsführer“ gelten. Dabei verbinden wir quantitative Erhebungen (Häufigkeiten) mit qualitativen Textuntersuchungen. Unser Untersuchungsbericht hierzu bildet den ersten Teil.

Die Antworten auf die zweite Frage ergeben sich aus den Erfahrungen, die wir in Gesprächen, Diskussionsveranstaltungen, Tagungen und Workshops seit dem Sommer 2017 – also seit der Veröffentlichung unserer Studie – gesammelt und ausgewertet haben. Der Bericht darüber bildet den zweiten Teil.

Beide Berichte zusammen liefern so etwas wie eine Momentaufnahme von unterwegs: von der langen Wegstrecke, die der Informationsjournalismus derzeit durchwandert, um dorthin zu kommen, wo seine demokratietheoretisch begründeten Aufgaben und seine reale Aussagenproduktion (wieder) näher beieinander sind.

## 1 Die Leitmedien: Wie haben sie über den UN-Migrationspakt aufgeklärt?

Zu den im Jahr 2018 von Politikern und Medien gefeierten Leistungen zählt der sogenannte *UN-Migrationspakt*, der im Juli in New York fertiggestellt wurde und dem die „Staaten-gemeinschaft“ der Vereinten Nationen im Dezember 2018 zustimmte. „Es müsste ein Feiertag sein. Zu feiern gäbe es eine Sternstunde der internationalen Zusammenarbeit“, kommentierte die *Süddeutsche Zeitung* am 11. Dezember 2018. Oder handelte es sich im Nachgang der Flüchtlingskrise um ein neues Beispiel dafür, wie die öffentliche Debatte zum Konfliktthema Migration/Migranten unterbunden wird? „Ein Pakt, der spaltet“, titelte *Die Zeit* (Nr. 46, 07.11.2018). Stimmt demnach die im Ton leiser Verzweiflung gehaltene Kritik eines Zeitungskommentars von Ende November 2018, in dem es hieß:

„Ganz unabhängig davon, wie man inhaltlich zu diesem Papier steht, ist doch alleine der Eindruck fatal, hier solle eine internationale Vereinbarung ohne politische Diskussion durchgewunken werden. Dass man diesen Eindruck entstehen ließ, ist umso unverständlicher, als seit dem Flüchtlingsherbst des Jahres 2015 das Misstrauen der Bürger gegenüber der Politik spürbar gewachsen ist. Dabei spielte auch das Argument eine Rolle, es habe im Bundestag nie eine offene Debatte über die Flüchtlingspolitik gegeben. In Erinnerung bleibt die Kölner Silvesternacht, nach der erstmals versucht wurde, politisch unangenehme

Fakten möglichst nicht sofort und nicht in vollem Umfang publik zu machen. Seitdem ist ein Grundverdacht in der Welt, und es wäre oberste Pflicht der Politik, diesen auszuräumen. Stattdessen wurde er im Umgang mit dem UN-Migrationspakt nur noch weiter befeuert“ (*Die Welt*, 20.11.2018).

Es könnte allerdings auch sein, dass beide Sichtweisen zutreffen – und eine dritte These beide verbindet: Dass nicht allein die regierenden Politiker die Verhinderer waren, sondern auch die Leitmedien, indem sie der Themenagenda der Bundesregierung folgten und die Bedeutsamkeit des Vorgangs nicht erkannten. Als dann die politischen Konflikte hochkochten, polemisierten sie zunächst gegen die Kritiker, um dann, als der Pakt als „umstritten“ erkannt wurde, gegen die Regierungsparteien zu wettern, die dem Diskurs aus dem Wege gegangen waren.

Trifft diese Vermutung zu? Im Folgenden wollen wir sie überprüfen und dabei die Frage mitlaufen lassen, ob die im Zusammenhang mit der „Flüchtlingskrise“ ermittelten Dysfunktionen (Haller 2017: 133-139) bei diesem aktuellen Thema sich fortgesetzt, abgemildert oder vielleicht aufgelöst haben.

### 1.1 Die im öffentlichen Diskurs zu behandelnden Problemthemen

Im zweiten Halbjahr 2018 publizierten die über-regionalen Informationsmedien<sup>4</sup> in Deutsch-

---

<sup>4</sup> *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *faz.net*; *tageszeitung* und *taz.de*; *Süddeutsche Zeitung* und *sueddeutsche.de*; *Bild-Zeitung* und *bild.de*; *Die Welt* und *welt.de* sowie die *ARD-Tagesschau* mit *tagesschau.de* und (begrenzt auf Juli bis Oktober 2018) zum Abgleich *spiegel.de*.



land insgesamt 866 Texte, Audios und Videos, die das Thema „UN-Migrationspakt“ behandelten oder auf dieses Thema in anderen Ereigniszusammenhängen Bezug nahmen.<sup>5</sup> Hat diese intensive Publikationstätigkeit auch inhaltlich das Erfordernis erfüllt, die Menschen umfassend über den Gegenstand und die mit ihm verbundenen Positionen, Einwände und Kontroversen ins Bild zu setzen?

Unsere qualitativ angelegte Durchsicht der rund 700 Presstexte ergab, dass spätestens ab Mitte Juli 2018 folgende vier Themenfelder weithin strittig und im medialen Diskurs zu klären waren:

1. **Inhalt:** Verständnisfragen zu Inhalten des Pakts (wie: Klärung der staatverpflichtenden „Ziele für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“, die als problematisch bezeichnet wurden);
2. **Implementierung:** Problemfragen zum völkerrechtlichen Status und damit zur Verbindlichkeit des Paktes (wie: Geltung des Begriffs „Verpflichtung“; Bedeutung von unverbindlichen Formulierungen, „soft law“ genannt, für die Rechtsprechung);
3. **partizipatorische Bürgergesellschaft:** die unzureichende und insofern zu Fehldeutungen („Geheimhaltung!“) verleitende Kommunikationspolitik der Bundesregie-

rung seit der Fertigstellung des Pakt-Entwurfs;

4. **demokratische Legitimation:** die Forderung gegenüber der Bundesregierung, den Pakt nicht als Kabinettsache „durchzuwinken“, vielmehr seinen Status und seine Inhalte „breit“ zu diskutieren und ihn dem Bundestag zur Abstimmung zu unterbreiten.

Die mit politischen Konfliktthemen verbundenen Anforderungen an die Medien betreffen von daher nicht nur deren Informationsleistung; bedeutsamer ist ihre auf Diskursivität gerichtete Orientierungsfunktion.<sup>6</sup> Unsere Frage lautet von daher: Ist es den Journalisten der Informationsmedien gelungen, die verschiedenen Positionen und Überzeugungen aufzugreifen, zu versachlichen und in einen klärenden öffentlichen Diskurs einzubringen?

Unter dieser Fragestellung haben wir die Themenbehandlung der beiden meinungsführenden Tageszeitungen – der *Süddeutschen Zeitung* und der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* – untersucht und mit der *Welt*, der *tageschau* (*taz*), der *Bild-Zeitung* und per Stichproben mit der *Tagesschau* abgeglichen. Zudem haben wir die Informationsleistung der Onlinenewssites der fünf Presseverlage mit jener ihrer Zeitungen verglichen.

---

5 Suchfrage „\$Migrationspakt\* OR \$Migrationsvertrag\*\*“ (Quellen: bereinigte WISO-Datenbank sowie SZ- und FAZ-Datenbanken, *taz*-Archiv und ARD-Archiv). Unikate Treffer: SZ Print 63, online 103 (bereinigt 41); FAZ Print (Tageszeitung) 105, online 86; *taz* Print 47, online 57; *Die Welt* Print 70, online (bereinigt) 175; ARD-*Tagesschau* inkl. *tageschau.de* und Audio/Radio-Produktionen: 142 (Hinweis: Über die gegen den Migrationspakt gerichteten Auftritte des AfD-Abgeordneten Hebner im Bundestag im Frühjahr 2018 haben die Medien nicht berichtet).

6 Die Orientierungsfunktion ist umfassender als die auf Sachdarstellung bezogene Informationsfunktion (Maurer u. a. 2019: 19 f.). Sie vermittelt auch die mit den Sachverhalten verbundenen Kontexte und öffentlich artikulierten Positionen, deren Kenntnis eine für deliberative Diskurse notwendige Voraussetzung ist (Haller 2014: 44 f.; Haller 2016: 179 ff.).

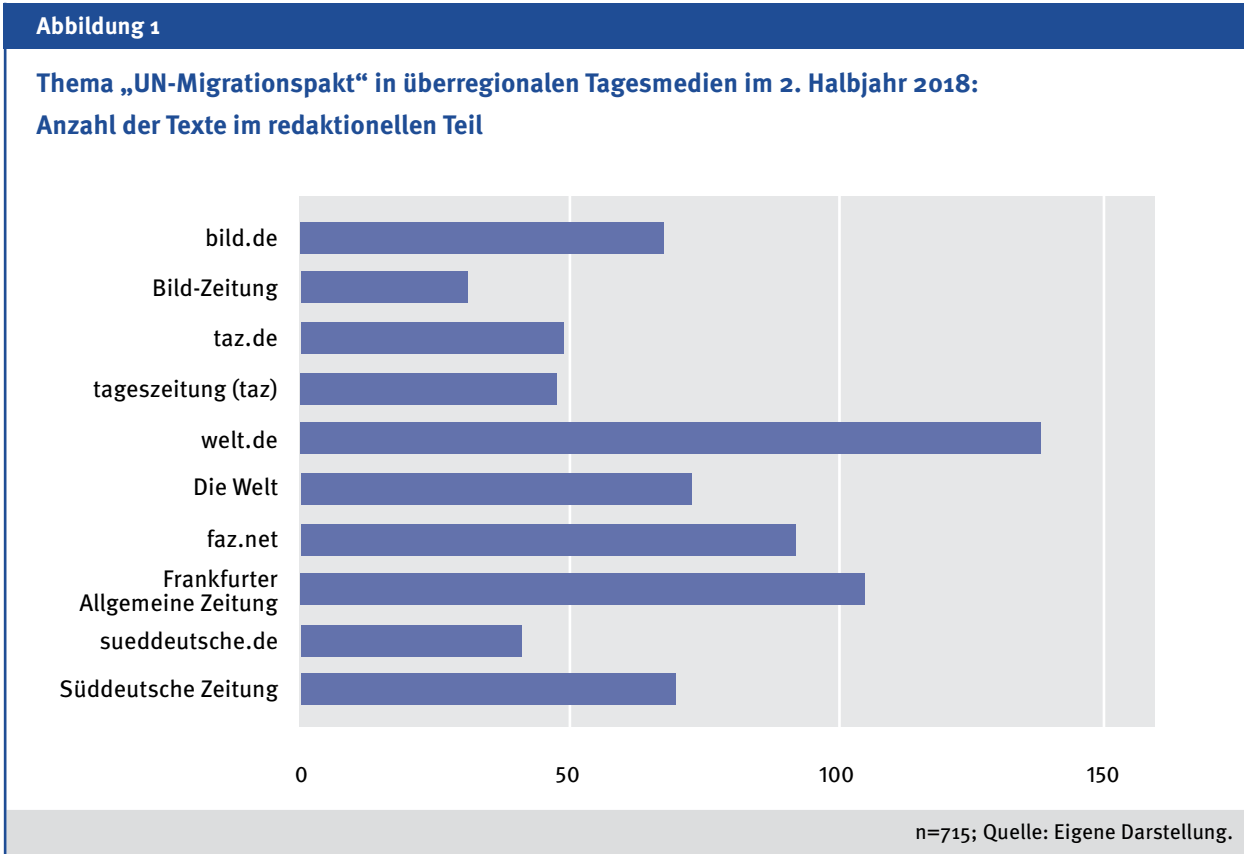
### 1.2 Der Themenverlauf in den Printausgaben der Tageszeitungen

#### *Süddeutsche Zeitung (SZ) und Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*

Am Montag, 10. Dezember 2018 stimmte Bundeskanzlerin Merkel mit 163 weiteren Staatsvertretern in Marrakesch dem UN-Migrationspakt zu. Zwei Tage zuvor hatte die *Süddeutsche Zeitung* in ihrer Wochenendausgabe ein Streitgespräch zwischen zwei Experten publiziert: auf der einen Seite Justizministerin Katarina Barley, auf der anderen der Rechtsphilosophie-Professor Reinhard Merkel. „Brandgefährlich“ – „bodenlos naiv“ lau-

teten zwei zur Doppelüberschrift montierte Zitate. Das Gespräch hatte einen Umfang von 13.000 Zeichen, darin wurden einige der Positionen ausgetauscht, die in den vorangegangenen zwölf Wochen von Befürwortern und Kritikern des Pakts in vielen Staaten, auch in Deutschland, vorgebracht worden waren.

Jenes Streitgespräch – es erschien quasi eine Minute vor zwölf – möchte man als eine Wende im publizistischen Rollenverständnis der *Süddeutschen Zeitung* deuten. Denn in den vier Monaten zuvor hatte die Zeitung den Kritikern des UN-Migrationspaktes keinen Raum gegeben. Generell fand das Thema in der SZ lange Zeit keine Beachtung, auch



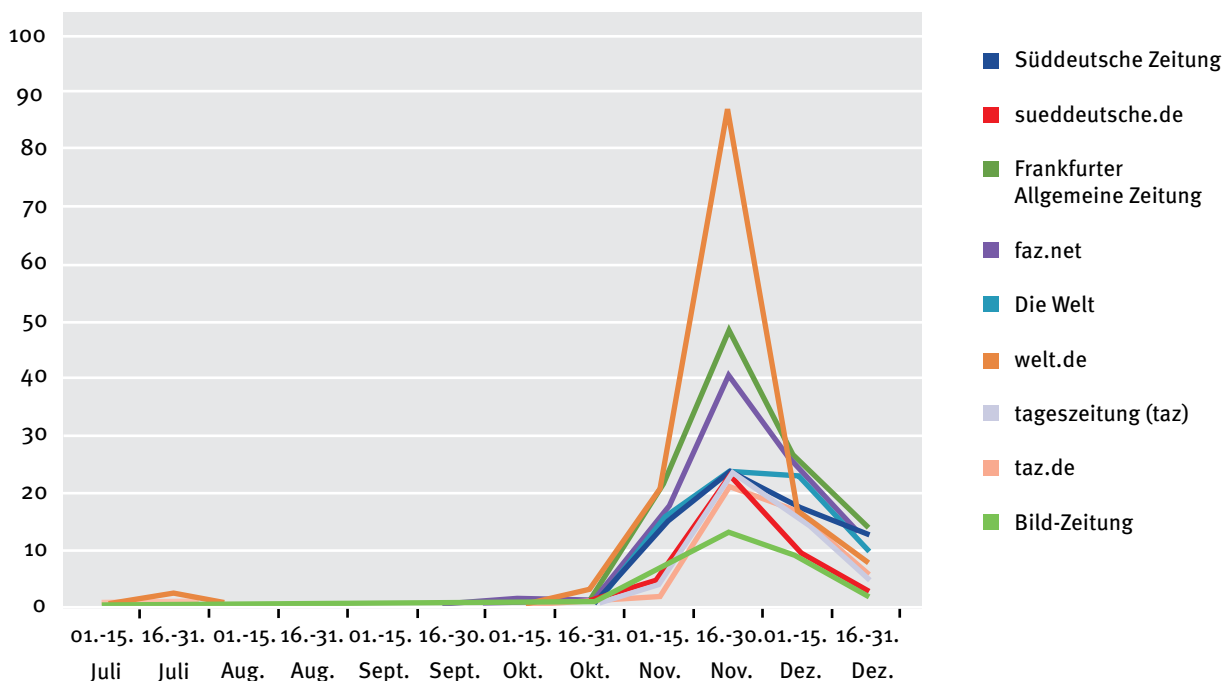
nicht, als die Endfassung im Juli 2018 in New York fertiggestellt wurde.<sup>7</sup> Erst als politischer Konfliktstoff aufbrach – am 1. November 2018 wurde Österreichs Zustimmungsverweigerung publik –, kam das Thema in Form einer „Lexikon“-Textbox in die Spalten; in wenigen Zeilen wurde der Zweck des Pakts zusammengefasst. Fünf Tage später erschien ein Bericht über den in der CDU aufgebrochenen Disput,

ob der Parteitag über den Pakt diskutieren und abstimmen solle; auf den Inhalt der Kontroverse wurde nicht eingegangen. Am 8. November 2018 stand im Nachrichtenteil (S. 6) ein Bericht über den Migrationspakt selbst. Er referierte keine Sachargumente, sondern polemisierte in der Art eines Kommentars:

„Allen voran präsentieren Rechtspopulisten aus der AfD, Identitäre oder in Österreich

Abbildung 2

Themenkarriere „UN-Migrationspakt“ im Verlauf des 2. Halbjahres 2018



n=715; Quellen: Datenbanken Genios/WISO (taz, Die Welt, welt.de, Bild-Zeitung); Datenbank Süddeutsche Zeitung (hier: Texte Bundesausgabe und Landausgaben); Datenbank Frankfurter Allgemeine (Bundesausgabe und faz.net), Datenbank taz (taz.de). Um Redundanzen bereinigte Datensätze (insbesondere welt.de). Syntax: \$migrationspakt\*/^migrationspakt\$. Eigene Darstellung.

7 Die Süddeutsche Zeitung brachte am 16. Juli 2018 unter der Überschrift „Weltweiter Migrationsvertrag“ eine (inhaltlich fehlerhafte) knappe dpa-Meldung. Im Unterschied zu sueddeutsche.de: Dort wurde ein 3.400 Zeichen umfassender, die Inhalte des Paktes referierender Agenturbericht publiziert.

die FPÖ die Vereinbarung als eine Art Teufelspakt. [...]. Dass ein Papier, das schon im Titel sagt, es gehe um ‚sichere, geordnete und legale‘ Migration, so viel Raum für Propaganda öffnet, zeigt zumindest, dass seitens der Bundesregierung zu wenig erklärt worden ist, worum es eigentlich geht. [...] Integration, Beseitigung von Diskriminierung und Rassismus sind als Ziele genannt. Und als Mittel: mehr Information, Kommunikation, um Ressentiments abzubauen und Konflikte vorzubeugen. Diese Passagen stellen einige rechte Populisten als Plan zur kollektiven Gehirnwäsche dar.“

Zehn Tage später findet sich in der *Süddeutschen* eine knappe *dpa*-Meldung, die nur den Tatbestand der Kontroverse nennt, nicht aber die kontrovers bewerteten Inhalte und Verfahren. Unter der Überschrift „CDU vor neuer Debatte“ hieß es:

„Die CDU in Sachsen-Anhalt stellte sich gegen den Pakt. Vom Koalitionspartner SPD kommt scharfe Kritik. Der von den UN-Mitgliedsstaaten beschlossene Pakt soll helfen, Flucht und Migration besser zu organisieren, und bei einem Gipfeltreffen im Dezember in Marokko angenommen werden. Die USA, Österreich, Ungarn, Australien, Tschechien, Bulgarien und Estland scherten bereits aus. In Deutschland kommt vor allem von der AfD laute Kritik“ (SZ, 19.11.2018: 6, Auszug).

Die Gegner werden allein der AfD zugerechnet; Sachargumente der Kritiker bleiben ver-

borgen. Dieses öffentliche Schweigen – die SZ folgt darin der Regierung – wurde von einer wachsenden Zahl an Politikern moniert; bereits Anfang November kam die Forderung auf, den Entwurf nicht hinter geschlossenen Kabinetttüren abzusegnen, sondern ins Parlament zu bringen und öffentlich zu debattieren. Am 20. November, vier Monate nach Fertigstellung des Pakts in New York, publiziert die Zeitung erstmals eine inhaltliche Darlegung: „Furcht und Fakten – Für Grundrechte, gegen irreguläre Zuwanderung: Was der Migrationspakt besagt – und woran sich Kritik entzündet“ (SZ, 20.11.2018: 2). In groben Zügen werden die Leser über die Zweckbestimmung des Paktes, über seinen rechtlichen Status und über den Einwand *eines* Kritikers (des österreichischen Kanzlers) informiert. Am 23. November 2018 – seit fast drei Wochen schon streitet man im politischen Berlin, wie der Pakt völkerrechtlich zu bewerten sei – bringt die *Süddeutsche* („der Widerstand in Partei und Fraktion wird lauter“) erstmals Kritiker-Argumente im O-Ton in Form eines Interviews mit Sylvia Pantel; diese ist keine Expertin, sondern Sprecherin des konservativen Berliner Kreises der CDU. Eine Woche später unterstreicht in einem ganzseitigen Interview ein Völkerrechtler den Sinn des Pakts. Zeitgleich findet die (auch) von CDU-Politikern verlangte Grundsatzdebatte im Bundestag statt (bekanntlich stimmte bei zahlreichen Enthaltungen die Mehrheit dem Pakt zu). Im Kommentar der *Süddeutschen* über die Bundestagsdebatte findet sich folgende Bewertung: „An diesem Donnerstag [haben sich] die Angreifer auf die Demokratie mit-

ten ins Parlament geschmuggelt. Sie heißen Fremdenhass und Menschenverachtung“ (SZ, 30.11.2018). Endlich, in der Ausgabe vom 1. Dezember 2018, kommen in der Leserrubrik unter der Überschrift „Eine ausgiebige Debatte, bitte“ erstmals drei Leser zu Wort, die „deutliches Unbehagen“ artikulieren. Zehn Tage später fliegt die Bundeskanzlerin nach Marrakesch, und in Belgien bricht die Regierung auseinander, weil der Premierminister Charles Michel diesem Pakt zustimmt.

### Umgang mit der Trennungsregel

Ungeachtet der Frage, ob man – in der Rolle des Kommentators – den Beitritt Deutschlands zum UN-Migrationspakt richtig findet oder nicht, illustriert diese Art der Themenbehandlung die mentale Anstrengung, die diese Redaktion aufbringen muss, wenn sie entgegen ihrer vorgefassten Überzeugung ihr Publikum über das plurale Spektrum abweichender Auffassungen und Kontroversen ins Bild setzen will. Ähnlich verhält es sich mit der Unterscheidung zwischen Tatsachen und Meinungen: Dass die Informationsmedien zwischen Sachverhaltsdarstellung und Kommentierung nicht nur formal, sondern auch inhaltlich trennen sollten, ist ein Grundsatz, der für den Tageszeitungsjournalismus unstrittig gilt.<sup>8</sup> Die journalistische Praxis der SZ vermit-

telt – jedenfalls bei diesem Thema – hierzu ein erkennbar anderes Bild.

Unter den Leitmedien kam die *Frankfurter Allgemeine* dieser Professionsnorm sehr viel näher. In ihren Kommentaren ließ sie keinen Zweifel daran, dass sie den Migrationspakt für eine positiv zu bewertende, große Leistung der Völkergemeinschaft hält und für die Zustimmung Deutschlands plädiert – darin kaum anders als die Kolleginnen und Kollegen der *Süddeutschen*. Doch in ihrem Nachrichtenteil bot sie ein breites Spektrum und stellte die verschiedenen Positionen sachlich und informativ zur Diskussion.

Von allen fünf Zeitungen schenkte sie dem Thema mit 105 Publikationen die größte Beachtung. Am 16. Juli 2018 berichtete sie aus New York über die Fertigstellung des Abkommens („Erstmals in der Geschichte der Vereinten Nationen haben sich alle Mitgliedsstaaten mit Ausnahme der Vereinigten Staaten auf den Entwurf geeinigt“). Bereits zwei Tage zuvor machte sie die wirtschaftspolitisch brisante Losung des UN-Generalsekretärs zur Überschrift: „Guterres hebt Vorteile von Migration hervor“. Mitte Oktober wird das Thema erneut aufgegriffen: Im Rahmen eines Interviews gibt die FAZ Österreichs Kanzler Kurz die Gelegenheit, seine Einwände zu äußern („Wir werden einen völkerrechtsverbindlichen Vorbehalt

---

8 „Die strikte Trennung von Information und Kommentar, die heute zum Ethos aller soliden Blätter und Sender gehört, musste den Journalisten in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg erst wieder mühsam anezogen werden. Objektivität und Überparteilichkeit waren ihnen während des Nationalsozialismus gründlich abgewöhnt worden“ (Bayerischer Rundfunk: Telekolleg/Medienkompetenz/Fakten; <https://www.br.de/telekolleg/faecher/deutsch/medienkompetenz/05-darstellungsformen102.html>, abgerufen am 27.02.2019). Diese Grundsätze „sind nicht nur wünschenswerte Ideale, sondern reale Notwendigkeiten im heutigen Deutschland, wo Subjektivität, Entstellungssucht und Sonderinteressen ständig nach Ausdrucksmöglichkeiten suchen“, stand im „Wegweiser zu gutem Journalismus“, den die Alliierten im April 1947 herausgaben (zitiert nach Koszyk 1999: 52).

formulieren, da wir einige Punkte sehr kritisch sehen, zum Beispiel die Verpflichtung, Migranten eine Arbeitserlaubnis zu erteilen. Wir wollen da unsere nationale Eigenständigkeit bewahren“), ein Vorbehalt, den zahlreiche Leser der FAZ in den folgenden Wochen kommentieren werden.

Wie die anderen Blätter, so gibt auch die *Frankfurter Allgemeine* am 1. November 2018 dem Thema neue Relevanz. Anlass ist die Nachricht, dass Österreich dem Pakt nun doch fernbleiben werde. In den folgenden Tagen und Wochen werden insgesamt 41 Beiträge publiziert. Sie berichten über die in der internationalen politischen Debatte aufgeworfenen Einwände, geben Völkerrechtsexperten Raum und behandeln kontroverse Positionen, die zudem in insgesamt zehn Kommentaren bewertet und beurteilt werden. Periodisch kommen Leser mit ihren Bedenken zu Wort. Den Abschluss der Debatte (nicht der Berichterstattung) markiert ein Leitartikel zwei Tage nach der Verabschiedung des Paktes in Marrakesch, der frei von Häme und Moralismus die normative Bedeutung dieser Übereinkunft anhand des Jubiläums „70 Jahre Menschenrechte“ auch für Laien verständlich erklärt und bewertet.

#### ***Bild-Zeitung, taz und Die Welt***

Nehmen wir nun die Themenbehandlung der anderen überregionalen Blätter in den Blick. Für die *Bild-Zeitung* – die Bundesausgabe publizierte insgesamt 31 thematisch einschlägige Texte – wurde das Thema erst am 7. November 2018 bemerkenswert, als CDU-Politiker eine offene Diskussion forderten und

sich in Belgien die Regierungskrise abzeichnete. Dieser erste Text lieferte eine Kurzfassung des Paktinhalts („Was bedeutet der UN-Migrationspakt für Deutschland?“); der letzte, am 17. Dezember, war eine Kurzmeldung aus Brüssel: „In der belgischen Hauptstadt ist es zu gewalttätigen Demonstrationen gegen den UN-Migrationspakt gekommen.“ Auch die zwischenzeitlich publizierten 24 Texte fokussierten stets den Konflikt und hoben das Thema mal zur politischen Existenzfrage Merkels (22. November 2018: „Machtkampf um Migrationspakt“), mal beklagten sie die Missachtung der Kritiker (26. November 2018: „Maulsperre als Bürgerpflicht?“) und unterstellten der Bundeskanzlerin Geheimhaltungspolitik (3. Dezember 2018: „Die Bundesregierung betreibt Irreführung“), die sehr viele Bürger verunsichere (wobei die inhaltsleere Berichterstattung die Verunsicherung offenkundig förderte). Die in den Texten verwendeten Verben und Attribute transportierten die Botschaft, erst der heftige Protest besorgter oder empörter Bürger habe bewirkt, dass die Kanzlerin beziehungsweise die Bundesregierung endlich zuhöre. Die strittigen Punkte des Migrationspakts selbst wurden nicht behandelt; für die Themensetzung war stets der Nachrichtenwert „Konflikt“ bestimmend.

*Die Welt*, ebenfalls vom Axel Springer Verlag herausgegeben, verfolgte eine deutlich andere, mit 73 Publikationen zudem intensive Thematisierung. Sie eröffnete die Debatte noch vor den meisten anderen Medien bereits am 23. Juli 2018 mit einem großräumigen Essay („Pakt für Migrantenrechte“), der die markt-



wirtschaftliche Zwecksetzung des Abkommens für den europäischen Arbeitsmarkt herausarbeitete und die noch auszudeutende Frage der Verbindlichkeit diskutierte. Der Bericht zitiert Migrationsforscher und folgt dann der Sicht des Ökonomen Matthias Lücke vom Institut für Weltwirtschaft (IfW), der u. a. erklärt: „In Afrika gibt es viele Menschen, die keine besonderen beruflichen Qualifikationen haben, aber in Deutschland durchaus Arbeit finden würden.“ Es sei zu prüfen, ob nicht ein Teil von ihnen auf legalem Weg nach Europa kommen könnte. Der Berichtsterstellerin zufolge

„geht es darum, Arbeitsmigration als entwicklungspolitisches Instrument zu nutzen. Vorstellbar ist, dass Migranten nach Deutschland kommen, wenn sie einen Arbeitsvertrag bei Verwandten nachweisen können, die sich bereits hier aufhalten. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände begrüßt den Migrationsvertrag dann auch insofern, als ‚wichtige Themenfelder der Erwerbsmigration in den Fokus‘ gerückt würden. Es sei allerdings wichtig ‚herauszustellen, dass reguläre Zuwanderung am Bedarf des Arbeitsmarkts ausgerichtet wird‘. Die Opposition nutzt den Migrationsvertrag indes als Messlatte für die kommende Migrationspolitik [...].“  
(*Die Welt*, 23.07.2018: 5)

Wie die meisten anderen Zeitungen lässt auch *Die Welt* das Thema ruhen, bis am 1. November 2018 der Rückzug Österreichs bekannt wird. Am folgenden Tag kritisiert der Kommentar (Leitartikel) die Haltung der Österreicher.

Kernsatz: „Für die 258 Millionen Migranten auf der Welt haben die Vereinten Nationen etwas Überfälliges formuliert: einen Pakt für Standards menschenwürdiger Behandlung. Die Staats- und Regierungschefs müssen nur noch Ja sagen.“ Bereits drei Tage später werden kritische Leserstimmen publiziert. Der nächste Artikel, am 6. November, berichtet unter dem Titel „Widerstand in der CDU gegen Migrationspakt wächst“, dass sich „eine Gruppe von Abgeordneten in der Fraktions-sitzung gegen das Abkommen der Vereinten Nationen aussprechen [will]: Unterscheidung von Flucht- und Arbeitsmigration fehle“ (dass sich hier die Abgeordneten irren, wird nicht kommentiert). Ein Leser schreibt, es sei „ungeheuerlich, dass ein so umfassender UN-Migrationspakt von der SPD/CDU-Regierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel verabschiedet wurde, vorbei an den Volksvertretern, ohne vorherige offene Debatte im Bundestag“. Auffallend: Auf der Titelseite derselben Ausgabe steht jetzt ein Kommentar, der den Pakt grundsätzlich kritisiert: Er sei realitätsfremd konzipiert und die UNO verschweige, dass er die Verpflichtungen einseitig, das heißt zu Lasten der Aufnahmeländer, setze. Auszug:

„Der Pakt beschwört in ungeheuer vielen Punkten die Bringschuld der aufnehmenden Staaten, so gut wie nie aber die der Migranten [...]. Der Pakt sollte gewissermaßen an der Öffentlichkeit vorbei beschlossen werden. Das ist – gerade in dieser Frage und gerade in diesen Zeiten – eine verheerende Vorgehensweise. Der Deutsche Bundestag

hätte guten Grund gehabt, sich ausführlich mit ihm zu befassen. Und wir Journalisten haben durch unsere Nichtbefassung mit dem Thema auch nicht gerade gegläntzt. Es muss jetzt eine breite Debatte geführt werden“ (*Die Welt*, 06.11.2018: 1).

Die verschiedenen, teils kontroversen Positionen *innerhalb* der Redaktion<sup>9</sup> öffneten den Lesern der *Welt* ein breites Diskursfeld zwischen völker- und staatspolitischen Sichtweisen einerseits und marktwirtschaftlichen Optionen andererseits. Dementsprechend wurde in den folgenden Wochen verschiedenen Einschätzungen und Beurteilungen Raum gegeben, auch essayistischen Texten von Fremdautoren im „Forum“ sowie Analysen diverser Migrations- und Rechtsexperten. Die Nachrichten im politischen Teil wiederum zeichneten die Kontroversen innerhalb der CDU/CSU-Fraktion sachlich nach. Zudem wurden periodisch Zuschriften von Lesern publiziert, die sich in die Debatte einschalteten. Manche ihrer Problemfragen wurden später in Gastbeiträgen wie zum Beispiel vom Vizehochkommissar der UN für Flüchtlinge, Volker Türk (22. November 2018: „Masseneinwanderung nach Europa? Absolut nicht“), und vom Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Roth (6. Dezember 2018: „Und noch ein Wort zum Migrationspakt“), aufgegriffen und diskutiert – und damit Falschbehauptungen rechter Populisten inhaltlich entkräftet.

In der *tageszeitung (taz)* war die Bedeutung des Migrationspaktes bereits Mitte Juli erwähnt worden, allerdings nicht in einem redaktionellen Bericht, sondern in einem Essay, den die Schriftstellerin Nora Bossong verfasst hatte („Gegen nationalistische Utopien“). Sie referierte: „Jüngst rief der Präsident der UN-Generalversammlung einen historischen Moment aus, als der globale Migrationspakt verabschiedet wurde. Es geht, so heißt es darin, um die Chance, aus einer reaktiven eine proaktive Sache zu machen. Es geht um die Balance zwischen den Menschenrechten und der Souveränität der Staaten“ (*taz*, 17.07.2018). Dann kehrte auch bei der *taz* völlige Ruhe ein.

Auch von der *taz*-Redaktion wurde der Migrationspakt erstmals am 1. November 2018 in einem Bericht über die Abkehr Österreichs („Wien folgt Trump und Orbán“) aufgegriffen. Bis zum 22. Dezember folgten 46 weitere Publikationen, die den Pakt erwähnen; 28 davon behandelten die parteipolitische Kontroverse. Doch keiner beschrieb oder diskutierte die wirtschaftspolitischen Einwände. Praktisch alle erfassten Texte folgten dem Credo: Der UN-Pakt ist per se eine großartige Sache. Den Verfassern diene das Thema quasi als Prüfstein, mit dem sich Freund und Feind trennen lässt, nach dem Muster: „Stimmungsmache gegen den UN-Migrationspakt“ (*taz*, 08.11.2018). Über das Begehren Spahns, das Thema auf dem CDU-Parteitag zu diskutieren, titelte die Zeitung am 20. November: „Profilierung um jeden Preis“. Und zur The-

---

9 Im Unterschied zur Tageszeitung *Die Welt* verfocht die wöchentlich erscheinende *Welt am Sonntag* eine durchgängig kritische Haltung. Am 25. November 2018 publizierte sie ein von ihrem Herausgeber Stefan Aust ediertes Dossier, das den Pakt aus Sicht der Aufnahmestaaten als einseitig und im Effekt als migrationsfördernd beschreibt.

se linker Politiker und Kapitalismuskritiker, der Pakt diene vor allem der globalisierten Industrie der nördlichen Hemisphäre, lautete die wertende, den Tenor des Berichts raffende Überschrift am 29. November 2018: „Die Gelähmten“. In den *taz*-Berichten wurde nicht zwischen rechtspopulistischen Polemiken und industriekritischen Einwänden differenziert, auch nicht danach, ob sich die Kritik auf den Inhalt, auf die mangelhafte Informationsarbeit der Regierung oder auf das Prozedere der Beschlussfassung bezog. Mit einer Einschränkung: Am 11. Dezember 2018 bot die Zeitung – abweichend von der sonstigen Berichterstattung – eine hohe Informationsleistung mit einem Korrespondentenbericht aus Marrakesch; dieser wurde flankiert von einer (für *taz*-Zeitungleser erstmaligen) Übersicht über wichtige Zielsetzungen des Pakts.

### 1.3 Der Themenverlauf in den Onlineausgaben der überregionalen Tageszeitungen

Der Vergleich der Onlineberichterstattung der fünf Verlage leidet unter Datenbankproblemen. Die von *Genios* gewartete Zeitungsdatenbank WISO verarbeitet den Dateninput so, wie er vom fraglichen Verlag angeliefert wird. Beispielsweise enthält die Quelle *welt.de* zahlreiche Updates sowie variante Ausgabeformate derselben Meldung. Diese Redundanz erreicht bis zu 25 Prozent der Issues und erforderte eine „händische“

Bereinigung. Unsere Angaben zu *welt.de* basieren deshalb auf einem Set unikater Texte. Der Vergleich wird auch dadurch erschwert, dass der Anteil der Angebote, die identisch sind mit Texten der Printzeitung (Schnittmenge), zwischen den Websites stark schwankt und bei einigen Archiven nicht trennscharf herausgefiltert werden kann.<sup>10</sup> Wollte man die redaktionelle Leistung der Websites nach Maßgabe ihres Outputs beurteilen, käme es wegen dieser Doppelungen zu einer verzerrten Bewertung. Fragt man aber aus der Sicht der Rezipienten nach dem Informationsangebot der Websites, spielt es keine Rolle, ob manche (oder viele) der angebotenen Texte auch offline in der Zeitung publiziert wurden. Diese Eigenheiten sollten bei der Interpretation der Befunde mit bedacht werden.

#### Der Rezipienten-Blickwinkel

Unter diesem Blickwinkel ist festzuhalten, dass den Nutzern der meisten Zeitungswebseiten die Vorgänge im zweiten Halbjahr 2018 informationsreicher vermittelt wurden als den Zeitunglesern.<sup>11</sup> Wenn man das Onlinegesamtangebot (inklusive der dort auch angebotenen Texte der Printausgabe) heranzieht, boten die Websites der Abo-Zeitungen zwischen 35 (*taz*) und 240 Prozent (*welt.de*) mehr Nachrichten und Berichte über unser Thema als deren Printausgaben, darunter auch über relevante Vorgänge wie zum Beispiel die Ankündigung des Rückzugs Ungarns während der Fertigstel-

<sup>10</sup> Die Archive der *Süddeutschen Zeitung*, der *Frankfurter Allgemeinen* und der *tageszeitung* besitzen entsprechende Filter. Die WISO-Datenbank (für *Die Welt*, *welt.de*, *Bild-Zeitung*) filtert ungenau und erforderte Bereinigungen; dies gilt auch für Filter im Archiv der *Welt* und der *Bild-Zeitung*.

<sup>11</sup> Der Nutzungsumfang dieser Angebote hängt auch vom Bezahlmodell (wie Flatrate) und von preisabhängigen Erweiterungen (von kostenlosen Newsfeeds per Handy-App bis zu den kostenpflichtigen Plus-Angeboten) ab.

lung des Migrationspaktes Mitte Juli 2018 in New York (*faz.net*, 14.07.2018). Diese höhere Informationsleistung findet sich insbesondere bei *sueddeutsche.de* und *welt.de*, weniger ausgeprägt bei *taz.de*, geringfügig bei *faz.net*. Hinzu kommt, dass *sueddeutsche.de*, *welt.de* und *faz.net* eine Palette verschiedener Onlineformate im Angebot haben, von denen manche Redundanzen produzieren (wie: *SZ Espresso*), manche auch vertiefende Informationen und Analysen bieten.<sup>12</sup>

#### **Populisten nutzen die Informationspause**

Die Nutzerinnen und Nutzer von *welt.de* konnten als Einzige bereits in der dritten Juliwoche zwei Beiträge lesen über den migrationspolitischen Dissens in Europa, ausgelöst durch die ungarische und die italienische Regierung. Doch von da an hüllten sich (auch) die Newsites in Schweigen. In den anderen Redaktionen wurde, wie schon ausgeführt, das Thema erst ab November wieder auf die Agenda gesetzt. Anlass war die Ankündigung Österreichs, dem Pakt nicht beizutreten. *Welt.de* indessen hatte die Nase vorn: Bereits am 31. Oktober 2018 meldete es den „Rückzug Österreichs“ und zwei Tage später: „Polen deutet Rückzug an“. Die Website der *Welt* brachte am selben Tag als Einzige der Leitmedien auch einen Auf-

merksamkeit weckenden Bericht mit dem Titel: „Auswärtiges Amt will ‚Falschmeldungen‘ über Migrationspakt bekämpfen“. Im Text heißt es unter anderem: „Die Debatte um den geplanten UN-Migrationspakt hat die Bundesregierung alarmiert. Das Auswärtige Amt will nun mit einer Informationsoffensive verhindern, dass die AfD Stimmung gegen das Abkommen macht.“

Bemerkenswert daran ist, dass die Leitmedien die durch Behauptungen und Falschinformationen erzeugte Verunsicherung und die damit verbundene innenpolitische Brisanz des Themas offenbar nicht erkannten. Jedenfalls boten sie bis Ende Oktober keine Aufklärung, keine richtigstellenden Informationen an. Mit anderen Worten: Seit Juli informierten sich diejenigen, die durch die Flüchtlingspolitik der Jahre 2015/16 verunsichert waren und sich über den Migrationspakt ins Bild setzen wollten, über Onlinequellen, die von Rechtspopulisten aus dem Umfeld der AfD gefüttert und (auch) mittels sogenannter Social Bots massenhaft gestreut wurden.<sup>13</sup> Die bereits ab September in Onlinemedien verbreiteten User-Kommentare stützen die These, dass die Meinung (im Sinne von Vorurteilen) vieler Menschen schon gefestigt war, als die Newsites der genannten fünf Zeitungsverlage Anfang November in die Offensive gingen.

---

<sup>12</sup> Zum Beispiel die kostenpflichtige Webseite „F.A.Z.-Einspruch“ (<https://FAZeinspruch.de/>). „Sie ist der tägliche Rundumblick zu allen Nachrichten, Themen und Ereignissen rund um Recht und Gesetz“ (Selbstdarstellung). Zum Komplex UN-Migrationspakt brachte sie während unserer Beobachtungsphase achtzig Texte (den ersten am 15.10.2018), von denen einige auch in der Zeitung zu finden waren.

<sup>13</sup> Am 10. Dezember 2018 berichtete *Die Welt*, die Twitter-Debatte über den UN-Migrationspakt sei maßgeblich von Robotern, sogenannten Bots, beeinflusst worden. Diese hätten automatisiert Beiträge gepostet. Das Berliner Startup Botswatch habe Twitter-Profile in einer Netzwerkwolke visualisiert, um auffällige Verbindungen sichtbar zu machen: 28 Prozent aller Tweets zum Migrationspakt seien Fake. Eine aufschlussreiche Rekonstruktion der von ultrarechten Gruppen betriebenen Anti-Migrationspakt-Kampagne lieferte die Recherchegruppe Investigate Europe mit ihrem Report „Wie gefährlich ist rechte Desinformation im Netz?“ (*Tagesspiegel*, 14.04.2019: 4).

### Ab November viel Politiker-Palaver

Am 3. November 2018 publizierte *welt.de* einen knappen „Faktencheck zum umstrittenen Migrationspakt“ mit dem positiven „Fazit“, dass „die von den Gegnern vorhergesagten Folgen größtenteils übertrieben und mitunter auch schlicht falsch“ seien; tatsächlich sei der Pakt „ein erster Schritt“ in die richtige Richtung. Von nun an wurden fast täglich neue, anfangs aufsehenerregende (6. November: Widerstand in der CDU), dann zunehmend redundante Statements politischer Akteure als Ausdruck der Kontroverse zwischen den Parteiflügeln in Berlin zitiert.

Beispiele von *welt.de* (Überschriften): „Widerstand in der CDU gegen den Migrationspakt wächst“ (06.11.2018); „Sehnsucht nach der Mitte“: FDP-Chef Lindner geht auf Distanz zum Pakt (07.11.2018); „UN verteidigen Migrationspakt – Kritik sei lächerlich“ (08.11.2018); Bundestag: „Wer dagegen stimmt, sorgt dafür, dass noch mehr Migranten kommen“ (09.11.2018); „Der Migrationspakt ist für Deutschland eher positiv“ (10.11.2018); „1200 Gegen-demonstranten bei AfD-Demo in Greifswald“ (11.11.2018); „Viele Zweifel am UN-Migrationspakt sind berechtigt“ (12.11.2018); „Laschet kritisiert Spahn für seine Haltung zum Migrationspakt“ (21.11.2018); „Günther kritisiert Fokus auf Migration – Andere Fragen wichtiger“ (22.11.2018).

Das vielstimmig orchestrierte Hin und Her der CDU-Vorsitz-Kandidaten Merz und Spahn sowie der CSU-Akteure (Dobrindt, Söder usw.)

wurde bis zum Treffen in Marrakesch fortgesetzt.

Im Rückblick erscheint diese News-Flut auf der Website von *welt.de* bis zum 10. Dezember 2018 wie der Auftritt eines medial inszenierten Polittheaters, das mangels Einordnung und kritischer Analysen eher verwirrend und irritierend denn aufklärend wirkte. Dies änderte sich mit zwei über das Geschehen in Marrakesch differenziert berichtenden Texten: Über Kanzlerin Merkels Auftritt (10. Dezember) und die heikle Situation jener Staaten, die von nationalistischen Parteien mitregiert werden (11. Dezember).

### *Sueddeutsche.de*

Die Newssite der *Süddeutschen* startet erst am 2. November 2018 mit drei Beiträgen (inklusive der täglichen Zusammenfassung *SZ Espresso*). Für die uninformierten *SZ*-User überraschend heißt es vier Tage später: „Das Thema hat ein Beben in den sozialen Netzwerken ausgelöst: der UN-Migrationspakt. Der Bundestag sieht sich zur Aufklärung genötigt.“ Nach zwei weiteren Tagen, am 8. November, wird den Usern erstmals eine kommentierend verfasste Übersicht geboten: „Was wirklich im ‚Globalen Migrationspakt‘ steht“ (mit einem Link zum deutschen Volltext, den das Auswärtige Amt bereits seit dem 30. Juli bereithält). Im weiteren Verlauf wurden wie bei *welt.de* praktisch täglich die Positionierungen der Politiker aus den Regierungsparteien – Spahn, Merz, Söder usw. – wiedergegeben. Am 23. November 2018 hieß es in einem redaktionellen Kommentar: „Die Feigheit vor

dem Volk – Statt für ihre Überzeugungen zu werben, richteten sich viele Politiker nach der vermuteten Stimmung im Volk.“

Zwei Jahre zuvor hatte *sueddeutsche.de* mit „Leserdiskussion“ ein diskursiv konzipiertes Format eingerichtet; dort wurden immer wieder auch Vorgänge zur Flüchtlings- und Ausländerpolitik diskutiert. Jetzt, am 29. November 2018, ging es um die Frage: „Was halten Sie vom UN-Migrationspakt?“ Die in den folgenden zehn Tagen publizierten 443 User-Kommentare belegen, wie unzureichend der überwiegende Teil der (bei der SZ mit Echtnamen und IP-Adressen angemeldeten) Teilnehmer über den Gegenstand „UN-Migrationspakt“ informiert war und wie wohl deshalb viele Leser mit Falschannahmen gegen Falschannahmen stritten.

Bis zum 22. Dezember 2018, dem letzten Tag unserer Medienbeobachtung, informierte *sueddeutsche.de* über vom Migrationspakt ausgelöste Krisen im Ausland (Belgien: „Aus-schreitungen bei Protesten gegen globalen Flüchtlingspakt“), nachdem sie am 17. Dezember gemeldet hatte, dass 181 Staaten „dem heftig diskutierten“ Pakt in New York zugestimmt haben. Schließlich mokierte sich die Redaktion in mehreren Berichten, dass im Nachbarland Österreich „der smarte Kanzler zunehmend wie ein Getriebener [wirkt]“ (18.12.2018), was sich auch darin zeige, dass Bundeskanzler Sebastian Kurz „beim Migrationspakt seine europäische Rolle vom innenpolitischen Populismus [hat] überwuchern lassen“. Wo endet die Nachricht, wo beginnt die freihändige Bewertung?

### **Taz.de und faz.net**

Wie *welt.de* und *sueddeutsche.de*, so bot auch die *tageszeitung* mit ihrem Newsangebot *taz.de* eine im Vergleich zur Printausgabe (dank der Doppelungen) dichtere Berichterstattung über die Kontroverse rund um das Abkommen. Und wie die Kolleginnen und Kollegen von der *Süddeutschen* hielt man es lange Zeit nicht für erforderlich, die User über den Gegenstand der Kontroverse sachgenau ins Bild zu setzen. Dieses Defizit wurde entdeckt und ausgeglichen, als die Sprecher der Bundestagsparteien ihre Reden schon vorbereitet hatten: am 26. November 2018. Nun publizierte die *taz*-Redaktion ein kleines Dossier mit Statements von sieben Fachleuten: „Was wirklich im Vertragstext steht – Das UN-Abkommen ist umstritten. Rechte verbreiten Falschmeldungen darüber. Der vollständige Vertragstext – kommentiert von ExpertInnen für Migration“. Der Link führt zu einer von der *taz* erstellten Seite, die den Text des Abkommens irrtümlich als „Vertrag“ etikettiert. Eine demgegenüber starke Orientierungsleistung erbrachte ein weiteres, rund 20.000 Zeichen umfassendes Dossier, das die *taz*-Redaktion anlässlich der Versammlung in Marrakesch am 10. Dezember 2018 veröffentlichte: „Das wird sich wirklich ändern – Die *taz* hat mit Menschen gesprochen, die einzelne Ziele des Pakts in der Praxis umsetzen müssten.“ Die letzten *taz*-Meldungen in unserer Beobachtungsphase, die den Migrationspakt erwähnen, galten der Regierungskrise in Belgien. Als der Premier nach dem Koalitionsbruch geschäftsführend weiterregierte, schrieben die *taz.de*-Macher im Titel: „Einfach wei-



ter wursteln“ (21. Dezember 2018). Dass sich Ministerpräsident Charles Michel mit seiner Zustimmung zum Pakt gegen die mitregierende flämische Nationalistenpartei gestellt und (im Unterschied zu Österreichs Kanzler) an seinen menschenrechtlichen Grundsätzen festgehalten hatte, wurde nicht erklärt oder erörtert.<sup>14</sup>

*Faz.net*, die Website der *Frankfurter Allgemeinen*, berichtete keineswegs intensiver als in der Print-Tageszeitung, wenn man ihre exklusiven Texte zählt. Im Unterschied zu den Mitbewerbern verzichtete die Redaktion im Fortgang des Novembers auf die hektische Newsproduktion mit Politiker-Statements. Relativ früh, in der ersten Novemberwoche, wurde über die „Stimmungsmache der AfD“ berichtet und die User wurden über die Inhalte und die zentralen Punkte der Kontroverse informiert (6. November 2018: „Was im UN-Migrationspakt steht – Global und unverbindlich“; 7. November: „Ein globales Recht auf Migration?“). In den folgenden Wochen stand die Forderung der Oppositionsparteien, den Pakt öffentlich zu diskutieren, im Mittelpunkt (8. November: „Opposition kritisiert mangelnde Aufklärung“), ein Begehren, das sich dann mehrere CDU-Politiker zu eigen machten (18. November: „Spahn will CDU-Parteitag über UN-Migrationspakt abstimmen lassen“). In den folgenden zwei Wochen finden sich – neben den Berichten und Kommentaren rund um den CDU-Parteitag, dann um die Bundestagsdebatte – mehrere Beiträge, die auf die kontrovers beurteilten Inhalte des Paktes eingehen, diese bewer-

ten und den Rückzug mehrerer Staaten (Israel, Polen, Australien) erläutern. Kurz vor der Beschlussfassung in Marrakesch werden die Einwände Washingtons referiert (8. Dezember 2018: „Migrationspakt geht ‚zu Lasten des souveränen Rechts der Staaten‘“). Dieser Wechsel zwischen Ereignismeldungen, Veranstaltungsberichten und Konfliktbeschreibungen (etwa den kompetent dargestellten Hintergründen des Regierungsbruchs in Belgien), dazwischen Expertenmeinungen und redaktionelle Bewertungen, ergab ein vielstimmiges Konzert, das bis zum Ende der Beobachtungsphase anhält und zur Meinungsbildung einlädt.

#### 1.4 Die Politiker auf der Bühne der Medien

Beim Thema „Migrationspakt“ geht es um ein von Regierungsvertretern ausgehandeltes, im Parlament erörtertes und von Parlament und Regierung beschlossenes Papier, worin zukünftige Regelungen aufgeschrieben sind – dies im Unterschied zum Flüchtlingsthema der Jahre 2015/16, bei dem die konkrete Vollzugsebene im Mittelpunkt stand und die Welt der Kommunen mit ihren Bürgern wichtigster Handlungs-ort war. Es ist darum zu erwarten, dass diesmal neben den Gremien und Experten die Akteure der politischen Parteien ins Zentrum rücken. Die Auswertung bestätigt diese Annahme: In der *Süddeutschen Zeitung* behandeln 70 Prozent aller Texte die Querelen zwischen den Berliner Politikern (auf *sueddeutsche.de*: 81 Pro-

---

<sup>14</sup> Der am 10. Dezember 2018 aus Marrakesch berichtende *taz*-Reporter hatte in seinem online publizierten Bericht diese Haltung von Charles Michel indessen lobend herausgestellt.

zent). In 69 Prozent der Texte, die in der *Welt* zu lesen waren, agierten Politiker der Bundestagsparteien (auf *welt.de*: 85 Prozent). Auch die *taz*-Berichte, obwohl seltener, zeigen dasselbe Bild: In 75 Prozent kommen die Bundestagsparteien und/oder deren Akteure zur Sprache. Bei den FAZ-Berichten sind es nur 57 Prozent (auf *faz.net*: 71 Prozent). Tatsächlich bot die FAZ deutlich mehr Texte, die sich mit der Bedeutung des Paktes, mit seinem Inhalt und mit den Kontroversen in Nachbarstaaten befasst

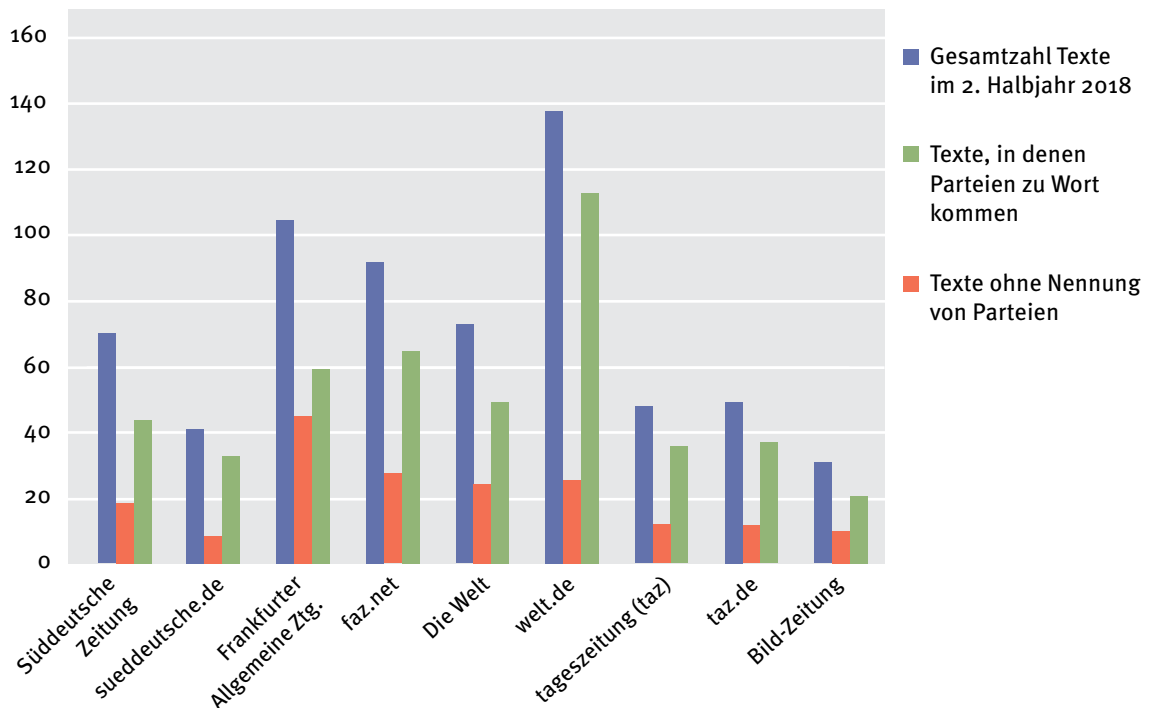
ten. Der auf den Web-Newssites im Vergleich zu den Zeitungen höhere Anteil an Parteipolitik-Nachrichten speist sich aus Kurzmeldungen (mit hohem Anteil von *dpa*) über Statements, Gegenstatements, Widerreden, Dementis usw. von Politikern (Ausnahme: *taz.de*).

**Regierungsparteien kontra AfD**

Wer beherrschte diese Kontroverse? Die Auswertung nur der Texte, die von Akteuren der Bundestagsparteien handeln, bestätigt die Annahme,

Abbildung 3

**Thema „UN-Migrationspakt“ in überregionalen Tagesmedien im 2. Halbjahr 2018: Texte, in denen deutsche Parteien zu Wort kommen**



n=637. Quellen: Datenbanken *Genios/WISO* (*taz*, *Die Welt*, *welt.de*, *Bild-Zeitung*); Datenbank *Süddeutsche Zeitung* (hier: Texte Bundesausgabe und Regionalausgaben); Datenbank *Frankfurter Allgemeine* (Bundesausgabe und *faz.net*), Datenbank *taz* (*taz.de*). Datensätze wurden von Redundanzen bereinigt (*welt.de* unbereinigt: 24; *bild.de* konnte nicht gefiltert werden und entfällt hier). Syntax: \$Migrationspakt\* AND/OR/NOT (Parteinamen-Kombinationen mit Platzhaltern der betreffenden Datenbanksyntax). Eigene Darstellung.

dass auf der einen Seite die Provokateure der AfD, auf der anderen Seite Politiker der CDU und CSU die Mediendebatte dominierten (einzig die *Bild-Zeitung* konzentrierte sich auf die CDU-internen Querelen). In der *Süddeutschen Zeitung* kamen CDU-Akteure in 68 Prozent und AfD-Stimmen in 37 Prozent der Texte zu Wort. Äußerungen der Vertreter der Grünen, der FDP und der Linken kamen mit 11 bzw. 7 bzw. 6 Prozent der Texte nur beiläufig zur Sprache.

Ein ausgewogeneres Strukturbild findet sich bei der *Frankfurter Allgemeinen*: Zwar dominiert auch hier die Polarität (68 Prozent CDU; 53 Prozent AfD), doch finden die Oppositionsparteien (vor allem die Grünen) deutlich mehr Resonanz. Eine etwas andere Struktur spiegeln die Texte der *Welt* (CDU und AfD mit je 58 Prozent gleichauf), wo die Politiker der SPD (52 Prozent) häufiger Beachtung fanden (in der FAZ 32 Prozent). In der *taz* kam die AfD statistisch gesehen sogar in 64 Prozent jener Texte, die Parteien behandeln, zur Sprache, deutlich häufiger als die CDU (42 Prozent); keine andere Zeitung gab den Rechtsnationalen (relativ zum Gesamtumfang) so viel Beachtung. Überraschend ist auch, dass dort die Grünen etwa so häufig (bzw. so selten) erwähnt wurden wie die Sprecher der SPD, und diese so häufig (bzw. so selten) wie Akteure der Linken (jeweils zwischen 30 und 33 Prozent). Die linguistische Analyse der *taz*-Berichte zeigt eine ausgeprägte Polarität zwischen den positiv konnotierten Befürwortern (CDU/CSU, SPD, Grüne und ein Teil der Linken) und

den negativ konnotierten Gegnern (AfD und der andere Teil der Linken) bzw. Skeptikern (FDP): Die Meinung der Redaktion spiegelt sich in der Auswahl der Akteure und deren Statements.

Wie erwähnt, vermittelten die Newssites der Zeitungsverlage den Gegensatz, auch die Kontroversen noch prägnanter. *Faz.net* thematisierte die Polarisierung zwischen CDU (71 Prozent) und AfD (65 Prozent) am deutlichsten; gleichwohl fanden hier die Politiker der Oppositionsparteien (Grüne, FDP, Linke) mehr Aufmerksamkeit als etwa auf der Newssite der *Süddeutschen*. Bemerkenswert: Auch Positionen der Linken kamen mit 17 Prozent bei *faz.net* häufiger zur Sprache als bei *sueddeutsche.de* (9 Prozent).

### **Die Linke und Sahra Wagenknecht**

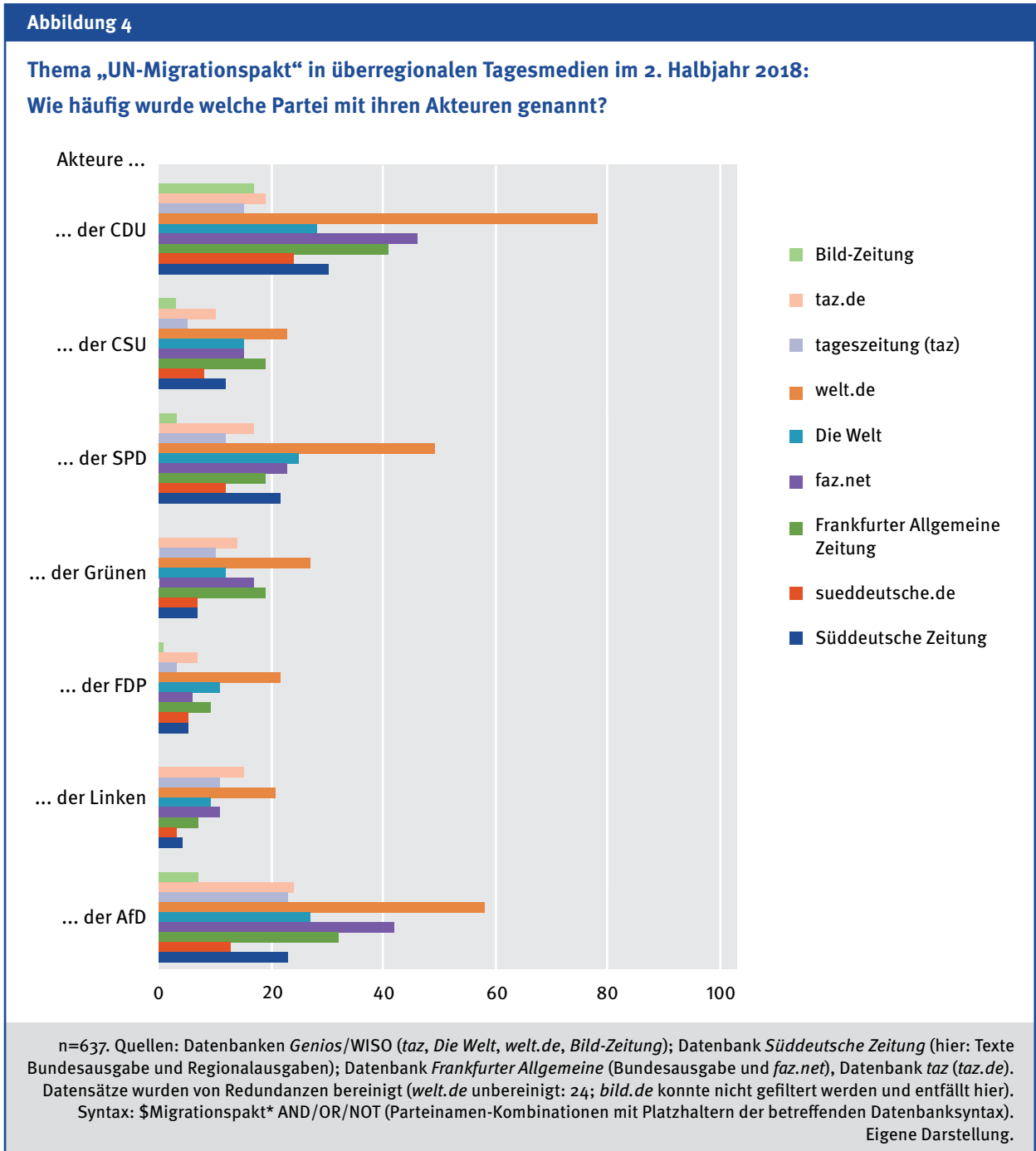
In der Tat auffällig ist das Desinteresse der meisten überregionalen Medien an der inhaltlich aufschlussreichen Kontroverse innerhalb der Linken-Fraktion. Die zum Migrationspakt kritische Einstellung vor allem der Fraktionschefin Wagenknecht entspricht – mit umgekehrten Vorzeichen – der Argumentation der Arbeitgeberverbände und Wirtschaftspolitiker, wie sie in der *Welt* bereits am 23. Juli 2018 (siehe oben: „Pakt für Migrantenrechte“) vorgestellt worden war: Der Migrationspakt, so Wagenknecht, nütze in erster Linie der kapitalistischen Marktwirtschaft der westlichen Industrieländer.<sup>15</sup> Es scheint, als seien die Journalisten bei der Beschreibung dieses

---

15 Die arbeitsmarktpolitisch begründete Kritik Wagenknechts an der Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin findet sich bereits in einem Bericht des Berliner Korrespondenten Wonka (*RedaktionsNetzwerk Deutschland*, RND), abgedruckt u. a. in der *Leipziger Volkszeitung* (LVZ) vom 15.01.2016 („Linkspartei und CSU entdecken Nähe in der Flüchtlingspolitik“).

Unterschieds überfordert gewesen. Beispielformhaft die Moderation im Fernsehen und der Bericht hierzu auf *welt.de* über eine Talkrunde

bei Maybrit Illner, die aktuelle Asylprobleme mit dem global konzipierten Migrationspakt-Thema zusammenwarf:



„Janine Wissler, die als Spitzenkandidatin die Linke im hessischen Landtagswahlkampf führte, sagt, dass die Verschärfungen des Asylrechts in den vergangenen Jahren dazu geführt haben, dass ‚immer mehr Menschen im Mittelmeer ertrinken‘. ‚Arme Menschen werden heute gegen Flüchtlinge ausgespielt‘, beklagt sie sich. Auf den Einwand, dass ihre Positionen im Widerspruch zu Äußerungen von Sahra Wagenknecht [...] stehen, geht Wissler nicht wirklich ein. Es gebe dazu ‚klare Beschlüsse‘, erklärt sie. ‚Die Linke hat noch keiner Asylrechtsverschärfung zugestimmt‘ – von dieser Praxis werde sie auch in Zukunft ‚keinen Meter zurückweichen‘“ (*welt.de*, 09.11.2018).

Nur ein Mal wird die Position der Fraktionschefin erwähnt: In der Art einer Kolportage brachte *Die Welt* in ihrer Rubrik „News Check“ die Agenturmeldung (*afp*), Sahra Wagenknecht habe in einem *Spiegel*-Interview „den UN-Migrationspakt kritisiert. Dieser ‚idealisiert Migration und klammert die Ursachen aus, die zu beseitigen aber die entscheidende politische Aufgabe wäre‘ [...]. Das Abwerben von Fachkräften aus den armen Ländern sei ‚eine neue Art neokolonialer Ausbeutung‘, sagte Wagenknecht weiter“ (*welt.de*, 23.11.2018). Ein Bericht der *taz* führt kenntnisreich das Personal der fraktionsinternen Kontroverse vor, verschiebt aber den inhalt-

lichen Kern auf „die Forderung nach ‚offenen Grenzen‘“, die freilich nicht Gegenstand waren (*taz*, 29.11.2018).<sup>16</sup>

Nebenbei: Im Unterschied zu den hier untersuchten Zeitungen beleuchteten einige Regionalzeitungen (beispielsweise: „Setzt die Linke ihre Ikone ab?“, *Nürnberger Nachrichten*, 14.11.2018) und Sender des öffentlich-rechtlichen Rundfunks die kontroversen Positionen innerhalb der Linken (beispielsweise: *Deutschlandfunk* am 27.11.2018, *Südwestrundfunk* 30.11.2018). Auf der Website der *Tagesschau* („Fraktion stellt sich gegen Wagenknecht“) wurde der Konflikt zur Aussicht auf einen Fraktionsbruch überhöht: „Die Linksfraktion hat ihrer Vorsitzenden Wagenknecht die Gefolgschaft beim Nein zum UN-Migrationspakt verweigert. Das könnte ein Vorbote für einen noch mächtigeren Streit sein.“ Es folgt die dezidierte Darlegung der kontroversen Positionen (*tagesschau.de*, 27.11.2018).

Die Journalisten der überregionalen Blätter bleiben auch desinteressiert, als es zur Grundsatzdebatte im Bundestag kommt – mit Ausnahme der *taz* („Ein Ja vom Bundestag“, 30.11.2018). Einige Berichtersteller erwähnen, dass Wagenknecht die Bundeskanzlerin kritisiere; über die Kontroverse in der Linke-Fraktion wird nichts erzählt (*Die Welt*, 22.11.2018). Im 8.800 Zeichen umfassenden Bericht auf *sueddeutsche.de*

<sup>16</sup> Der mit der politischen Linie Wagenknechts übereinstimmende Essay des österreichischen Publizisten Hannes Hofbauer („Kritik der Migration. Wer profitiert und wer verliert“, Wien 2018) fand in der *taz*-Redaktion keine Beachtung. Auch Bernd Stegemanns Essay „Die Moralfalle“ (Berlin 2018), in dem die Migrationspolitik als Paradoxie zwischen kapitalistischem Wirtschaftsinteresse und Universalistenmoral beschrieben wird, fand wohl in mehreren Regionalzeitungen und in der *FAZ* Beachtung, nicht aber in der *taz* (bis zum Abschluss unserer Beobachtungsphase am 27.12.2018).

(21.11.2018: „Generaldebatte – verkehrte Welt im Bundestag“) bekommt die AfD vier Erwähnungen, die Linke und deren Personal keine.<sup>17</sup> Die FAZ erwähnt in ihrer Darstellung (22.11.2018) ein von Wagenknecht in Bezug auf die Große Koalition benutztes Attribut („unfähig“). Dasselbe Desinteresse bei den Journalisten der *Bild-Zeitung*. Das heißt: In keinem der zahlreichen Berichte über die drei Bundestagsdebatten, in deren Verlauf der Migrationspakt zur Sprache kam (09.11., 22.11., 30.11.2018), wird die globalpolitisch begründete Kritik des linken Flügels der Linken bzw. ihre Fraktionschefin genannt. In einem Kommentar (*Die Welt*, 01.12.2018) hingegen wird die für den Migrationspakt stimmende Abgeordnete Petra Pau mit einem Zitat erwähnt.<sup>18</sup>

Im Rückblick auf den Monat November, als sich im politischen Berlin die Debatte zwischen den konträren Positionen zum Schlagabtausch hochschaukelte, erhielten in allen vier Abo-Zeitungen die AfD-Politiker mit ihren immer gleichen Falschbehauptungen im Vergleich zu den kontrovers, dabei gehaltvoll argumentierenden Politikern der Linken rund das Vierfache an Resonanz (Nennungen) und Raum (Umfang).

## 1.5 Zusammenfassung und Interpretation

Kommen wir zurück zu den Eingangsfragen, ob die überregionalen Informationsmedien den an sie gestellten Anforderungen – Inhaltsklärung, Implementierungsdebatte, Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, Legitimationsfrage – nachgekommen sind.

### Einerseits: Im Schlepptau der Politik

Zunächst ist festzuhalten, dass die Erfüllung aller vier Leistungserwartungen wiederum durch ein Manko beeinträchtigt wurde: Auch diesmal „verschliefen“ die Medien das Konfliktthema. Sie orientierten sich an den überkommenen Nachrichtenwerten „Nähe“, „(politische) Prominenz“ und „Konflikt“ und erkannten die Bedeutung erst, als es direkt vor der Haustüre krachte: mit dem Rückzug Österreichs aus der „Staatengemeinschaft“.<sup>19</sup> In der Zwischenzeit bemächtigte sich die rechtspopulistische Opposition dieses Themas und konnte über zahlreiche Onlinemedien ihre Desinformationskampagne unwidersprochen ausbreiten. Bis hierher sind die Parallelen zum zweiten Halbjahr 2015 augenfällig.

---

17 Im zweiten Bericht auf *sueddeutsche.de* (ebenfalls 21.11.2018) wurde die Fraktionsvorsitzende der Linken zwar erwähnt und zitiert. Doch es handelte sich um die Haushaltsdebatte, und Wagenknecht kritisierte laut SZ u. a.: „Den Etat für Waffen und Kriegsgerät stockte die Koalition um Milliarden auf, sie sei aber nicht in der Lage, alte Menschen vor Armut zu schützen.“

18 O-Ton statt Berichterstattung: Nach der Bundestagsdebatte vom 29.11.2018 zeigte *sueddeutsche.de* am Folgetag in einem Video (Dauer: 105 Sekunden), wie der Linke-Abgeordnete Stephan Liebich Falschbehauptungen der AfD auseinandernimmt. Den Trailer textete die SZ-Redaktion nach dem „Das-glauben-Sie-nicht“-Muster der Unterhaltungsmedien: „Linke gegen AfD: ‚Das ist absurd‘ – Die AfD will im Bundestag immer wieder über den Migrationspakt sprechen und bemängelt, zu wenig informiert worden zu sein. Die Antwort auf den Vorwurf ist eindeutig“ [Ende des Trailers].

19 Die Nachrichtenwerttheorie erklärt die Auswahl und Gewichtung von Nachrichten mit in der Medienwelt anerkannten Kriterien. Die Kriterien dieser operativen Handhabung heißen Nachrichtenfaktoren; sie können über Inhaltsanalysen ermittelt werden. Diese weichen von solchen Nachrichtenwerten ab, die journalistische Aufmerksamkeit generieren und/oder für das Publikum als attraktiv erscheinen (Kurzfassung siehe unter <http://journalistikon.de/category/nachrichtenfaktoren/>).



Der oben rekonstruierte Umgang mit der Oppositionspartei Die Linke bestätigt zudem, dass die Leitmedien der von den Regierungsparteien inszenierten Polarität folgten: Hier die liberal eingestellten Vertreter der Koalitionsparteien, dort die rechtsnationalen Schreihälse der AfD. Zu den differenten Positionen und globalpolitischen Einwänden aus dem Kreis der linken Opposition wollte sich die Regierung nicht äußern. Entsprechend verfahren die hier untersuchten fünf Zeitungen und ihre Websites: Sie schwiegen.

Die Deutung ist naheliegend, dass die Leitmedien weiterhin der Agenda der institutionellen Politik und ihrer Elite folgen und Konfliktstoff erst bearbeiten, wenn er von den Politik-Akteuren öffentlich thematisiert und zur Kontroverse zugespitzt wird. Dies entspricht der überkommenen Rolle des politischen Journalismus in hierarchisch strukturierten Systemen:<sup>20</sup> Man hält sein Ohr an die Türe der Mächtigen und erzählt dem Publikum, was man erlauscht oder vermittelt der Politik-PR erfahren und welche Meinung man dazu hat. Doch seit den 1990er-Jahren vollzieht sich der soziokulturelle Wandel hin zur partizipatorischen, sich „zivil“ nennenden Gesellschaft, in der große Teile an der politischen Meinungsbildung be-

teiligt sein und gesellschaftsrelevante Ziele deliberativ aushandeln wollen.

Diese Veränderungen hat der Informationsjournalismus sehr wohl wahrgenommen und kommentiert, doch für das eigene Handeln – wie oben gezeigt – kaum umgesetzt.<sup>21</sup> Man kann hier von kognitiver Dissonanz sprechen: Die Medienmacher, zumal die Onlineredaktionen, wissen inzwischen viel über das veränderte Medienverhalten und den in Gang zu setzenden Dialog mit Lesern, Hörern und Usern; sie eröffnen Kommentarspalten, richten Forumsgespräche ein und gründen Plattformen. Doch die aus der keineswegs rosigen Alltagswelt vieler Bürgerinnen und Bürger kommenden Fragen und Einwände werden kaum je aufgegriffen (betrifft vor allem die *Süddeutsche Zeitung*, nicht aber die *Welt*). So bleiben die Bedenken der von der „GroKo“-Politik Übergangenen weitgehend ausgeblendet, das heißt, sie blitzen nur kurz auf, wenn es (wie in Belgien) zur Radikalisierung kommt. Dies deckt sich mit unserer Studie über die „Flüchtlingskrise“ in den Medien 2015/16: Wenn die meinungsprägenden Leitmedien gesellschaftspolitisch brisante Vorgänge thematisieren, sind sie, allen voran die *Tagesschau*, auf die Machtelite fixiert;<sup>22</sup> sie informieren nach Maßgabe klassischer Nach-

---

<sup>20</sup> Dass die Politik den öffentlichen Diskurs steuern solle und die Journalisten als Berichterstatter nur vermitteln, ist eine aus der Gründerzeit der Bundesrepublik stammende Auffassung. Bezeichnend ist dieses von der *Neuen Osnabrücker Zeitung* eingeholte, von *dpa* verbreitete Statement: „Osnabrück – Migrationsforscher Andreas Pott wirft der Bundesregierung im Hinblick auf die Migrationspolitik und den UN-Migrationspakt eine zu späte Kommunikation vor. ‚Die Debatte um den Migrationspakt fügt sich ein in eine Kette verspäteter Kommunikation‘, sagte der Forscher der Universität Osnabrück [...]. Eine proaktive Kommunikation sei nötig, um die Bürger mitzunehmen“ (*dpa*, 21.11.2018). Die Rolle der Medien wird nicht verstanden.

<sup>21</sup> Man darf in diesem Zusammenhang der *taz*, die als links-alternatives Blatt der außerparlamentarischen Opposition entstand, ein anderes Selbstverständnis unterstellen: eher parteiergreifend und einseitig als komparativ und diskursiv.

<sup>22</sup> Zum Beispiel *Tagesschau* vom 08.11.2018: „Der Migrationspakt der Vereinten Nationen dient den deutschen Interessen. Da waren sich die Vertreter von CDU, CSU, SPD, FDP, Linken und Grünen im Bundestag einig. Und widersprachen damit scharf der AfD.“

richtenfaktoren, die keine kritischen Rückfragen an die Quellen und opponierende Akteure vorsehen.

Als die Kontroverse um den Migrationspakt ihren Höhepunkt erreichte, kommentierte der leitende Redakteur Rainer Haubrich am 20. November 2018 in der *Welt*:

„Wie konnte es eigentlich passieren, dass ein brisantes Thema wie der UN-Migrationspakt erst so spät die große Bühne der öffentlichen Debatte betrat? Warum wird erst jetzt, kurz vor der geplanten Annahme des Papiers beim UN-Gipfel im Dezember in Marokko[,] über die Vor- und Nachteile dieses internationalen Abkommens diskutiert? Vieles deutet darauf hin, dass Fachleute wie Politiker die Sprengkraft der Vereinbarung unterschätzt haben. Aber es erscheint auch nicht ausgeschlossen, dass manche hofften, den Pakt schön diplomatisch und ohne großes Aufsehen verabschieden zu können.“

Dem möchte man aufgrund unserer Befunde voll zustimmen – und anfügen, dass die meisten Medienmacher dieser Direktive umstandslos folgten. Offenbar erkennen sie mangels Introspektion ihre Ausrichtung auf die politische Arena und deren Akteure nicht.<sup>23</sup> Dabei wäre die selbstkritische Reflexion der Journalistenrolle eine wichtige Voraussetzung, um die Thematisierungsroutinen zu ändern.

### **Andererseits: Gelungene Orientierungsleistung**

Unterhalb dieser durchgängigen Kritik an den meinungsführenden Informationsmedien zeigten sich in unserer Analyse indessen stark differierende Profile und Leistungen.

**1. Informationsleistung:** Was die Inhaltsbeschreibung und die Klärung wichtiger Verständnisfragen betrifft, so boten die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Die Welt* – mit großer Verzögerung und eingeschränkt auch die *taz* – informative Übersichten und Analysen. Hier wie dort konnten Experten im Laufe des Novembers einige der Falschannahmen und Vorurteile aufgreifen, erörtern und richtigstellen. Demgegenüber fällt auf, dass jene zwei Zeitungsredaktionen, die sich werbend für den Migrationspakt starkgemacht haben, die Sachaufklärung ihrer Leserschaft lange vernachlässigten. Viele meinungsgesättigte Formulierungen in der *Süddeutschen Zeitung*, aber auch in der *taz* lassen erkennen, dass die Verfasser die Zustimmung zum Pakt als moralisch geboten ansahen, jedenfalls für welt-offen denkende Zeitgenossen (zu denen sich die Verfasser rechnen). Die mit dieser Haltung verbundene besserwisserische Prophetie (beispielsweise: „Sollte der Parteitag den Migrationspakt ablehnen, wäre Merkel als Kanzlerin am Ende“, *SZ*, 20.11.2018) färbte deutlich auf den Nachrichtenteil ab; die Trennwand zwi-

---

<sup>23</sup> Dies betrifft insbesondere die *ARD-Tagesschau*, deren Chefredakteur Kai Gniffke die angeblich neutrale Sicht seiner Anstalt verteidigt (siehe Doreen Reinhard: „Wir haben uns nicht gekloppt, das war ein Anfang“, in: *zeit.de*, 26.10.2018, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-10/ard-zdf-afd-peter-frey-kai-gniffke-diskussion-dresden>, abgerufen am 27.02.2019). Näheres in den Fußnoten 25 und 39.

schen Sachbericht und Kommentierung war durchlässig. Im Unterschied dazu blieben die von der *Frankfurter Allgemeinen* publizierten Berichte und Analysen sachbezogen; ihre für die Zustimmung zum Pakt argumentierenden Kommentare waren abwägend oder disputierend verfasst.

Im Vergleich mit der undifferenzierten, mitunter polemisch geführten Migrationsberichterstattung der Jahre 2015/16, als die Medien jeden zum „Flüchtling“ erklärten, der ohne Erlaubnis in den EU-Raum beziehungsweise nach Deutschland eingewandert war, wurde jetzt die im Migrationspakt vorgenommene Unterscheidung zwischen Flüchtlingen (Genfer Konvention) und Migranten (ungeachtet der individuellen Motive) von den Journalisten nachvollzogen – dies auch im Hinblick auf den im Dezember 2018 in der UNO fertiggestellten „Flüchtlingspakt“. Diese begriffliche Klarstellung trug aus meiner Sicht zur Versachlichung der Diskussion wesentlich bei (Näheres dazu im zweiten Teil).

**2. Implementierungsfragen:** Die sich an der Rechtsform des Pakts entzündende Kontroverse über seinen völkerrechtlichen Status und den Grad seiner Verbindlichkeit haben die Abo-Zeitungen (im Unterschied zur *Bild-Zeitung*) vor allem mithilfe von Fachleuten erörtert: die *Süddeutsche* und die *taz* sehr knapp und sehr spät, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* ausgiebig und vergleichsweise früh. Der *Bild-Zeitung* diente dieser Aspekt als Aufhänger, um über Konflikte zu erzählen. Auffallend war, dass die Redaktion der *Welt* zu dieser

Frage einen mehrstimmigen Diskurs in Gang setzte und verschiedenen, auch kontroversen Einschätzungen Raum gab. Es ist anzunehmen, dass diese Vielfalt auf Binnenpluralität zurückgeht: Von der Chefredaktion wurde keine „herrschende Haltung“ exekutiert, vielmehr wurde kontroversen Auffassungen in der Redaktion Raum gegeben. Die *taz* indessen folgte ihrer gesinnungsethischen Haltung und bediente das Freund-Feind-Schema; die in der öffentlichen Debatte erhobenen Bedenken hat sie nicht diskutiert, sondern konterkariert (oder auch lächerlich gemacht). In der *Süddeutschen Zeitung* werteten Kommentatoren und entsprechend ausgewählte Gastautoren bis zwei Tage vor Marrakesch die Einwände der Kritiker unisono als Irrungen. Die *Bild-Zeitung* dagegen fand daran Gefallen, just nach der Zustimmung im Bundestag zwei Völkerrechtler anzuführen, die das „weiche Recht“ des Abkommens problematisierten.

**3. Partizipation:** Kurz nach der Veröffentlichung des Pakt-Entwurfs im Juli 2018 begann die Anti-Kampagne der Rechtsnationalen, verstärkt durch Rechtspopulisten – was für die Leitmedien ein wichtiger Anlass hätte sein können, dieser Stimmungsmache einen sachaufklärenden Diskurs entgegenzusetzen. Diese Chance wurde jedoch nicht wahrgenommen, obwohl die Onlineredaktionen über das Thema frühzeitig berichteten. Die vor der Sommerpause in der FAZ (14.07.2018: „Erstmals in der Geschichte der Vereinten Nationen haben sich ...“ usw.) und der *Welt* (23.07.2018: „Pakt für Migrantenrechte“) publizierten Beiträge blieben solitär.

Als dann aber Ende Oktober die Konflikt-haltigkeit offensichtlich wurde und das Auswärtige Amt am 2. November 2018 öffentlich bekannte: „Falschmeldungen muss man entgegentreten“, griffen die Leitmedien das Problem hastig auf. Die FAZ und die *Welt* publizierten periodisch auch kritische Stimmen, und manches Leserargument wurde in nachfolgenden Beiträgen diskutiert. Diese beiden Redaktionen äußerten unterschiedliche Meinungen über Sinn und Zweck des Paktes; gleichwohl gelang beiden im Verlauf der sechs Wochen (bis Mitte Dezember) eine diskursiv orchestrierte Debatte. Entsprechend haltlos wirkten Ende November die Behauptungen einiger AfD-Politiker, heikle Kernaussagen des Paktes würden geheimgehalten.

In der *Süddeutschen Zeitung* konnten wir keine partizipatorisch angelegte Debattenkultur entdecken. Wie schon erwähnt, wurden die Leser an die Rubrik „Leserdiskussion“ bei *sueddeutsche.de* verwiesen („Was halten Sie vom UN-Migrationspakt?“, 29.11.2018). Die dort von verschiedenen Teilnehmern geäußerten Einwände und Ängste wurden von der Redaktion nicht aufgegriffen. Von daher konnte man den Eindruck gewinnen, die Rubrik diene eher dem sozialhygienischen Zweck des „Dampfablassens“ und weniger dem Dialog mit jenem Teil der Leserschaft, der mit der redaktionellen Linie haderte.

**4. Legitimationsdebatte:** Dass der Pakt vors Parlament gehöre, wurde zuerst aus den Reihen der AfD und ihnen nahestehender Populisten eingefordert, dann von der CSU (Markus

Söder, Alexander Dobrindt) sowie von CDU-Politikern, darunter jenen, die für den Parteivorsitz kandidierten und im Rampenlicht standen. So gesehen, bewegten sich viele Akteure in einem politisch verminten Terrain.

Keines der Leitmedien widersprach dieser Forderung; in praktisch allen Kommentaren wurde die Zustimmung durch das Parlament als demokratisches Verfahren befürwortet. Allerdings standen die Journalisten vor dem Trojaner-Problem, diese Forderung von den Motiven (Generierung von Aufmerksamkeit für die eigene Sache) zu trennen und demokratietheoretisch zu würdigen. In der *Süddeutschen Zeitung* („Frage der Kommunikation“, 07.11.2018) und auf *sueddeutsche.de* (SZ-Podcast „Auf den Punkt“, 08.11.2018) wurde dieser Unterschied aufgezeigt und diskutiert. Die anderen Zeitungen fokussierten anstelle des deliberativen Themas vor allem den Streit (FAZ, 14. und 21.11.2018). Auch die *Bild-Zeitung* übernahm diese Forderung und unterstellte der „GroKo“ noch bis Ende November, Diskussionsverhinderer zu sein.

**Zusammenfassend** ist festzuhalten, dass die untersuchten Tageszeitungen – unter Berücksichtigung der oben beschriebenen Unzulänglichkeiten – das Konfliktthema „UN-Migrationspakt“ zwar sehr spät, aber dann kraftvoll in den öffentlichen Diskurs eingebracht und aus verschiedenen Blickwinkeln erörtert und bewertet haben. Dabei gelang zwei Zeitungen – FAZ und *Welt* – eine partizipatorisch funktionierende Thematisierung auch heikler Aspekte.

Allerdings folgten die untersuchten Medien der von Politikern und Leitartiklern hochgejazzten Polarität „GroKo-Politiker versus AfD-Populisten“ und ersetzten anfangs die inhaltliche Kontroverse durch das Polaritätsmuster: liberal Denkende gegen Deutschnationale. Dies bedeutet nicht etwa, dass die AfD ausgeklammert werden sollte. Es geht vielmehr um Augenmaß und um argumentative Substanz. Nicht jedes Statement verdient eine Polit-Schlagzeile oder einen erregten Kommentar. Demgegenüber wäre die Beschreibung, auch Ausleuchtung von Kontroversen, die relevante Inhalte fokussieren (vgl. Linke-Fraktion), für die Meinungsbildung deutlich ertragreicher.<sup>24</sup>

Der Eindruck, dass Mitte Dezember 2018 die Zustimmung zum Pakt auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens traf, hängt aus meiner Sicht – trotz der genannten Einschränkungen – mit der in der Schlussphase diskursiv moderierten Orientierungsleistung der Leitmedien zusammen.<sup>25</sup> Die eingangs aufge-

stellte These, der mediale Umgang mit dem Konfliktthema „Migrationspakt“ könnte sich als ein weiteres Beispiel für das Desinteresse am öffentlichen Diskurs erweisen, hat sich nicht bestätigt.

Bleibt noch die Manöverkritik, dass neben der *Tagesschau* die *Süddeutsche Zeitung* und die *tageszeitung (taz)* eher als Propagandisten des Pakt-Projekts agierten und den Gegenargumenten kaum Raum gaben – und sich insoweit dem Diskurs entzogen. Diese Kritik lässt sich mit dem Hinweis auf die in unserem Bericht aufgezeigte publizistische Vielfalt leider nicht entkräften. Denn im Unterschied zu früheren, analogen Zeiten erwarten vor allem die jüngeren Mediennutzer von ihren tagesaktuellen Medien bei kontroversen Themen Binnenpluralität. Erhebungen<sup>26</sup> zeigen dies: Eine journalistische Redaktion, die geschlossen als Verfechterin einer bestimmten Gesinnungsmoral auftritt, hat beim interessierten jüngeren Publikum keine guten Karten.

---

<sup>24</sup> Über einen angemessenen Umgang mit der AfD: siehe Gäbler 2018: 91 ff.

<sup>25</sup> Abweichend von dieser Einschätzung folgte die *ARD-Tagesschau* (im Unterschied zu *tagesschau.de*) mit ihren insgesamt 19 Sendungen beziehungsweise Sendungsbeiträgen dem überkommenen „Kathedern-Journalismus“ – mit nur einem Korrektiv: Am 28. November 2018 bot die ARD eine diskursiv moderierte Debatte zwischen den (ungewohnt sachlich argumentierenden) Protagonisten in der einstündigen Talk-Runde „Maischberger“ ([https://www.daserste.de/information/talk/maischberger/videos/faktencheck\\_281118\\_geburtsrecht-100.html](https://www.daserste.de/information/talk/maischberger/videos/faktencheck_281118_geburtsrecht-100.html), abgerufen am 27.02.2019).

<sup>26</sup> Siehe Eimeren u. a. 2017: 18 ff.; Arlt/Wolling 2017: 333, sowie ARD-Forschungsdienst 2018: 389 ff.

## 2 Lokal- und Regionalpresse: Lernprozesse aus dem Umgang mit der „Flüchtlingskrise“

Haben die Journalisten der Informationsmedien aus ihren Erfahrungen und dem Verdruss über ihre als verzerrt erlebte „Flüchtlingsberichterstattung“<sup>27</sup> gelernt?<sup>28</sup> Oder haben sie im Windschatten der Regierung die Kurve der Umorientierung (Schließung der EU-Außengrenzen) so genommen, wie sie von der Bundeskanzlerin im ersten Halbjahr 2016 vollzogen, aber öffentlich dementiert wurde?<sup>29</sup> Vielleicht auch kamen sie im Rückblick auf das Jahr 2015 zur Ansicht, sie hätten während der sogenannten Flüchtlingskrise alles richtig gemacht und insofern auch nichts dazulernen.

„Flüchtlings-Berichte von BILD waren ausgewogen“, titelt die *Bild-Zeitung* am 14. Januar 2019 unter Berufung auf eine soeben veröffentlichte Studie des Instituts für Publizistik der Universität Mainz und schrieb: „ARD und ZDF stellten ‚Zuwanderer fast ausschließlich positiv‘ dar. ‚Allein BILD enthielt etwa gleich viele positive wie negative Bewertungen der Zuwanderer““ (*Bild*, 14.01.2019). In der *Süddeutschen Zeitung* stand, „dass die untersuchten Zeitungen und Sendungen entgegen häufiger Vorwürfe Fakten nicht falsch darstellten. Angaben zu Alter, Geschlecht und Herkunft der Zuwanderer in den Medien entsprachen den

realen Gegebenheiten in der Regel exakt“ (SZ, 10.01.2019). Im Ton der Erleichterung kommentierte ein Medienredakteur in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*: „Die Mainzer Studie ist schon deshalb interessant, weil ihre Ergebnisse jenen einer Studie der Otto-Brenner-Stiftung klar widersprechen, die 2017 zu dem Schluss kam, der Begriff der ‚Willkommenskultur‘ sei damals für den Großteil der Journalisten zur ‚moralischen Maxime‘ geworden“ (FAS, 20.01.2019). Bemerkenswert ist die Weigerung, Ansatz, Methode und Gegenstand der Mainzer Studie in den Blick zu nehmen. Unkritisch wird die Behauptung des Mainzer Studienverfassers übernommen, seine Untersuchung zeichne gegenüber der OBS-Studie „ein deutlich differenziertes Bild“. In Wahrheit ging die Mainzer Studie von einer anderen Fragestellung aus, wählte ein anderes Verfahren und eine andere Stichprobe.<sup>30</sup> Ihre Befunde erlauben, sollten sie zutreffend sein, keinen Vergleich mit denen der OBS-Studie (Maurer u. a. 2019: 32). Ein vorurteilsfreier Medienjournalist müsste dies erkennen und den Ansatz der Mainzer Studie kritisch hinterfragen. Die Vermutung liegt nahe, dass die Mainzer Befunde zur

---

27 Siehe die Ergebnisse der Repräsentativbefragung: Jakob u. a. 2017: 127 ff.

28 Trotz des Schlagworts „Lügenpresse“ betraf die Journalistenschelte nicht die Frage der situativen Richtigkeit der Berichte, sondern deren Perspektive, vor allem die auf die Regierungspolitik verengte Sichtweise (Haller 2017: 144).

29 Aussage im Interview in der *Welt am Sonntag* vom 27. August 2017: „WamS: Haben Sie in der Flüchtlingskrise Fehler gemacht? Merkel: Alle wichtigen Entscheidungen des Jahres 2015 würde ich wieder so treffen.“

30 Die Studie bietet Ergebnisse einer Inhaltsanalyse dreier überregionaler Tageszeitungen (*Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Allgemeine*, *Bild-Zeitung*) und TV-Nachrichtensendungen (ARD *Tagesschau*, ZDF *heute*, RTL *aktuell*) über deren „Berichterstattung über Zuwanderer“ im Jahr 2015 bis Januar 2016 (wobei offen ist, welche Textmerkmale für „Zuwanderer“ definiert wurden). Aussagen der Berichte über Alter, Geschlecht und Herkunft der Migranten wurden mit statistischen Daten des BAMIS (Asylantragsteller) sowie Berichte über Normverstöße mit der Statistik des Bundeskriminalamts verglichen. Unbesehen der Frage, was diese Statistiken tatsächlich abbilden, handelt es sich offenkundig um eine mit Ansatz und Gegenstand der OBS-Studie nicht vergleichbare Erhebung (Maurer et al. 2019: 13-25).



journalistischen Selbstrechtfertigung und Abwehr eines Lernprozesses willkommen waren.<sup>31</sup>

Immerhin, wenn es nicht um die eigene Rolle geht, vermitteln die im ersten Teil referierten Befunde zum Konfliktthema „UN-Migrationspakt“ ein differenziertes Bild: Ungeachtet ihrer publizistischen Haltung zum Thema bemühten sich doch einige der überregionalen Tageszeitungen, fundierte Einwände sowie kontroverse politische Positionen aufzuzeigen und auch kritische (Leser-)Stimmen einzubeziehen: Ansätze zu dem, was wir als gesellschaftlichen Diskurs in Richtung Verständigung umschrieben haben (Haller 2017: 6-9).

Für unsere These eines Lernprozesses spricht auch die Vergleichbarkeit der beiden Großthemen insofern, als beide Male die Regierung eine migrationspolitische Entscheidung traf, die moralisch stark aufgeladen und in der Bevölkerung wie auch unter Politikern kontrovers bewertet wurde. Zudem wollte die Regierung beide Mal ohne Einbindung der Legislative und unter Ausschluss des Publikums ihre Entscheidung durchsetzen (was ja beim Migrationspakt dann „abgebogen“ werden konnte). Und beide Ereignisthemen wurden anfangs von der Regierung und den Leitmedien im Geiste des Leitspruchs „Wir schaffen das“ für eine Managementaufgabe gehalten, ehe dann die unerwartet „heiße“ Konfliktdebatte aufflammte (die, wie gezeigt, beim Migrationspakt-Thema

von den Medien deutlich komplexer bearbeitet und vermittelt wurde).

Nicht zu vergleichen sind indessen die Handlungsebenen: Die „Flüchtlingskrise“ eignete sich als ein sinnlich (das heißt empirisch) zu erfassender, emotionalisierender Prozess in der Alltagswelt, quasi vor den Haustüren der Bürger; beim Migrationspakt hingegen handelte es sich um ein abstraktes Problemthema auf der bundespolitischen Bühne. Deshalb hat unser Befund, dass die Informationsmedien im Untersuchungszeitraum der Studie (im Jahr 2015 bis zum Frühjahr 2016) den abgehobenen Diskurs der Machteliten in Berlin fokussiert und kaum Interesse an der Alltagswelt der Beteiligten und Betroffenen gezeigt hatten, allein für das Flüchtlingsthema Gültigkeit und Bedeutung. Und diese Bedeutung gilt vor allem für die Lokal- und Regionalpresse. Gerade Lokaljournalisten sollten ja – so deren Anspruch – die Perspektive (auch) derjenigen verstehen und aufgreifen, für die sie recherchieren und publizieren: die einheimischen Bürgerinnen und Bürger am Ort.

In unserer Studie zur „Flüchtlingskrise“ haben wir diese Funktion des tagesaktuellen Journalismus demokratietheoretisch hergeleitet (Haller 2017: 6-12). Es handelt sich um eine normative Begründung, aus der sich konkrete handwerkliche Erfordernisse ableiten und für unsere Untersuchung operationalisieren ließen. Entsprechend konkret lauteten die Untersuchungsfragen:

<sup>31</sup> Sinngleich auch Niggemeier: „Die Studie relativiert die Ergebnisse einer Untersuchung von Michael Haller für die Otto Brenner Stiftung, die die Berichterstattung als deutlich einseitiger darstellte“, <https://uebermedien.de/34506/gute-zuwanderer-schlechte-zuwanderung-so-unausgewogen-waren-die-fluechtlings-berichte/>, abgerufen am 27.02.2019).

- Wer (Akteure, Sprecher, Beteiligte, Betroffene, Einrichtungen, Gremien, Behörden usw.) kommt in den Berichten über das komplexe Ereignisthema „Flüchtlinge“ zu Wort?
- Wurden Vorgänge und Themen (auch) aus der Perspektive der direkt Beteiligten und Betroffenen (Migranten, Helfer, Initiativen, Asylheimverwalter, Schutzkräfte und Wächter, kirchliche Amtsträger, Ehrenamtliche usw.) behandelt?
- Berichten die Journalisten aus „kritischer Distanz“ gegenüber den politischen Mandatsträgern und deren Handlungen – oder übernehmen sie deren Agenda und deren Sichtweisen?
- Wie wurde das Narrativ „Willkommenskultur“ journalistisch vermittelt und mit welchen Sinngehalten im medialen Diskurs aufgeladen?
- Wurde die – im Journalismus unstrittige – Trennungsregel zwischen tatsachenbetonten und meinungsbetonten Darstellungsformen eingehalten?

Unser im Sommer 2017 publizierter Forschungsbericht (OBS-Arbeitsheft Nr. 93) belegt bedeutsame „Dysfunktionen“ des Informationsjournalismus. Im Vorspann des Berichts haben wir sie in diese knappe Formel gefasst:

„Die Studie zeigt auf, dass große Teile der Journalisten ihre Berufsrolle verkannt und die aufklärerische Funktion ihrer Medien

vernachlässigt haben. Statt als neutrale Beobachter die Politik und deren Vollzugsorgane kritisch zu begleiten und nachzuzufragen, übernahm der Informationsjournalismus die Sicht, auch die Losungen der politischen Elite. Die Befunde belegen die große Entfremdung, die zwischen dem etablierten Journalismus und Teilen der Bevölkerung entstanden ist.“<sup>32</sup>

Was nun die *Lokal-/Regionalpresse* im Besonderen betrifft, so lieferte jene Untersuchung ein detailreiches Röntgenbild dieser Dysfunktionen. Für diejenigen, die die Studie nicht kennen, hier stark verkürzt und leicht zugespitzt die aus meiner Sicht wichtigsten Befunde:

**1. Der Lemminge-Effekt:** Die Lokal- und Regionalpresse folgte *grosso modo* den meinungsführenden Leitmedien mit deren Fokussierung und moralischen Bewertung des Großthemas Flüchtlingspolitik. Nach Maßgabe des in den Medienwissenschaften geläufigen Denkmodells des „Framings“ stärkte die konsonante Behandlung des Flüchtlingsthemas den Frame „Die Deutschen sind eine weltoffene Willkommengesellschaft für Geflüchtete“.

**2. Aufgeweichte Trennungsregel:** Auffallend war, dass sowohl viele der sogenannten *Mainstream-Medien* als auch die *Lokal- und Regionalpresse* ihre gesinnungsethische Haltung – offene Grenzen, keine Zuwanderungs-

---

<sup>32</sup> Siehe <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/studien-2017/die-fluechtlingskrise-in-den-medien/>

begrenzung, Willkommenskultur und anderes mehr – nicht nur in den Meinungsäußerungen (Kommentare u. a.) publik machten, sondern auch ihre Berichterstattung damit einfärbten, erkennbar an der Thematisierung und Nachrichtenauswahl, der Wortwahl in den Überschriften, den Attributen in den Texten sowie der Bildsprache (was nichts mit „Falschberichten“ zu tun hat).

**3. Euphemismus und moralischer Druck:** Im Sommer 2015 wurde der Slogan „Refugees Welcome“ (auch) von der Lokal- und Regionalpresse zur moralisch aufgeladenen Maxime einer „neuen Willkommengesellschaft“ erkoren. Die in westdeutschen Gemeinden und Städten von vielen Tausenden von Bürgern gezeigte Hilfsbereitschaft war nach wenigen Wochen zum „deutsche[n] Wunder Willkommenskultur“ (*Die Zeit*, 12.09.2015) verklärt worden. Dieser sich selbst befeuernde Euphemismus funktionierte als eine Art Zauberwort, mit dem von den Bürgern die zu erbringenden Samariterdienste moralisch eingefordert werden konnten.

**4. Camouflierte Interessen der Wirtschaft:** Tatsächlich hat das Narrativ Willkommenskultur eine spezifische Themenkarriere hinter sich. Zehn Jahre zuvor hatten die Industrie- und Arbeitgeberverbände das Schlagwort erfunden. Es war an die Politik adressiert mit dem Ziel, Deutschland für Mitarbeiter aus den EU-Staaten und qualifizierte Migranten attraktiver zu machen (vor allem das fremdenfeindliche Klima in vielen Ausländerämtern zu mindern). Nach und nach übernahmen die Parteien diese Forderung

in ihre Parteiprogramme. Im Herbst und Winter 2014, als Hunderttausende Flüchtlinge aus Nahost und Afghanistan eintrafen, sahen sich die zuständigen Behörden überfordert. Von jener Zeit an traten die lokalen Mandats- und Funktionsträger als Promotoren des Slogans auf. In zahllosen Veranstaltungen ermunterten sie die Einheimischen, „die Willkommenskultur mit Leben zu füllen“ (lokale CDU-Politiker) und Migranten bei der Eingliederung in die Arbeitswelt beizustehen (*pars pro toto: Rhein-Zeitung*, 03.01.2014: 17, und 08.01.2014: 14).

**5. Die sich selbst feiernde (insofern narzisstische) Bürgerwelt:** Um herauszufinden, wie das Narrativ „Willkommenskultur“ seine Meinungsmacht entfalten konnte, wurden alle redaktionellen Beiträge von 85 Regionalzeitungen seit 2005 erfasst, in denen das Narrativ vorkam. Von diesen wurden 17.000 einer morphologischen Textanalyse unterzogen. Sie ergab unter anderem, dass die Lokal- und Regionalpresse das von Wirtschaft und Politik propagierte Leitbild übernahm. Im Fortgang des zweiten Halbjahres 2015 (bis zur Kölner Silvesternacht) haben die lokalen Medien die neue „Kultur“ in der Art einer Kampagne mit zahllosen Berichten und Bildern euphorisiert. Diese zeigten sehr selten Flüchtlinge, sehr häufig indessen die über ihre Gastfreundschaft sich begeisternden Einheimischen, überwiegend aus der Mittelschicht.

Zwei Beispiele:

Am 20. Juli 2015 brachte das *Hamburger Abendblatt* einen großen Bericht online und

Print: „Abendblatt-Aktion: Zehntausende spenden für Flüchtlinge in Hamburg“. Der Onlinebericht wird von einem Video begleitet, das spendende Hamburgerinnen und Hamburger mit einem Interview des begeisterten Chefredakteurs zeigt; der Bericht wird begleitet von 43 Fotos mit Hamburger Bürgerinnen und Bürgern beim Abliefern von Spielzeug und Kleidern; nur auf zwei Fotos sieht man einen Migranten, wie er gespendete Altwaren sortiert.

Am 4. September 2015 publizierten die *Kieler Nachrichten* einen großen Bildbericht: „Am Freitag startet die große Plakataktion für ein humanes Schleswig-Holstein: ‚Refugees welcome – Ihr seid willkommen!‘ steht auf Plakaten, die den *Kieler Nachrichten* und der *Segeberger Zeitung* beiliegen [...]. Die Plakataktion soll ein sichtbares Zeichen für ein friedliches Miteinander setzen. Und sie soll es Bürgern erleichtern, mitzumachen und sich für Flüchtlinge und ihre Integration zu engagieren.“ (Das Bild zeigt den Chefredakteur, der mit einladendem Lächeln inmitten der Plakate sitzt.)

**6. Politiker-Monologe statt Diskurse:** In den Berichten zu den Themen Willkommenskultur und Asylbewerber, bei denen Politiker zu Wort kamen, fällt der hohe Anteil an monologischen (= nur eine Partei tritt auf; siehe Haller 2017: 93) Darstellungen auf. Im Laufe des Jahres 2015 erschienen rund doppelt so viele monologische Berichte wie dialogische oder diskursive (= mit zwei oder mehreren Parteien). Auch dies lässt sich als Indiz für den monodirektionalen Trans-

fer („Einbahnstraße“) des Lokal- und Regionaljournalismus interpretieren. Von vielstimmiger und insofern diskursiver Themenbearbeitung kann jedenfalls keine Rede sein.

**7. Andersdenkende erhielten keine Stimme:**

Es gab keine Kritik an dem von vielen Lokalzeitungen als moralische Norm übernommenen Leitbild „Willkommenskultur“. Annähernd 83 Prozent aller Zeitungsberichte im Jahr 2015 beschrieben das Leitbild in einem positiven beziehungsweise eher positiven Sinne. Wenn Kritisches zur Sprache kam, dann als Appell, die Willkommenskultur weiter zu stärken. Über Kritiker dieses Moralismus wurde selten berichtet. Skeptisch eingestellte Migrationsexperten oder Verfassungsrechtler kamen praktisch nicht zu Wort. Bei vereinzelt referierten Gegenstimmen handelte es sich um Statements meist aus dem rechten Spektrum der Politik. Bürger, die sich über die Willkommenskultur-Kampagne ärgerten, sich etwa gegen Massenaufnahmelager zur Wehr setzten oder auf die soziale Notlage Einheimischer verwiesen, wurden in Kommentaren der Fremdenfeindlichkeit verdächtigt. Dies änderte sich erst nach den Ereignissen der Silvesternacht in Köln 2015/16 (siehe Punkt 10).

Ein Beispiel für die Ignoranz gegenüber Rechtsstaatsfragen:

Im Herbst 2015 äußerten renommierte Staatsrechtler erhebliche Bedenken gegen die Merkelsche Flüchtlingspolitik. Von der Regionalpresse wurden diese nicht aufgegriffen, auch keine Experten befragt. Als dann Bundesverfassungsrichter Peter M.

Huber (Lehrstuhl Öffentliches Recht, Universität München) in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* einen Gastbeitrag über das Versagen des deutschen Rechtsstaats publizierte („In der Sinnkrise“, FAZ, 01.10.2015 sowie 2016: 40 f.), den die katholische Agentur *kna* in einer Meldung zusammenfasste (170 Wörter), reagierten von den 155 in der *Genios*-Datenbank abgelegten Regionalzeitungen nur drei Mantelblätter mit dem Abdruck der *kna*-Meldung. Hubers Aussage wurde anschließend von zahlreichen Lesern aufgegriffen und diskutiert, nicht aber von den Journalisten.

**8. Recherche-Abstinenz in Bezug auf Vollzugsprobleme:** Wir fanden in der Regionalpresse einfühlsam geschriebene Texte über die aufopfernde Arbeit von Ehrenamtlichen, Helfern und Paten. Wir fanden korrekte Berichterstattungen über Zuständige vor Ort, die sich von „Berlin“ im Stich gelassen fühlten und sich um ihre überforderten Mitarbeiter sorgten.

Drei Beispiele:

Aus einem Veranstaltungsbericht (Podiumsdiskussion) in Höchststadt: „Die Asylfrage sollte von der Politik so gemanagt werden, dass es die Bürger verstehen“, fordert der Höchststadter Bürgermeister. Nach seinen Erfahrungen seien 80 Prozent der Bürger skeptisch. Brehm: „Die breite Masse sagt, wir schaffen das nicht mehr“ (*Fränkischer Tag*, 06.11.2015).

In der Tonlage ähnlich die ebenso recherchefreie, indessen dichte Berichterstattung

der zwei Lokalzeitungen im Bayerischen Landshut über den (medienaffinen) Landrat Dreier, der vom Oktober 2015 an mehrere Kampagnen startete, um die Öffentlichkeit auf die Aufnahme-, Betreuungs- und Integrationsprobleme hinzuweisen („Flüchtlinge als Spielball der Politik“, *Märkische Allgemeine*, 16.01.2016).

Für den lokalen Erzähljournalismus steht als drittes Beispiel die Reportage der Journalistin Friederike Hasel im *Tagesspiegel* (29.10.2017) über die charismatische Gestalt eines Sprachlehrers für Asylbewerber, der aus Kolumbien stammt, fehlerhaftes Deutsch spricht und doch wirksam und erfolgreich die Integration seiner Schüler betreibt.

Doch die journalistische Aufgabe, etwa das mancherorts gravierende Missmanagement lokaler Behörden und Funktionsträger wie auch die mit der Unterbringung sunnitischer und schiitischer Migranten verbundenen Konflikte offenzulegen oder strafrechtlich verbotenem Verhalten (wie Polygamie) nachzugehen und Lösungswege einzufordern, wurde erst nach der Silvesternacht 2015/16 vereinzelt angegangen. Bei den vergleichsweise seltenen Texten, die auf Probleme hinwiesen, handelte es sich meist um Äußerungen von Skeptikern oder Empörten. Eher in Ausnahmefällen, etwa wenn die Polizei eingriff und protokollierte, haben Journalisten nachgefragt.

**9. Irreführender Sprachgebrauch:** Die zuständigen Minister der Bundesregierung wie auch

die Bundeskanzlerin sprachen in ihren öffentlichen Auftritten seit Frühjahr 2015 mit Blick auf Syrien fast ausschließlich von „Flüchtlingen“, das heißt, sie unterschlugen die für das Aufnahme-, Aufenthalts-, Arbeits- und Asylrecht maßgebliche Unterscheidung zwischen den drei Hauptgruppen: Geflüchteten (nach Genfer Kriegsrechtskonvention), Migrant<sup>33</sup> und Zugewanderten (mit ihren vielfältigen, oft ökonomisch begründeten Motiven) sowie „subsidiär Schutzberechtigten“ (das heißt Migranten, denen gemäß Asylgesetz [AsylG] § 4 in ihrem Herkunftsland „ein ernsthafter Schaden droht“). Die Berichtersteller forderten keine Differenzierung ein, sondern übernahmen diese Pauschalisierung ohne Not<sup>34</sup> – mit dem Effekt, dass die einheimischen Leser, Zuschauer und Zuhörer nach Maßgabe der Fernsehnachrichten und Presseberichte alle Ankömmlinge als asylbewerbende Flüchtlinge wahrnahmen, die unser Sozialsystem in Anspruch nähmen.<sup>35</sup> Dies führte dazu, dass ein paar Monate später die von jungen Migranten und radikalisierten Islamisten begangenen Gewalt- und Terrorakte (auch) die Kriegsflüchtlinge in Misskredit brachten. Bei vielen Einheimischen verkehrte sich daraufhin die Geste des Willkommenheißens in Zurückweisung und Abwehr.

Beispiel:

„[...] Nach Beschwerden über sexuelle Belästigungen durften in Bornheim bei Bonn männliche Flüchtlinge vorübergehend nicht mehr ins Hallenbad. Mit Info-Veranstaltungen würden die Flüchtlinge jetzt darüber aufgeklärt, dass sexuelle Belästigung auf keinen Fall akzeptiert werde, sagte Sozialdezernent Markus Schnapka. Einige Flüchtlinge hätten Verständnis gezeigt. Andere hätten sich diskriminiert gefühlt und erklärt, man könne nicht alle Flüchtlinge mit einem Schwimmverbot bestrafen, wenn nur einige wenige sich falsch verhalten hätten“ (*Süddeutsche Zeitung*, 16.01.2016).

**10. Geändertes Framing:** Nach den Ereignissen der Silvesternacht 2015/16 änderten viele Lokal- und Regionalmedien ihren Frame. Die Willkommenskultur-Euphorie wurde abgelöst teils von einer beunruhigt nachforschenden, teils von einer latent fremdenfeindlichen Tonalität; sie folgten darin dem Ton- und Kurswechsel vieler CDU-geführter Landesregierungen und der geänderten Informationspolitik der Innenminister (Überschrift eines Berichts der katholischen Agentur *kna* vom

---

33 Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) definiert: „Von Migration spricht man, wenn eine Person ihren Lebensmittelpunkt räumlich verlegt. Von internationaler Migration spricht man dann, wenn dies über Staatsgrenzen hinweg geschieht“ (BAMF 2011: 12). Damit wäre Migration der Oberbegriff, der auch Geflüchtete einschließt. Im Völkerrecht wird unterschieden zwischen erzwungener Migration (hier: Flüchtlinge) und aus eigenem Antrieb Zugewanderten (hier: Migranten).

34 Die korrekten Bezeichnungen beziehungsweise Definitionen wären seit Frühjahr 2015 im Web leicht aufzufinden gewesen, neben Wikipedia etwa auch: <https://www.tagesschau.de/inland/fluechtlinge-531.html>, abgerufen am 27.02.2019.

35 Asylbewerber: Ab der Antragstellung auf Zuerkennung des Flüchtlingsstatus gelten Zugewanderte (ob Migrant oder Flüchtling) als Asylbewerber.

17. Januar 2016: „Unbehagen über Merkels Kurs fast greifbar“). Allerdings informierten die Behörden nun auch über die zunehmende Gewalt („Übergriffe“) gegen Migranten und sogenannte Flüchtlingsheime vor allem in Sachsen und NRW. Entsprechend zeichnen die Medien ein Stimmungsbild der Konfrontation. In anschaulichen Erzählungen wird das Milieu beschrieben, in dem kriminelle „Flüchtlinge“ schon seit Langem ihr Unwesen treiben. Abweichend vom berufsethischen Kodex wird das Herkunftsland von Tatverdächtigen genannt; manche Redaktion stellt in Berichten und Kommentaren junge Migranten aus Nordafrika pauschal unter Tatverdacht.

Vier Beispiele (Auszüge):

„Düsseldorf/Köln. Gut zwei Wochen nach den Gewaltexzessen gegen Frauen in der Kölner Silvesternacht sitzt erstmals ein Tatverdächtiger wegen einer Sexualstraftat in Untersuchungshaft. Dem 26-jährigen Algerier wird sexuelle Nötigung vorgeworfen, wie die Ermittler am Montag mitteilten [...]“ (*dpa*, 19.01.2016).

„Düsseldorf-Oberbilk, das marokkanisch geprägte Viertel gleich hinter dem Hauptbahnhof, das ist das neueste Synonym für die Hilflosigkeit gegenüber bestimmten Formen der Kriminalität von Flüchtlingen und Einwanderern. Ein Jahr lang hat die Düsseldorfer Polizei die Szene der Trick- und Taschendiebe in den Kneipenvierteln der Altstadt beobachtet. Das Ergebnis: die gewaltige Zahl von 2244 Verdächtigen aus Nordafrika, mehr als die Hälfte

aus Marokko. Auch die Verdächtigen der Kölner Silvesternacht stammen aus Nordafrika. [...] Abschieben kann man sie nicht, da sie ihre Papiere vernichtet oder verloren haben [...]“ (*Leipziger Volkszeitung*, 20.01.2016).

„Jeder dritte Flüchtling aus [dem] Maghreb in NRW wird straffällig. Andere Asylsuchende werden nur zu 1,4 Prozent kriminell [...]“ (*Taunus Zeitung*, 18.02.2016).

„Besonders auffällig seien Algerier und Marokkaner. In Nordrhein-Westfalen lebt mehr als die Hälfte aller Marokkaner, die sich in Deutschland aufhalten – über 36.000 von bundesweit fast 71.000. Laut Bericht hat sich die Zahl algerischer Tatverdächtiger in NRW seit 2013 auf 4.995 mehr als verfünffacht; die Zahl marokkanischer Verdächtiger stieg um 36 Prozent auf 6.208. Bei 3.863 Ermittlungen im Jahr 2015 hatte der Beschuldigte den Status ‚Flüchtling/Zuwanderer‘ [...]“ (*Bonner General-Anzeiger*, 18.02.2016).

**Zusammengefasst:** Der Anspruch an die machtkritisch eingestellten, öffentliche Kontrolle ausübenden und aufklärerisch arbeitenden Informationsmedien, den wir einleitend mit „diskursivem Journalismus“ umrissen haben, wurde bis zum Frühjahr 2016 wohl vereinzelt, im Ganzen des Medienkonzerts aber eher nicht eingelöst. Dasselbe Argument in seiner Umkehrung: Käme dem Informationsjournalismus die Funktion zu, als PR-Maschine der politischen Meinungsführer, insbesondere der Regierungsparteien zu berichten, dann



hätte er seinen Job zur Zufriedenheit seiner Stichwortgeber erfüllt (ausgenommen Bayerns CSU und ihr damaliger Ministerpräsident Seehofer).<sup>36</sup>

## 2.1 Die drei Phasen der Rezeption

Die Veröffentlichung unserer Studie im Juli 2017 hat zum Teil heftige Reaktionen ausgelöst, was eine Mediendebatte auch über den Umgang mit dieser Studie und ihren Befunden nach sich zog.<sup>37</sup> Diese Rezeptionsgeschichte durchlief drei unterschiedliche, dabei aufschlussreiche Phasen. Man kann sie etikettieren mit den Schlagworten: Abwehr – Kennenlernen und Diskutieren – Verwerten.

**Die erste Phase** begann mit der Berichterstattung über die Studie. Denn sogleich echauffierten sich die beiden Lager – auf der einen Seite die sich weltoffen fühlenden, multikulturell eingestellten Menschenrechtler (ich nenne sie „Universalisten“); auf der anderen Seite die verfassungsrechtlichen Bedenkenräger, die verunsicherten Konservativen und nationalistisch Denkenden (ich nenne sie zugespitzt „Nationalisten“). Viele Universalisten polemisierten auf Websites und Blogs gegen die Studie in dem Glauben, unsere Kritik gelte auch ihrem Moralismus;

die Nationalisten applaudierten im Glauben, die Forschungsbefunde bestätigten ihre Vorurteile. Auffällig war, dass beide Seiten auch mit Falschbehauptungen und Entstellungen argumentierten, das heißt, dass sie die (allgemein zugängliche) Studie offenbar nicht gelesen, stattdessen Meldungen und Rezensionen in den Zeitungen konsumiert und „weitergedreht“ hatten.<sup>38</sup> Offenbar fiel es den in der Flüchtlingsthematik emotional involvierten Gruppen äußerst schwer, die eigene Überzeugung zu relativieren und andere Standpunkte, Sichtweisen und Bewertungen – zum Beispiel verfassungsrechtliche Einwände oder die um sozial Benachteiligte sich kümmernde sozialpolitische Perspektive – als ebenso gut begründete Positionen anzuerkennen. Genau diese parteiische Einseitigkeit hatte die Studie als ein Merkmal des medialen Mainstreams aufgezeigt. Manche Journalisten vor allem des öffentlich-rechtlichen Rundfunks reagierten mit gesinnungsethischen Einwänden. Ihrer Ansicht nach gehöre es zur moralisch richtigen „Haltung“, als Journalist für den Schutz der Geflüchteten und gegen Bedenkenräger aufzutreten. Der in den Mediengesetzen, im Rundfunkstaatsvertrag, im Pressekodex und einschlägigen Bundesverfassungsgerichtsurteilen genannte Auftrag, der Meinungsvielfalt

---

<sup>36</sup> Seehofer im *Spiegel*-Gespräch, Nr. 9, 27.02.2016: „[...] weil es ein Problem bei den Medien gibt, vor allem bei den öffentlich-rechtlichen. Überspitzt gesagt: Wenn die nicht Livesendungen hätten, dann hätten sie wenige der Lebenswirklichkeit entsprechende Programminhalte. Das ZDF musste wegen der Berichterstattung über Köln sein Bedauern zum Ausdruck bringen. Die ARD hat erklärt, ja, es stimmt, wir haben viele flüchtende Frauen und Kinder gezeigt, aber nicht im selben Maße die Männer, die viel häufiger nach Deutschland kamen. Zum Teil gab es eine Berichterstattung, die wenig mit der Realität zu tun hatte.“ Abweichend hierzu: Maurer u. a. 2019: 31 f.

<sup>37</sup> Siehe „Berichte über und Reaktionen auf die Studie“, unter: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/studien-2017/die-fluechtlingskrise-in-den-medien/#accordion-753>

<sup>38</sup> „Alles Versager? Die mediale Sturzgeburt einer Studie“ (<https://uebermedien.de/18070/alles-versager-die-mediale-sturzgeburt-einer-studie/>, abgerufen am 27.02.2019).

in der Gesellschaft Ausdruck zu geben, wurde übersehen beziehungsweise umgedeutet.<sup>39</sup>

**Die zweite Phase**, im Frühherbst 2017 einsetzend, war geprägt vom Wunsch nach Versachlichung entlang der Frage: Hängen die aufgezeigten Dysfunktionen des Journalismus etwa mit seinem überkommenen Selbstverständnis, auch mit seinem Bedeutungsschwund in der Onlinegesellschaft zusammen? Zu diesem veränderten Fokus trug eine Reihe von Interviews und Besprechungen wie auch Essays und Kommentare in Online-medien bei, begleitet von einer konstruktiven Diskussion über methodische Bedingtheiten. Verstanden und akzeptiert wurde jetzt unser normativ begründeter Ansatz, der dem Informationsjournalismus auch die Funktion zuschreibt, in der Sache aufklärerisch zu wirken und für die Meinungsbildung eine diskursive (das heißt, die verschiedenen Gruppen und Positionen, soweit relevant, zu thematisieren) Öffentlichkeit herzustellen.<sup>40</sup>

In der Fachdebatte wurde auch die (in der Studie bereits diskutierte) Frage der Medienwirkung aufgegriffen: Gibt es einen empirisch nachweisbaren Zusammenhang zwischen der Art, wie die meisten Medien das Flüchtlingsthe-

ma behandelten, und dem (in demoskopischen Erhebungen nachgewiesenen) Misstrauen in Bezug auf diese Berichterstattung? Hinter dieser Frage steckt die für Journalisten heikle verantwortungsethische Sicht auf die Folgen ihres Tuns. Auf der Suche nach einer Antwort stießen wir hier auf Abwehr und zähe Vorurteile, weil wir mithilfe von Modellen (wie der „Schweigespirale“) erklärt hatten, warum Teile der Bevölkerung, die den Journalismus für unglaublich empfinden, mit Wutkommentaren reagieren und in den sozialen Medien „Dampf ablassen“.<sup>41</sup>

In diesen Zusammenhang gehört aber auch die Beobachtung, dass die Sonntags- und Wochenmedien (die wir nicht untersucht haben) bereits im Frühjahr 2016,<sup>42</sup> einige Tageszeitungen ab Frühsommer 2016 ihren Blickwinkel erweiterten und die in der Folge der Silvesternacht aufgebrochene Polarität thematisierten. Vermehrt wurden abweichende, auch frustrierende Erfahrungen lokaler Akteure sowie behördenkritische Berichte publiziert. Dies gilt auch für Landausgaben (insbesondere die Ausgabe für Freising) der *Süddeutschen Zeitung*, die ab Herbst 2016 häufiger über Sorgen und Nöte Betroffener berichteten (wenn auch nicht recherchierten).

39 Siehe die von der ARD-Journalistin Anja Reschke angeführte Debatte über die (ursprünglich das Berufsverständnis der BBC kennzeichnende, von Friedrichs in Deutschland populär gemachte) Haltung: „Ein Journalist macht sich mit keiner Sache gemein, auch nicht mit einer guten.“ Ihr 2015 im Fernsehen gehaltenes Plädoyer, gegen Hassredner offensiv vorzugehen und Haltung zu zeigen (siehe Haller 2017: 103 f.), wandelte sie 2018 zur im Grunde selbstverständlichen „Haltung“, dass Journalisten die demokratische Grundordnung zu vertreten und zu verteidigen hätten. Näheres siehe <http://www.hanns-joachim-friedrichs.de/index.php/dankesrede-von-anja-reschke.html>, abgerufen am 27.02.2019.

40 Siehe „Berichte über und Reaktionen auf die Studie“, unter: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/studien-2017/die-fluechtlingskrise-in-den-medien/#accordion-753>

41 Siehe <http://www.carta.info/85097/warum-sind-grosse-teile-der-gesellschaft-ueber-die-fluechtlingsberichterstattung-frustriert/>, abgerufen am 27.02.2019.

42 Das als Fallstudie komponierte, anschauliche Feature über in Dortmund gestrandete Westafrikaner, „Zwischen den Welten“ (*Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 17.01.2016), mag beispielhaft sein für die nach den Silvesterereignissen gefundene Thementiefe der Wochen- und Sonntagspresse.

So kamen in der genannten Landausgabe der SZ unter dem Titel: „So schaffen wir das nicht“ zahlreiche Ehrenamtliche mit ihrer Behördenkritik zu Wort. Im Vorspann des ausführlichen Berichts heißt es:

„Sie organisieren Sprachkurse für Flüchtlinge, suchen nach Wohnungen und Arbeitsmöglichkeiten, machen Ausflüge, helfen im Behördenschlingel – ehrenamtliche Betreuer leisten einen großen Teil der Integrationsarbeit. Doch bei vielen wächst der Zorn über die Asylpolitik, die viele ihrer Bemühungen zunichte macht. [...] Die Ehrenamtlichen fühlen sich zunehmend im Stich gelassen. [...] die Hilfe stoße an Grenzen, weil Behörden und Politik die Probleme verschärfen [...]“ (Süddeutsche Zeitung, 16.02.2017).

**Die dritte Phase** begann für uns im Herbst und Winter 2017/18 mit Diskussionsrunden, Gesprächen und Workshops in acht Medienredaktionen, in zwei Ausbildungsstätten, bei zwei Tagungen migrationspolitischer Stiftungen sowie in zwei Presseclubs. Die Orte lagen in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen, in Berlin, NRW und Baden-Württemberg.<sup>43</sup> Aus meiner Sicht war dies die konstruktive Phase. Vor allem in den Redaktionsgesprächen lernte ich viel über die starr gewordenen Routinen der Nachrichtenverarbeitung wie auch über die immer engeren Handlungsspielräume, über Ratlosigkeit, Frust

und Stress infolge des Personalabbaus – aber auch über den Willen vieler Lokaljournalisten, alldem zum Trotz ihr Angebot (Print wie online) zu verändern und sich für die lokale Alltagswelt mit ihren Themen, Sorgen und Nöten zu öffnen.

Im Folgenden will ich die aus meiner Sicht aufschlussreichsten Ergebnisse aus diesen Gesprächen und Seminaren referieren, im Glauben, damit Hinweise und Anregungen weitergeben zu können.

## 2.2 Was könnte besser werden?

### Fünf themenzentrierte Diskussionen

#### 1. Umgang mit den Strukturdaten

Unsere Studie (basierend auf der Analyse von 85 Zeitungen und 17.000 Texten) lieferte *Strukturdaten*, die sich auf die Gattung Lokal-/Regionalzeitung beziehen. Die Rückfrage war darum naheliegend: Hat nicht jede Zeitung das Megathema „Flüchtlingskrise“ in spezifischer Weise und somit anders, vielleicht deutlich differenzierter behandelt als andere? In unserem Fall geht es also um den Zusammenhang zwischen dem Allgemeinen, also den Strukturen, die in der Gesellschaft das Meinungsklima prägen, und dem Besonderen am Ort (diese Region, diese Zeitung, diese Newssite). Und es gab in der Tat ja auch herausragende Leistungen einzelner Regionalzeitungen, die vom Strukturbild überdeckt wurden.<sup>44</sup> Gleichwohl ist es sinnvoll,

---

<sup>43</sup> Redaktionelle Interna stehen unter dem Schutz des Redaktionsgeheimnisses. Dies gilt auch für die in den Redaktionen und Workshops offen geführten Gespräche. Ich werde darum bei der Wiedergabe von Gesprächsergebnissen keine Quellen nennen und mich, wo es angezeigt erscheint, auf geografische Hinweise beschränken.

<sup>44</sup> Eine dieser Zeitungen sind nach unserer Beobachtung die *Nürnberger Nachrichten*, deren Journalisten – insbesondere die Redakteurin Franziska Holzschuh – die Vorgänge aus „distanzierter Nähe“ kompetent beobachtet und beschrieben haben. Während unserer Untersuchungszeit erschienen 85 namentlich gezeichnete Beiträge der Journalistin; diese boten den Leserinnen und Lesern ein facettenreiches Bild der Vorgänge mit ihren Akteuren.

Strukturen in Beziehung zu setzen zur Produktion einer einzelnen Zeitung.

In zwei Workshops konnten Redakteure die Suchstrings, die unseren Strukturdaten zugrunde liegen, auf ihre Zeitung anwenden. Da heute praktisch alle Zeitungen (Print wie online) digital archiviert werden, steht den Redakteuren ihr Zeitungsarchiv als analysierbare Datenbank zur Verfügung (und sei es über eine extern gehostete Datenbank, etwa vermittelt *Genios/WISO*). Zwei Lokalredaktionen suchten nun ihre Berichterstattung zum Flüchtlingsthema seit 2014 daraufhin ab, wer am häufigsten und wer praktisch nicht zu Wort gekommen war. Sie stellten fest, dass unser Strukturbefund (Dominanz männlicher Politiker, Behörden- und Amtschefs; praktisch keine Experten; selten direkt Beteiligte und wenn, dann in der dritten Person) *grosso modo* auch für ihre Zeitung zutraf.<sup>45</sup> Man wolle diese „Verzerrung“ bei künftigen Konfliktthemen zumindest mindern, lautete eine der Folgerungen.

Die Chefredakteure zweier Regionalzeitungen kamen mit dem Einwand, die Strukturdaten unserer Studie ließen dennoch keine konkreten Folgerungen für ihre Zeitungen zu, da sie in politisch besonders schwierigen Umfeldern erscheinen. In Regionen, die schon seit Jahren Konflikt-Brennpunkte radikalierter Gruppen seien, müsse man mit derart heiklen Ereignisthemen anders verfahren. Wie damit umgehen?

In ländlichen Gegenden wie auch in Ballungsräumen in Sachsen und im Ruhrgebiet kam es bekanntlich schon vor dem Jahr 2015 immer wieder zu Übergriffen durch ultrarechte Gruppen, die gegen Flüchtlingsunterkünfte randalierten, Feuer legten und Gewalt auf die Straßen brachten. Dort sahen die Lokaljournalisten kaum Chancen, „die andere Seite“ in den Blick zu nehmen und den Dialog zu versuchen; die Fronten seien abgesteckt, die Berichtersteller würden als „Diener der Lügenpresse“ attackiert. Wir hielten dem entgegen, dass es in dieser Lage eher um die verunsicherten, verängstigten, politisch frustrierten Bürger quasi zwischen den Fronten ginge, deren Anliegen lange Zeit übersehen wurde. Wir zeigten dies anhand einer der zahlreichen (sinnvollen) Leserzuschriften, die von der *Freien Presse Chemnitz* schon im Januar 2015 in ihrem „Leserforum“ zum Streitthema Pegida publiziert wurden.

Auszug:

„Man muss die Pegida nicht mögen und es gibt gute Gründe, mit den Forderungen nicht einverstanden zu sein. Die 19 Punkte des Programms sind jedoch weder rassistisch noch undemokratisch. Sie sprechen sich nicht gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aus, sondern für die konsequente Anwendung geltenden Rechts und für eine Einwanderungspolitik nach erprobtem Muster (Kanada). Es ist daher verwunder-

<sup>45</sup> Die Suchstrings sind vollständig dokumentiert im Methodenbericht, der auf der Website der Otto Brenner Stiftung abgerufen werden kann (<https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationseiten-zu-studien/studien-2017/die-fluechtlingskrise-in-den-medien/>).

lich, wenn besorgte Bürger, die ihr Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit ausüben, von Politikern diffamiert werden: Bundespräsident Gauck spricht von ‚Chaoten‘, Justizminister Maas von ‚Schande für Deutschland‘, der Grüne Cem Özdemir von ‚komischer Mischpoke‘, die Kanzlerin glaubte ‚Hetze und Verleumdung von Ausländern‘ feststellen zu können. Keine dieser Abwertungen lässt sich aus dem Pegida-Programm und aus dem friedlichen Verlauf der Demonstrationen ableiten. Möglicherweise übertreibt Pegida die Gefahr der Islamisierung Deutschlands, sie zu untertreiben, zu verdrängen oder gar zu negieren ist jedoch der falsche und verhängnisvollere Weg. Dass weite Teile der Bevölkerung den wachsenden Einfluss des Islam kritisch sehen, ist eine durch Umfragen belegte Tatsache, die die Politik in ihren Entscheidungen berücksichtigen sollte. Gert Kreiselmeier, Chemnitz“

Das Problem sei, wurde entgegnet, dass diese Bevölkerungsgruppe keine Anlässe, keine Nachrichten erzeuge, um über sie zu schreiben. Warum nicht hingehen, Anlässe schaffen und Befindlichkeiten beschreiben? Das sei nicht Aufgabe der Zeitung, war die Antwort.

Diese Meinung deckt sich mit dem, was die Strukturdaten der Studie besagen: Die abwehrenden, konservativ denkenden Bürger

fanden sich in den Lokalmedien nicht wieder, auch weil sie keine „Nachrichten“ schufen. Als skandierende Pegida-Demonstranten und AfD-Wähler wurden sie dann von den Medien wahrgenommen und beschrieben – selten als Bürger, häufiger als befremdliche Objekte. Diese enge Sicht, so einigten wir uns in dem Gespräch, sollte man in der Berichterstattung aufbrechen und erweitern.

## **2. Wie viel Komplexität ist den Lesern beziehungsweise den Journalisten zuzumuten?**

In unseren Redaktionsgesprächen blieb kontrovers, ob beziehungsweise inwieweit Lokaljournalisten bei unübersichtlichen, dynamischen Problemthemen, wie die sogenannte Flüchtlingskrise jener Jahre eines darstellt, differenziert berichten sollten. Es geht um die Reduktion von Komplexität: Wie stark darf man zugunsten leichter verständlicher Situationsbeschreibungen simplifizieren und zuspitzen?

Wir hatten als vermeintlich harmloses Beispiel die mit dem Wort „Flüchtlinge“ verbundene Pauschalisierung gewählt, die mit dem (von der Politik kreierten) Schlagwort „Flüchtlingskrise“ nochmals gesteigert wurde, und dies mit vielen Textbeispielen veranschaulicht.<sup>46</sup> In der Gesprächsrunde meldete sich Widerspruch: Man habe in der Berichterstattung nicht differenzieren können, weil doch alle, die Politiker vorneweg, pauschal über das Flüchtlingsthema gesprochen hätten.

---

<sup>46</sup> Hier ein typisches Beispiel für den pauschalisierenden, begrifflich falschen Sprachgebrauch. Überschrift: „Bis zu 200.000 Flüchtlinge in Libyen“. Textbeginn: „Berlin. Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) rechnet schon in Kürze mit einem massiven Andrang von Flüchtlingen aus Afrika. ‚Nach unseren Informationen warten allein in Libyen 100.000 bis 200.000 Afrikaner, die aus Staaten südlich der Sahara kommen, auf ihre Überfahrt nach Europa‘, sagte der Minister unserer Redaktion. [...]“ (*Rheinische Post*, 19.02.2016).

Ist das eine plausible Begründung? Wir hatten uns zum Vergleich die Berichterstattung skandinavischer und einiger Schweizer Tageszeitungen angeschaut (hier wie dort ging es 2015 ebenfalls um massenhafte Zuwanderung von Migranten und Flüchtlingen) und festgestellt, dass dort in den Berichten differenziert wurde.

Die *Neue Zürcher Zeitung* zum Beispiel unterschied in ihren Berichten markant zwischen Flüchtlingen und Migranten; der Anteil der Texte, in denen allein von Flüchtlingen die Rede war, ist sehr viel kleiner als bei dem zum Vergleich herangezogenen *Tagesspiegel*. Dort überwogen Berichte, in denen es pauschal „Flüchtlinge“ hieß. Diese Pauschalisierung trifft noch markanter auf die Regionalzeitungen zu, hier stellvertretend die *Leipziger Volkszeitung*

(siehe Tabelle 1). Ein tieferer Blick in die Texte dieser Regionalzeitung zeigt, dass es die Verständlichkeit erhöht hätte, wenn präzisiert und differenziert worden wäre.

Nicht den Journalisten, sondern der Politik ist es zu verdanken, dass seit dem zweiten Halbjahr 2018 auch Lokal- und Regionalzeitungen diese Differenzierung häufiger verwenden. Wie im ersten Teil untersucht, ist dies dem Thema „UN-Migrationspakt“ geschuldet, der zwischen Migration aus ökonomischen Gründen und Flucht aus Kriegsgebieten klar unterscheidet. Diese Präzisierung kommt der Verständlichkeit der Vorgänge klar zugute. Ob sie die inzwischen verfestigten Denkmuster und Klischees in den Köpfen vieler Einheimischer noch aufzuweichen vermag, ist eine andere Frage.

Tabelle 1						
Pauschalisierende Sprache: Flüchtlinge und Migranten						
Unser Untersuchungszeitraum 01.01.2015 bis 31.03.2016	<i>Neue Zürcher Zeitung</i>		<i>Tagesspiegel</i> (Berliner Ausgabe)		<i>Leipziger Volkszeitung</i> (Stadtausgabe)	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Texte, die von Flüchtlingen <b>und/oder</b> Migranten handeln	572	100 %	659	100 %	466	100 %
Texte, die von Flüchtlingen <b>und</b> Migranten handeln (Teilmenge)	98	17 %	79	12 %	51	11 %
Texte, die von <b>Flüchtlingen</b> , nicht aber Migranten handeln (Teilmenge)	270	47 %	514	78 %	402	86 %
Texte, die von <b>Migranten</b> , nicht aber von Flüchtlingen handeln (Teilmenge)	204	36 %	66	10 %	13	3 %

Quelle: Datenbank *Genios/WISO*. Nur Inlandsberichte, das heißt unter Ausschluss von Österreich, Ungarn, Italien, Schweiz beziehungsweise für die NZZ Österreich, Ungarn, Italien, Deutschland. Suchstrings mit Flüchtl\* AND/OR/ NOT Migra\* mit 98 % sachkorrekten Treffern (wegen zu vieler Fehltreffer ohne Geflücht\*). Eigene Darstellung.

Ein zweites Sprachproblem entdeckten wir im Hang zur Etikettierung von Taten, Personen und Gruppen. Vor allem in Berichten über tatverdächtige Migranten wie auch über links- und rechtsextreme Gruppen finden sich Bezeichnungen, die skandalisieren, manchmal auch stigmatisieren oder vorverurteilen. Mitunter verschleiern auch Politiker Sachverhalte durch Etikettierungen – und viele Journalisten übernehmen diese. Wir haben den *Fall Chemnitz* im Rahmen eines Workshops besprochen; er macht die Neigung zur Etikettierung deutlich:

Am Wochenende 25./26. August 2018 kam es nach Bekanntwerden der Gewalttat – Tötung eines Deutschen durch die Messerattacke als Migranten bezeichneter Personen – zu tumultartigen Straßenszenen durch randalierende Personengruppen, in deren Verlauf auch Migranten angegangen und verfolgt wurden.

Am Sonntag, 27. August 2018, äußerte sich Regierungssprecher Steffen Seibert im Namen der Bundesregierung: „Solche Zusammenrottungen, Hetzjagden auf Menschen anderen Aussehens, anderer Herkunft, oder de[n] Versuch, Hass auf den Straßen zu verbreiten, nehmen wir nicht hin.‘ In Deutschland sei kein Platz für Selbstjustiz und für ‚Gruppen, die auf den Straßen Hass verbreiten wollen, für Intoleranz und für Extremismus‘“ (dpa).

Hetzjagden? Die Frage war, ob man sich die Etikettierung Seiberts zu Eigen machen oder distanziert bleiben und Seibert

nur zitieren solle. Zahlreiche Redaktionen entschieden sich für Letzteres und machten kenntlich, dass es eine Etikettierung der Bundesregierung war (*Badische Zeitung*: „Berlin spricht von Hetzjagd“. Abgeschwächt *welt.de*: „Bundesregierung verurteilt ‚Hetzjagd‘ in Chemnitz scharf“; ähnlich *Neue Osnabrücker Zeitung*, *Nürnberger Zeitung* u. a.).

Manche Blätter fokussierten die Stimmungslage in der Stadt (*Aachener Nachrichten*: „Entsetzen über ‚neue Dimension der Eskalation‘/Sachsen kündigt schärfere Gangart nach Angriff auf Ausländer an“. Oder *Bergedorfer Zeitung*: „Zwischen Trauer und Hetze“).

Andere Redaktionen, darunter die *ARD-Tagesschau*, identifizierten sich mit der Aussage Seiberts, indem sie dessen Etikettierung zur Tatsache machten: „Politik verurteilt Hetzjagd auf Ausländer“ (u. a. *welt.de*, 27.08.2018), „Entsetzen über Chemnitzer Hetzjagden – erste Haftbefehle“ (*Hamburger Abendblatt*), „Entsetzen über Hetzjagd“ (*Main-Post*). „Empörung über Hetzjagd in Chemnitz“ (*Allg. Zeitung Mainz*, *Darmstädter Echo* u. a.). „Regierungschef verurteilt Hetzjagd“ (*Hohenloher Tagblatt* u. a.). Manche skandalisierten: „Selbstjustiz auf dem Stadtfest“ (*Kölner Stadt-Anzeiger*); „Wie die Gewalt in Chemnitz explodiert“ (*Rhein-Zeitung* u. a.).

Erheblich zurückhaltender texteten ostdeutsche Zeitungen: „Haftbefehl nach Messer-



Attacke, Empörung über Menschen-Jagd“ (LVZ, DNN); „Schockierende Szenen in Chemnitz“ (*Lausitzer Rundschau*) – oder merkwürdig poetisch verfremdet: „Jagdscenen in Deutschland“ (*Märkische Allgemeine*); „Blumen, Proteste und Gewalt: Chemnitz zwischen Trauer und Hetze“ (*Nordkurier*). Anders die in Chemnitz erscheinende *Freie Presse*. Der Leitartikel des Chefredakteurs, „Warum wir nicht von Hetzjagd sprechen“, endete mit dem Satz: „Der offen zu Tage getretene Hass, der die Proteste auf den Straßen in Chemnitz am Sonntag begleitet hat, war schrecklich genug. Er bedarf keiner Dramatisierung“ (01.09.2018).

In den folgenden Tagen gab es in Chemnitz neue Proteste, nun gegen überregionale Medien und gegen die Regierung wegen der Etikettierungen „Hetzjagd“ und „Selbstjustiz“ (wobei Letztere begrifflich falsch war), woraufhin Sachsens Ministerpräsident beschwichtigend eingriff und „Hetzjagden“ in Abrede stellte („Kein Mob, keine Hetzjagd, keine Pogrome – Sachsens Regierungschef Michael Kretschmer positioniert sich“; *Spiegel.de*, 05.09.2018). Zeitgleich wurde in zahlreichen Berichten und Kommentaren die Beweiskraft eines Amateur-Kurzvideos (Kennwort „Hase“) diskutiert, auf dem man von hinten eine Person sieht, die eine andere zu verfolgen beginnt. Der wenig später abgesetzte Verfassungsschutzpräsident Maaßen fabulierte, das Video sei vielleicht gefälscht, jedenfalls habe es für ihn keine „Hetzjagden“ gegeben.

Nun brauste die Mediendebatte heftig auf (in einem mehr als 12.000 Zeichen umfassenden Report untersuchte *zeit.de* minutiös Echtheit und Aussagegehalt des Videos; 07.09.2018). In der um Doubletten bereinigten *Genios*-Datenbank „Presse Deutschland“ haben wir für die Zeit vom 27.08. bis 22.12.2018 insgesamt 2.365 Berichte, Features, Interviews und Kommentare gezählt, in denen „Chemnitz“ in Verbindung mit „Hetzjagd“ genannt – und so zum Stigma für die Bewohner der Stadt gemacht wird.

Zurück zu unserem Redaktionsgespräch: Übereinstimmung konnte darin gefunden werden, dass die von Politikern, Parteisprechern und Wirtschaftsvertretern benutzten Etikettierungen („Frames“) oftmals verdeckte Zwecke verfolgen und eher vernebeln als klarstellen (sollen). Deshalb sollten die Blattmacher beim Verfassen der Überschriften, Unterzeilen und Teaser ihre Distanz zur kolportierten Aussage klar kenntlich machen, kurz: Sie sollten ihrem Publikum zeigen, dass Aussagen von Akteuren nichts anderes sind als Aussagen von Akteuren und darum nicht im Indikativ formuliert werden.

### 3. Was heißt „Kritik und Kontrolle“?

Wen und was sollte man mit kritischem Blick beobachten? In Laufe eines Workshops zu diesem Thema wurde jüngeren Lokaljournalisten erstmals klar, dass sich diese Aufgabe auf mandatierte Machsträger bezieht (vom Chef einer kommunalen Behörde bis zur Bundeskanzlerin), die in ihr Amt gewählt oder die ernannt wurden und für ihren Zuständigkeitsbereich

in der Öffentlichkeit Verantwortung tragen. Die Kontrolle richtet sich also nicht gegen die Wachleute am Eingangstor des Aufnahme-lagers und nicht gegen die Convenience-Food-Lieferanten: Ob die ihren Job richtig machen, kann – etwa aufgrund eines Hinweises – das Ziel einer fallbezogenen Recherche sein. Kritik und Kontrolle sind etwas anderes, gehören zur Berufshaltung des politischen Journalisten. Dazu zählt weiterhin, dass die Zeitung mit der „Wir-wollen“-/„Wir-brauchen“-Rhetorik schwadronierender Politiker kritisch verfährt, also aufklärend nachfragt.

Bei Durchsicht verschiedener Texte, die wir für unsere Studie ausgewertet hatten, erkannten die Teilnehmer, dass so mancher Redakteur, statt Kritik im Sinne der Machtkontrolle zu üben, eine Art Kathederhaltung einnimmt und moralische Standpauken oder Belehrungen an die Adresse „der Politik“ verfasst.

Beispiel:

„[...] Die künftige Hauptaufgabe wird die Integration der Flüchtlinge sein. Zu bewältigen ist sie nicht nur zentral von oben, sondern ganz unten im staatlichen Aufbau – in den Kommunen. Und bevor viel Geld in ein Ministerium gesteckt wird, sollte zuerst in mehr Beamte investiert werden, die Asyl-anträge bearbeiten. Damit die Menschen, die bleiben dürfen, wirklich in den Städten und Gemeinden Fuß fassen können“ (*Neue Osnabrücker Zeitung*, 02.01.2018).

Wie es anders geht, lässt sich bei anderen Regionalzeitungen beobachten. Dort sind die mit dem Thema befassten Lokalredakteure gut vertraut mit dem Stoff und pflegen informelle Kontakte zu Sachbearbeitern in den Behörden (BAMS-Filiale, Jobcenter, Sozialbehörde usw.) – das Beispiel *Nürnberger Nachrichten* habe ich schon erwähnt. Zur Vorbereitung etwa der Pressegespräche mit dem Bürgermeister oder Behördenchef nutzen sie ihre informellen Kontakte; über diese Kanäle informieren sie sich über Mängel, Organisationsprobleme usw. Mit diesem Wissen können sie beim Pressegespräch das mitunter nebulöse Reden des Mandatsträgers mit präzisen Nachfragen durchstoßen (und gegebenenfalls die im Landespressegesetz festgeschriebene Auskunftspflicht einfordern).

Ob dies auch auf Bundesebene funktionieren könnte? Die Gesprächsrunde kam auf die Bundespressekonferenz vom 31. August 2015 zu sprechen, bei der die Bundeskanzlerin den seither so folgenreichen wie umstrittenen Satz „Wir schaffen das!“ gesagt hat. Hätte man da nicht auch nachfassen können beziehungsweise müssen?<sup>47</sup> Eine schwierige Frage, die von den Teilnehmern zum Anlass für ein Spielszenario genommen wurde: Angenommen, wir wären bei solch einer (immerhin von Journalisten organisierten und geleiteten) Medienkonferenz, wie würden wir uns verhalten? Wir haben die ganze Konferenz angeschaut, einige Szenen mehrmals, und das

---

<sup>47</sup> Egbert Jahn: Wir schaffen das (nicht)! – Die Ratlosigkeit der deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik, Frankfurter Montags-Vorlesungen, 02.11.2015 und 16.11.2015. „Wir müssen das schaffen: Merkel-Satz spaltete das Land – aber er bleibt richtig“, *focus.de*, 31.08.2017; „Wir schaffen das nicht“, *Wirtschaftswoche*, 06.10.2015.

Verhalten der dort akkreditierten Journalisten diskutiert.<sup>48</sup>

Einleitend spricht Bundeskanzlerin Merkel über ihre derzeitige Flüchtlingspolitik: Dass sie „Standards aufheben“ müsse, um schnell zu reagieren; dass sie sich um eine „faire Kostenverteilung“ zwischen Kommunen, Ländern und Bund bemühe. Auch müssten die Anträge der „Flüchtlinge aus Syrien und anderen Kriegsregionen“ schneller bearbeitet werden. Und: „Wir brauchen Integrationsanstrengungen“, weshalb Lehrer in „Schnellkursen“ auszubilden und den Migranten „Wohnungs- und Arbeitsperspektiven“ zu geben seien.

In der 14. Minute sagt sie wörtlich: „Und das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft, wir schaffen das. *Wir schaffen das*, und wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden, muss daran gearbeitet werden. Und der Bund wird alles in seiner Macht Stehende tun, zusammen mit den Ländern, zusammen mit den Kommunen, genau das durchzusetzen.“ Es folgt ein eindringliches Plädoyer für ein einiges Europa, das sich an die „universellen Bürgerrechte“ binden müsse, andernfalls werde diese Bindung „zerstört und es wird nicht mehr das Europa sein, das wir uns vorstellen“.

Nach 16 Minuten 30 Sekunden endet dieses Statement und die Kanzlerin steht in

den folgenden rund 50 Minuten für Fragen bereit. Die erste Frage nimmt keinen Bezug auf Merkels Statement, sondern spricht die „Beschimpfungen“ an, die der Kanzlerin in den neuen Bundesländern entgegenschlugen. Der zweite Frager will wissen, was es bedeute, dass Politiker aus dem Westen „mit den Fingern auf den Osten“ zeigten (Antwort: „Ich rate nicht, West und Ost gegeneinander auszuspielen“). In der dritten Frage geht es darum, ob die Bundeskanzlerin ein NPD-Verbot für richtig halte (Antwort: Das sei Sache des Bundesverfassungsgerichts). Die vierte Frage interessiert sich für eine „Neudefinition des Nationenbildes“. Die fünfte endlich nähert sich Merkels Thema mit der Frage, wann und in welcher Form das in der CDU diskutierte Einwanderungsgesetz komme. (Raumgreifende Antwort mit der Quintessenz: Derzeit sei die Lage zu unübersichtlich für eine solche Gesetzgebung.) Die Anschlussfrage bezieht das künftige Gesetz auf die Wahlen 2017, die dann folgende Frage gilt der Rolle der Türkei, die daran anschließende derjenigen Mazedoniens in der Flüchtlingspolitik. Und so weiter.

Teilnehmer unseres Workshops äußern sich verblüfft, auch erschrocken darüber, dass keine Rückfragen zu den bedeutsamen, typisch „merkeligen“ Darlegungen der Kanzlerin kamen. „Was hätten Sie denn gefragt, wenn Sie dort gesessen wären?“ Okay, zwei

<sup>48</sup> Die vollständige Bundespressekonferenz vom 31.08.2015 (Gesamtdauer: 1:39:40) hat Phoenix über YouTube veröffentlicht ([https://www.youtube.com/watch?v=5eXc5Sc\\_rnY](https://www.youtube.com/watch?v=5eXc5Sc_rnY), abgerufen am 27.02.2019).

Jahre später und hier im Labor sei man klüger, piffiger, kritischer. Gleichwohl hätte man als journalistischer Profi doch zuerst Präzisierung einfordern müssen, etwa: Wen genau meinen Sie, Frau Bundeskanzlerin, mit „wir“: Allein Ihre Regierung? Auch die Landräte und Kommunen? Uns alle? Was genau meinen Sie mit dem Tätigkeitswort „schaffen“: Dass Sie dafür sorgen, dass es keine sozialen, kulturellen und strafrechtlichen Probleme geben wird? Und das Wörtchen „das“: Meint die Kanzlerin den (im August 2015) noch ungesteuert anschwellenden Flüchtlingsstrom, über den Experten prognostizieren, er werde bis zum Sommer 2016 mehr als zwei Millionen Migranten nach Deutschland bringen? Weitere Rückfragen hätten die aufgehobenen „Standards“ und die Kostenverteilung zugunsten der Kommunen aufs Korn nehmen sollen – und so weiter.

Auch wenn unser Szenario, gemessen an den Ritualen der Bundespressekonferenz, vermutlich unrealistisch war: Die Teilnehmer fanden am Ende, dass bei den Berliner Korrespondenten nicht viel von dem zu spüren war, was man Kritik und Kontrolle nennt.<sup>49</sup> Eine Schärfung des journalistischen Selbstverständnisses nicht nur der Berliner Kollegen sei angesagt. „Weniger moralisches Gerede, mehr Skepsis und kritische Distanz“, lautete ihre Konsequenz.

#### **4. Der Recherche-Biss – oder doch Beißhemmung?**

Ein Befund unserer Studie war, dass sehr viele Lokal- und Regionalredaktionen selbst über schlimme Vorgänge und Missstände nicht selbst recherchierten, sondern bei Gelegenheit „nur“ berichteten. Diese Kritik wollten unsere Gesprächspartner nicht akzeptieren, Motto: „Aufs Ganze gesehen mag das stimmen, aber bei uns war es anders.“ Allerdings konnten sie keine (uns) überzeugenden Beispiele selbst recherchierter Storys über Probleme und Missstände aus dem Jahr 2015 und dem ersten Quartal 2016 im Archiv finden. Was gefunden und gezeigt wurde, waren Berichterstattungen über das, was Quellen von sich aus preisgaben. Deren Äußerungen wurden von der Redaktion manchmal ergänzt (etwa: Stimme der Gegenseite, Meinung eines Beteiligten, Archivmaterial zur Vorgeschichte), mehr nicht.

Darin zeigt sich eine andere Auffassung über Sinn und Umfang des Recherchierens, als wir sie vertreten – und dies hängt in Teilen mit der veränderten Situation des Lokaljournalismus zusammen. Aus den Gesprächen ging hervor, dass die investigative Haltung, die aufdeckende Arbeit und der Blick hinter die Kulissen vielen Journalisten (zu) viel Stress bereitet, den man in personell „ausgedünnten“ Redaktionen nicht verkraften könne. Zudem seien die lokalen Meinungsführer im Verbund mit der lokalen Wirtschaft (als Anzeigenkunden und Auftraggeber des Verlagshauses) so

---

<sup>49</sup> Sechs Wochen später holte die *Bild-Zeitung* in einem umfangreichen Interview mit der Bundeskanzlerin einige der bei der Bundespressekonferenz unterbliebenen Rück- und Präzisierungsfragen nach. Siehe „Wie schaffen wir das bloß, Frau Merkel?“ (*Bild-Zeitung*, 12.10.2015).

einflussstark geworden, dass man es vorziehe, „im Strom mitzuschwimmen“ und sich auf soliden Berichterstattungsjournalismus zu beschränken – also das zu machen, was man heute Mainstream nennt.

Man kann diesen Rechercheverzicht bedauern, auch nachvollziehen. Und doch ist mit dieser Offenbarung das Thema Recherche nicht abgetan. Denn in der Flüchtlingsthematik war (und ist) es eine Frage der informellen Kontakte auf der Vollzugsebene, also zu Beteiligten und Betroffenen, ob man Tipps, Hinweise und belastbare Aussagen bekommt oder nicht. In den von uns besuchten Lokalredaktionen ist das Informantennetz auf die institutionellen Kontakte (Verkehrspolizei, Strafverfolgung, Rathaus, IHK, Sportvereine u. Ä.) ausgerichtet. Hinzu tritt eine eigentümliche Scheu, sich an Ort und Stelle ins Bild zu setzen. Überprüfungen (auch anschauliche Beschreibungen) per Augenschein sind deshalb rar.

Anhand eines aufsehenerregenden Falles aus Köln vom Frühjahr 2016 haben wir diese handwerklichen Fragen besprochen. Der Fall eignet sich auch deshalb, weil er die intensive Themenbearbeitung durch mehrere Lokaljournalisten des *Kölner Stadt-Anzeigers* veranschaulicht – mit ihren Stärken und ihren Schwächen.

Unter dem Titel „Vorwürfe gegen den Sicherheitsdienst“ berichtete der *Kölner Stadt-Anzeiger* (KStA) am 18. Februar 2016 über einen offenen Brief aus der Notunterkunft im Stadtteil Humboldt-Gremberg unter anderem dies: „In der Halle der Gemeinschaftsgrundschule und des Georg-Simon-

Ohm-Berufskollegs sind 200 Menschen untergebracht. Auf Fotos ist zu sehen, dass die Feldbetten dort ohne Sichtschutz eng nebeneinander stehen. In den Gängen liegt Müll. Die Menschen prangern an, dass sie mangelhaft ernährt würden, es gebe keine Übersetzer, kaum Hilfe bei gesundheitlichen Problemen, nur jeweils sechs Toiletten und zwei Duschen für Frauen und Männer.“ Schlimmer noch: „Die Flüchtlingsfrauen bezichtigen Mitarbeiter des zuständigen Sicherheitsdienstes Adler Wache in einem Brief der sexuellen Übergriffe.“ Mit „70 anderen Frauen“ sei eine Syrerin, die von sexuellen Attacken sprach, zum BAMF in Köln gezogen. Im Brief der Frauen gehe es um „sexuellen Missbrauch und Belästigung seitens der Security-Crew“. Die Polizei ermittle. Der für den Sicherheitsdienst in der Turnhalle Verantwortliche sei „entsetzt“ und habe gesagt, er sei sich „sicher, dass sie völlig haltlos sind“. Auch habe „die Stadt angekündigt, die Vorwürfe ‚deziert zu prüfen‘“. Der Flüchtlingsrat spreche von „einer Katastrophe, falls sich die Vorwürfe bewahrheiten“, und fordere „ein unabhängiges Beschwerdemanagement in den Unterkünften“.

Dieser Bericht, dem Briefe der Flüchtlingsfrauen zugrunde liegen, zeigt zum einen, dass niemand von der Redaktion in der Notunterkunft aus eigenem Augenschein geprüft hat, ob die Behauptungen (Sach- und Bildaussagen) zutreffen. Zum anderen bietet der Bericht in einer Art Auslegeordnung die widersprüchliche Sicht (bzw. State-

ments) der vier Hauptbeteiligten: weibliche Bewohner der Unterkunft, der Verantwortliche der zuständigen Wachgesellschaft, die ermittelnde Polizei, der Sprecher des Flüchtlingsrats (am Rande tauchen noch linke Akteure und das Rathaus auf). Der Text liefert also für eine ergebnisoffene Recherche eine erste Übersicht.

Am Folgetag legt der KStA („Viele Vorwürfe, keine Anzeigen“) mit detailreichen Erzählungen nach. Den Frauen zufolge würden Wachleute bezichtigt, „systematisch Frauen von uns zu begrabschen und nackt zu filmen“ sowie „zum Sex zu überreden“. Auch sei von „vollzogenen Vergewaltigungen“ die Rede. Dem werden die Dementis des Verantwortlichen der Wachgesellschaft gegenübergestellt. Und auch „die Stadt Köln“ (wer auch immer dort) sage, bislang seien keine Vorwürfe bekannt. Die Polizei sagt, sie habe inzwischen „mehr als 50 Frauen“ befragt und „keine von ihnen habe berichtet, sie sei Opfer geworden“. Der Sprecher des Flüchtlingsrats bedauere, dass „trotz harter Vorwürfe alle Aussagen sehr vage bleiben“. Neu hinzu kommt die Meinung des Kölner Vereins Zartbitter, „der gegen sexuellen Missbrauch“ kämpfe: „Die Mindeststandards für den Schutz vor sexueller Gewalt werden in vielen Erstunterkünften nicht eingehalten.“

In dem Bericht wird also die Auslegeordnung mit Details, Gerüchten und Ansichten angereichert; doch die ganze Szenerie bleibt weiterhin im Dunkeln, die Aussagen widersprüchlich, der Sachverhalt nebulös.

Die Lokalredaktion bleibt am Ball. Am 20. Februar 2016 gibt sie die Auskünfte der ermittelnden Polizei wieder und erwähnt zudem, dass die beschuldigten Brandschutzhelfer zu einem Subunternehmen gehören und dass es bereits Klagen über deren unzureichende Qualifikation gegeben habe. Weiterhin, dass die Oberbürgermeisterin „eine Anlaufstelle für Fragen und Beschwerden von Flüchtlingen“ plane, die dann „bei Gewalt oder Übergriffen schnell und wirkungsvoll reagieren“ könnte.

Am 22. Februar 2016 wird Folgendes berichtet: „Flüchtlinge zeigen Brandschutzhelfer an“. Der Stadtkämmerin zufolge sollen zwei Beschuldigte des Subunternehmens „ab sofort an den städtischen Unterkünften nicht mehr eingesetzt werden“. Der Sprecher des Flüchtlingsrats wird mit der Aussage zitiert, er glaube, dass es sich „um eine konzertierte politische Aktion handelt, bei der Flüchtlinge instrumentalisiert werden“. Am Folgetag berichtet der KStA, dass die betroffenen Frauen „Beratungsgespräche mit dem Verein Agisra geführt“ hätten. „Sexuelle Übergriffe in Flüchtlingswohnheimen kommen nicht selten vor“, sagt Denise Klein von Agisra. Mit den Notunterkünften, insbesondere den Turnhallen, hätten die Städte und Gemeinden „sehr gefährliche Orte geschaffen, die nicht kontrolliert werden können“. Frauen würden nachts wach bleiben, um ihre Kinder zu bewachen – „exakt das haben auch Frauen aus der Unterkunft in Humboldt-Gremberg gegenüber dem *Kölner Stadt-Anzeiger* gesagt.“

Am 24. Februar 2016 findet sich in einem Hintergrundbericht „das Wachpersonal auf dem Prüfstand“. Fazit: „Überprüft wird das Wachpersonal lediglich intern – von Vorgesetzten der Adler Wache, der Stadt und des Roten Kreuzes. Der Flüchtlingsrat fordert seit Langem Kontrollen – und ein unabhängiges Beschwerdemanagement.“ Zwei Wochen später die nächste Nachricht: Die Politiker der Bezirksvertretung wollen sich aus eigenem Augenschein ein Bild von der Unterkunft verschaffen; noch immer sei unklar, was wirklich geschehen ist. Doch über das Ergebnis des Augenscheins erfahren wir nichts. Weitere drei Wochen später (29.03.2016) heißt es im nächsten Bericht zum Thema: „Als Reaktion auf die Vorwürfe sexueller Belästigung gegen Wachpersonal in einer Turnhalle in Humboldt-Gremberg will die Stadt nun eine Ombudsstelle für Flüchtlinge einrichten.“ Also nichts Neues. Eine Woche später meldet die Zeitung (Quelle: Staatsanwaltschaft), die Flüchtlingsfrauen hätten ihre Anzeigen zurückgezogen. Nochmals kolportiert werden die „massiven Vorwürfe“ auch wegen der unzumutbaren sanitären Zustände sowie die Behauptung, dass „die Bewohner von politisch linksstehenden Aktivisten“ unterstützt worden seien. Mitte April erfahren die Leser, dass der Sozialausschuss der Schaffung der Ombudsstelle zugestimmt habe, zwei Monate später, dass der Flüchtlingsrat diese koordinieren solle. Am 1. September 2016 berichtet der KStA über neue Vorwürfe der Gewerkschaft

Ver.di gegen Adler Wache; die Firma nehme Subunternehmen mit unqualifizierten Mitarbeitern „zu Dumping-Löhnen“ unter Vertrag; über allfällige Konsequenzen gibt es keine Infos.

Mitte September 2016 blitzt das Thema in einer kurzen Meldung ein letztes Mal auf: In einer anderen Unterkunft seien die neu installierten Ombudsleute von der Polizei daran gehindert worden, mit Bewohnern zu sprechen. Von da an breitet sich – dem Archiv des KStA zufolge – Schweigen aus.

Die Teilnehmer unseres Workshops sahen es so, dass die Leserinnen und Leser auf drei Themen neugierig gemacht wurden, die durch Recherchen hätten aufgeklärt werden können oder müssen: War der Zustand der sanitären Anlagen (vielleicht auch in anderen Unterkünften in Köln) tatsächlich unzumutbar? Wurden die sich beklagenden Frauen (a) von Aktivisten „instrumentalisiert“ oder (b) von der Polizei und dem Securitypersonal eingeschüchtert? Und welche Konsequenzen hat die zuständige Behörde nicht nur rhetorisch, sondern faktisch gezogen, um die Sicherheit der Frauen in den Unterkünften zu gewährleisten? Unsere Leserinnen und Leser der insgesamt 15 Texte erfuhren viel über Gerüchte und Verdächtigungen und das verbale Geschachere zwischen den Zuständigen. Noch lieber hätten sie von den Journalisten und Journalistinnen durch Augenschein am Ort und durch hartnäckiges Befragen der beteiligten Akteure erfahren, wie es in Kölns Notunterkünften tatsächlich aussah und zuging.



Einige unserer Gesprächspartner waren der Ansicht, dass der Verzicht auf eigenständige Recherchen nicht nur eine Sache der Lokal- und Regionalpresse sei; auch die personell besser ausgestatteten großen Zeitungen seien im Fortgang der Flüchtlingswelle vielen handfesten Problemen aus dem Weg gegangen. Wir sind dieser These nachgegangen – und finden sie nicht abwegig. Quasi zur Ehrenrettung der Lokaljournalisten will ich ein markantes, viele Bürger irritierendes Problemthema erwähnen, das vernachlässigt wurde: männliche Muslime und die Ehe.<sup>50</sup>

Die mit unserem Persönlichkeits- und Familienrecht kollidierenden Normen betreffen die Polygamie, die Zwangs- und/oder die sogenannte Kinderehe Tausender nach Deutschland eingewanderter Muslime – mit heftigen Folgen und Nebenwirkungen (Leistungen des Sozialsystems, Scheidungs- und Erbrecht, Erziehungsberechtigung u. a. m.).<sup>51</sup> Diese Problemlage war schon seit Herbst 2015 aktenkundig (Antrag auf Ehegattennachzug). Von den Medien wurde sie allerdings erst ein knappes Jahr später aufgegriffen, als der damalige Justizminister Maas eine gesetzliche Regelung in Aussicht

stellte: Das Problem war auf die abstrakte Agenda der Berliner Politik gesetzt worden. Unter dem Titel „Die Ehe zu dritt“ berichtete die *Süddeutsche Zeitung* am 16. Mai 2016 über das Thema. In den folgenden anderthalb Jahren (bis 31.12.2018) haben wir weitere 16 Berichte in der SZ zum Thema erfasst, den vorläufig letzten am 4. Dezember 2018, auch dieser aus Anlass des immer gleichen Streitfalles aus Aschaffenburg,<sup>52</sup> der zum Bundesgerichtshof weitergezogen wurde. Mit anderen Worten: Zwei Drittel aller Berichte referierten die Gesetzgebungs- und Rechtsprechungsproblematik, aufgehängt nur an diesem Fall; drei Berichte gehen auf die familiären Gegebenheiten und Lebensverhältnisse ein. Im Laufe der drei Jahre fanden sich in der SZ nur zwei Berichte, die den soziokulturellen Hintergrund anschaulich und die soziale Lage der Betroffenen verständlich machen (Report über Kinderehen vom 12.11.2016; Bericht in der Freising-Ausgabe vom 09.01.2017).

## 5. Gegenverkehr statt Einbahnstraße

Ein für manchen Blattmacher nur schwer zu verdauender Studienbefund betrifft die Art und

---

<sup>50</sup> „In Deutschland ist es verboten, eine Zweitehe einzugehen. Man darf auch erst mit 18 Jahren heiraten, nur mit Einwilligung des Familiengerichts mit 16. Die Rechtslage ist in Deutschland somit eindeutig. In vielen islamischen Staaten dürfen Männer aber bis zu vier Ehefrauen heiraten. Dort ist es üblich, Minderjährige zu verheiraten, auch unter 16 Jahren. Durch die Zuwanderung vieler Flüchtlinge tauchen die Themen Zwangsheirat, Kinderehe und Mehrehe verstärkt auf“ (*Berliner Zeitung*, 17.06.2016).

<sup>51</sup> Journalisten fanden heraus, „dass muslimische Männer Vielweiberei dazu nutzen, um Betrug zu verüben und an mehr Sozialleistungen zu gelangen. Die Taktik besteht darin, dass die Frauen im Jobcenter behaupten, sie seien alleinstehend und wüssten nicht, wer der Vater ihrer Kinder ist. Das funktioniert, weil es in Deutschland, wie in vielen anderen europäischen Staaten, keine Möglichkeit gibt, die Existenz islamischer Ehen zu ermitteln“ (<https://de.gatestoneinstitute.org/8253/vielweiberei-europa>, abgerufen am 27.02.2019).

<sup>52</sup> Auslöser war ein Entscheid des OLG Bamberg im Mai 2016 in einem Streitfall der Stadt Aschaffenburg wegen der Ehe einer 15-jährigen Syrerin (*dpa*, 16.06.2016).

Weise, wie politische Kontroversen und Konfliktthemen von der Redaktion bearbeitet und präsentiert werden. Anhand vieler Beispiele zeigten wir, dass die Zeitungsberichte wie eine Einbahnstraße funktionieren: von den Politikern und deren Sprechern zu den Medien und von dort zum Publikum als deren Empfänger, fertig. Den Anlass, den Fokus und oft auch die Bedeutung setzten nicht die Journalisten, sondern die wie Veranstalter auftretenden Politiker und Behördenchefs, die oft genug andere Ziele verfolgen als dasjenige, die Öffentlichkeit aufklärend zu informieren. Wir zeigten Daten aus der Leserforschung, denen zufolge

- vor allem junge Erwachsene diese Einbahnstraße langweilig finden und ihr nicht folgen wollen;
- Andersdenkende diese Einbahnstraße als doktrinär empfinden und sich verabschieden;
- formal gut gebildete Bürger der Mittelschicht auch andere Stimmen und Sichtweisen wünschen und darum diese Einbahnstraße als Unterforderung ablehnen.

Sie alle erwarten, dass es in der Zeitung – online wie Print – mehr Gegenverkehr gibt.

Es ging in unseren Gesprächen also um die viel zitierten Lesererwartungen. Und hier kam auf beiden Seiten plötzlich der Eindruck auf, man rede aneinander vorbei. Unsere Gesprächspartner waren überzeugt, dass sie längst schon an die Wünsche und Erwartungen ihrer Leser dächten. Wir fanden umgekehrt, dass sie dies just bei dem emotionalisierenden und kontrovers erlebten Problemthema

„Flüchtlingskrise/Migranten“ nicht oder nur ausnahmsweise täten. Chefredakteure meinten, sie seien wie Feinkosthändler, die ihre Angebote so präsentierten, dass den Zielgruppen das Wasser im Munde zusammenlaufe. Wir meinten, sie sollten sich nicht sozusagen als Feinkosthändler verstehen, eher wie qualifizierte Dienstleister – Anwälten oder Ärzten vergleichbar, die sich um die Anliegen derjenigen kümmern, die Aufklärung wünschten. Auf das Zeitungsmachen übertragen: Warum haben Lokalredaktionen so große Schwierigkeiten, heikle Ereignisthemen (auch) aus der Sicht ethnokulturell verschiedener Bevölkerungsgruppen aufzugreifen und deren Wertekonflikte offen anzusprechen? Und warum kommt es so selten vor, dass sie brisante Großthemen „herunterbrechen“ auf die lokale Ebene und dort deren konkrete Geltung recherchieren und beschreiben?

Erstes Beispiel. Sexuelle Gewalt und Prävention:

Am 1. November 2018 meldeten die Agenturen: „Sexualaufklärung für Flüchtlinge gefordert – In Freiburg war Mitte Oktober 2018 eine 18-Jährige nach einem Disco-Besuch mutmaßlich von mehreren Männern vergewaltigt worden. Acht Verdächtige wurden laut Polizei festgenommen: sieben Syrer sowie ein Deutscher. Als Konsequenz aus dem Fall forderte die Integrationsbeauftragte Annette Widmann-Mauz: „Alle Asylsuchenden müssen noch in der Erstaufnahmeeinrichtung Wegweiskurse über das Zusammenleben in Deutschland erhalten – und dazu

gehört, dass es für sexuellen Missbrauch und andere Gewalttaten null Toleranz gibt“ (dpa/epd). Mit diesem Statement gelang es der Staatsministerin, in den Medien deutschlandweit zitiert zu werden.

Naheliegende Fragen aus dem Publikum: Was wäre der Inhalt solcher „Wegweiserkurse“? Geht es nicht eher um psychosoziale Probleme junger vereinsamter Zuwanderer? Wie könnten zweckdienliche Maßnahmen in Erstaufnahmeeinrichtungen praktisch aussehen? Nur eine der erfassten 155 Tageszeitungstitel holte die Meinung einer mit dem Problem befassten Organisation ein (und wurde damit ebenfalls deutschlandweit zitiert): die *Neue Osnabrücker Zeitung* (NOZ). Sie meldete: „Osnabrück. Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl hat sich skeptisch zu der Forderung nach umfassender Sexualaufklärung für Asylbewerber geäußert. Geschäftsführer Günter Burkhardt sagte unserer Redaktion: ‚Man lernt Werte und Normen besser im Alltag als im Unterricht. Sprachkurse, möglichst viele Kontakte mit Ehrenamtlichen, Förderung in der Schule und eine Öffnung des Arbeitsmarktes – das ist die beste Integration und die beste Prävention‘“ (NOZ, 02.11.2018).

Obwohl das Thema „sexuelle Gewalt“ sehr viele Einheimische beschäftigt und viele Frauen ängstigt, fand es keine der 155 Zeitungen angebracht, das Thema auf das Lokale herunterzubrechen, die subjektiv schwierige Lage junger Asylbewerber zu zeigen und mit Zuständigen und Experten über präventive Maßnahmen zu sprechen.

Zweites Beispiel. Fachkräftemangel, Fachkräfteeinwanderungsgesetz und Spurwechsel:

Fast zeitgleich mit dem ersten Beispiel wurde die Frage diskutiert, ob von Abschiebung bedrohten Asylbewerbern, die einen Arbeitsplatz haben und integriert sind, mit dem künftigen Fachkräfteeinwanderungsgesetz ein Bleiberecht eingeräumt werden solle. In einem Interview äußerte sich die zuständige Staatsministerin Widmann-Mauz. Frage: „Der Kompromiss zwischen Union und SPD sieht doch für abgelehnte, aber gut integrierte Asylbewerber die Möglichkeit zum Verbleib in Deutschland vor.“ Antwort: „Und das ist auch richtig. Denn niemand versteht, warum gut integrierte Menschen mit einer Duldung, die auf dem Arbeitsmarkt Fuß gefasst haben, abgeschoben werden sollen, um sie dann über einen anderen Weg wieder anzuwerben. Deshalb war es mir wichtig, für gut Integrierte, die bereits im Land sind, eine pragmatische Lösung zu finden“ (in den von RND/Madsack belieferten Zeitungen am 06.11.2018 veröffentlicht). Im Interview fehlt die Nachfrage, wie denn diese Lösung konkret aussehen könnte (Fachkräfteeinwanderungsgesetz?). In keiner der Zeitungen wurde das Thema ins Regionale übersetzt und am Ort nachgeschaut, welche Unternehmen der Region betroffen sind beziehungsweise profitieren würden. Vier Tage später ließ der baden-württembergische Arbeitgeberverband in Berlin diese Nachricht verbreiten: „Berlin – Sie sind schneller als der Gesetzgeber:

Die Unternehmerinitiative Bleiberecht, die sich dafür einsetzt, dass Flüchtlinge, die eine Arbeit haben, in Deutschland bleiben dürfen. Kaum hat die Bundesregierung die Eckpunkte des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes beschlossen, stellen sie in Berlin ihre genauen Vorstellungen zur Ausgestaltung vor [...].“ Die Arbeitgeber nennen auch Beispiele aus Betrieben in Baden-Württemberg, wo Migranten als Azubis beschäftigt werden. Kurz darauf (16.11.2018) publizieren die Lokalzeitungen, die zur *Südwest Presse* gehören, unter dem Titel „Geschichte eines Erfolges“ die Story über einen „Arfan Hussain“, der nicht im Verbreitungsgebiet der Zeitungen, sondern fern im brandenburgischen Fürstenwalde lebt und als „Lagerfacharbeiter bei Reuthers STC ein wichtiges Rädchen“ sei. Später heißt es im Text: „Es ist eine Geschichte, wie sie Zigtausende Zuwanderer geschrieben haben – und immer noch schreiben.“ Doch das hilft den Leserinnen und Lesern der Lokalausgaben nicht weiter. Sie fragen sich: Wie ist es denn hier bei uns?

Dass dieses Thema auf der lokalen Ebene aus verschiedenen Perspektiven quasi hautnah verfolgt werden kann, zeigte das *Hamburger Abendblatt* (HA). Mit mehreren Rechercheberichten beschrieb es die Inkompetenz der Behörden. Den Auftakt machte ein großer Report mit dem Titel: „Trotz Lehrstelle: Ägypter droht Abschiebung / Die Ausländerbehörde sieht aus formalen Gründen keine andere Möglichkeit. Dabei suchen Hamburger Betriebe händ-

ringend geeignete Auszubildende“ (HA, 03.12.2018). In den folgenden Wochen wurde über den Fall weiter berichtet – bis zum guten Ende: „Geflüchteter Ägypter kann Lehre in Hamburg beginnen“ (06.02.2019).

### 2.3 Folgerungen aus den Diskussionen

Die Journalisten der von uns besuchten Lokalredaktionen kennen das strukturelle Problem der Bürgerferne sehr wohl. Sie verweisen darauf, dass viele Seiten des Lokalteils mittels relativ starrer Produktionsroutinen gefüllt werden. Die halbautomatischen Inputs der lokalen Behörden und Veranstalter, die immer gleichen Termine, dazu die paar Berichterstattungswünsche lokaler Unternehmen und Eventagenturen: Dies alles gehöre zur Chronistenpflicht der Lokalzeitung.

Für dieses Textmanagement sind unserem Eindruck nach die berufserfahrenen Lokalredakteurinnen und -redakteure überqualifiziert. Sie könnten entlastet werden durch redaktionelle Hilfskräfte und Textroboter, die den Pflichtstoff für die verschiedenen Kanäle digital aufbereiten. Tatsächlich verbrauchen viele Redaktionen ihr journalistisches Know-how für solche Produktionsabläufe, während zugleich Zeit und Energie fehlen für Themenfindung und Recherche. Begründet wird dies u. a. mit Sparmaßnahmen des Verlags (verschärft durch Kürzung des Budgets für feste Freie), verbunden mit schleichendem Stellenabbau.

Die naheliegende Frage lautet: Würde sich das Informationsangebot im Sinne verbesserter Bürgernähe markant verändern, wenn

die Lokalredakteurinnen und -redakteure vom Routinejob entlastet würden? Unserem Eindruck nach wäre dies zwar hilfreich, doch genügen würde dies nicht. Denn auch die Zusammensetzung der Redaktion spielt eine Rolle. Wie würde die Zeitung Migrationsthemen behandeln, wenn sie (mehr) Journalisten mit Migrationshintergrund ausbilden und beschäftigen würde? Keine der von uns besuchten Redaktionen verfügte über genügend Erfahrung, um hierzu ein fundiertes Urteil abzugeben.<sup>53</sup>

Dieselbe Frage stellt sich in Bezug auf das soziokulturelle Milieu der Journalisten: Vermutlich fühlt sich der überwiegende Teil der Redaktionsmitglieder der formal gut gebildeten, weltoffen denkenden Mittelschicht zugehörig und lebt privat – Stadtteil, Freundeskreis, Freizeitinteressen – in diesem Milieu. Wir hatten jedenfalls den Eindruck, dass so mancher Lokaljournalist auf die Frage, ob er die Flüchtlingsunterkunft am Stadtrand aufsuchen und dort recherchieren wolle, recht verunsichert reagierte. Die Aversion, an fremden Orten genau hinzuschauen und zuzuhören, so schien uns, gilt auch hinsichtlich anderer sozialer Milieus.

Nun geht es nicht darum, dass die Lokalzeitung die soziale Struktur der Bevölkerung

abzubilden hätte. Aber sie sollte wissen, was und wen sie vielleicht zu oft und wen selten oder gar nicht thematisiert, um zu prüfen, ob in der Zeitung – vor allem auf ihrer Newssite – das Stadtgespräch stattfindet oder ob sich hier der gehobene Mittelstand mit Magistraten, Entscheidern und der Lokalprominenz trifft. Der Lokalchef einer Zeitung mit achtseitigem Lokalteil hat sich jetzt vorgenommen, mit einer entsprechend programmierten Retrieval-Software die Struktur seines Lokalteils am Ende jedes Monats auszuzählen: Wie oft kamen welche Mandats- und Funktionsträger, Behördensprecher, lokalen Unternehmer und Dienstleister sowie Akteure sozialer und künstlerischer Initiativen zur Sprache – und welche nicht? Wie viele weibliche, wie viele männliche Personen aus welchen Altersgruppen, Berufsfeldern und (soweit erkennbar) sozialen Milieus? Anhand dieses Diagnoseinstruments, meinte er, werde seine Redaktion erkennen, was zu tun ist, um mit der lokalen Bevölkerung ins Gespräch zu kommen. Über deren Themeninteresse wäre dann noch zu reden.

Man möchte mit den Zeitungsmachern hoffen, dass es für solche Innovationen nicht schon zu spät ist.

---

<sup>53</sup> Das Problem ist bekannt. „Medienunternehmen schreiben sich zwar Vielfalt auf die Fahnen. Die Realität sieht anders aus. Jeder fünfte Einwohner in Deutschland hat einen Migrationshintergrund; in den Redaktionen nur jeder fünfzigste“ (NDR-Zapp, 08.02.2017). Seither werden verschiedene Ansätze erprobt. Darunter das Konzept „Amal“, das allerdings an Migranten adressiert ist. „Amal, Hamburg! ist eine Kooperation der Evangelischen Journalistenschule und der Körber-Stiftung, unterstützt vom *Hamburger Abendblatt* und der Evangelischen Kirche in Deutschland. Bereits seit 2017 ist das Schwesterprojekt Amal, Berlin! online“ (Pressemitteilung der Körber-Stiftung vom 02.04.2019).

## Resümee: „Lernen“ in Medienredaktionen

Beide Teile dieses Berichts verbindet die Frage nach Lernprozessen.

Im ersten Teil geht es darum, ob die Blattmacher der Leitmedien das Problemthema „Migrationspakt“ im zweiten Halbjahr 2018 – im Vergleich zum Problemthema „Flüchtlingskrise“ drei Jahre zuvor – adäquat und diskursiv vermittelt haben.

Den zweiten Teil bestimmt die Frage, ob die Lokaljournalisten die in unserer Studie von 2017 ermittelten Dysfunktionen nachvollziehen und gegebenenfalls ihren Umgang mit lokalen Konfliktthemen verändern konnten beziehungsweise wollten.

Abschließend soll erläutert werden, was ich unter „Lernprozessen“ verstehe und wie solche Prozesse in Medienredaktionen in Gang gesetzt beziehungsweise in Gang gehalten werden können. Die von Betriebswirten erdachten Theorien des „organisationalen Lernens“ operieren wie das simple Konzept der Fehlerbeseitigung: Sie modellieren „kollektives Lernen in einer Organisation“ (für uns: in Redaktionen) analog zum personalen Lernen in vier Schritten (Liewrow u. a. 2006: 130 ff.):

- (1) Definition des Lernziels,
- (2) Training und Internalisierung der zu erwerbenden Fertigkeiten (Kompetenzen),
- (3) periodische Lernerfolgskontrollen (wie Tests),
- (4) Anpassung der erworbenen Kompetenzen an die Produktionsprozesse wie auch der Prozesse an die erworbenen Fertigkeiten.

Übertragen auf unseren Befund, dass die Journalisten sich in erster Linie an den politischen Eliten orientieren, kaum aber Betroffene mit ihren abweichenden oder kontroversen Erfahrungen und Positionen zu Wort kommen lassen, sähe der redaktionelle Lernprozess etwa so aus:

Die Chefredaktion definiert als neues Ziel, die Anliegen der Bevölkerung bei der Produktion von Aussagen einzubeziehen. Also werden Redaktionsmitglieder angehalten, die Leserinnen/Nutzer in ihren Berichten anzusprechen (etwa dadurch, dass sie nützlich erscheinende Aspekte aufgreifen, Erklärtex te beifügen, mögliche Leserfragen rhetorisch stellen und beantworten). Parallel dazu werden Online-Plattformen eingerichtet und Kommentarspalten von Redakteurinnen eröffnet. Von Zeit zu Zeit werden Art und Umfang der Leserbeteiligung überprüft und es wird gegebenenfalls nachjustiert. Das Rollenverständnis und die gesellschaftspolitische Orientierung der Journalisten jedoch bleiben davon unberührt.

In vielen Medienredaktionen kann man beobachten, wie solche Prozesse vom neu geschaffenen Redaktionsmanagement überformt werden: Die vorhandenen Ressourcen (Geld, Personal, Technik) sollen effizienter eingesetzt und die publizistischen mit den betriebswirtschaftlichen Zielen verschmolzen werden (Weichler 2003: 135-147). Das Maßnahmenpaket dient jetzt den Zielen: Änderung der Themenpalette nach Maßgabe der Aufmerksamkeitsökonomie; Automatisierung

der Content-Management-Routinen plus Abbau des Personalbestands. Auf der operativen Ebene kommt es zu folgenden Veränderungen: horizontale Erweiterung der Leitungsebenen, Abbau vermeintlicher Redundanzen (wie: Korrektorat, Chef vom Dienst), Coaching der früheren Ressort-, jetzt Team- und Redaktionsleiter für das multi- und crossmediale Produzieren sowie Implementierung diverser Messinstrumente, die nach dem Reiz-Reaktions-Muster die objektbezogene Aufmerksamkeit der Leserinnen/User messen und steigern. Der Dialog mit dem Publikum wird zu einer Programmieraufgabe der IT-Abteilung.

Unabhängig von der Frage, ob solche Neuerungen als Anpassungsprozess an die veränderten Rahmenbedingungen der Online-medienwelt in Kauf genommen werden müssen, kann eine Stärkung der Reputation, eine Steigerung der Glaubwürdigkeit, eine Erhöhung der journalistischen Orientierungsleistung auch nach Einschätzung vieler Medienbeobachter so nicht erzielt werden.<sup>54</sup>

### **Organisationales Lernen ja – aber wie?**

Aus meiner Sicht hängt dieser betrübliche Befund vor allem damit zusammen, dass solche Veränderungen in Wahrheit keine organisationalen Lernprozesse abbilden, sondern dass sie Anpassungen an kommerzialisierte Medienmärkte nach Maßgabe technologischer Zwecke und betriebswirtschaftlicher Ziele sind. Lernprozesse sehen anders aus. Auch unter

dem (für den Journalismus nur begrenzt tauglichen) Paradigma der Marktwirtschaft muss organisationales Lernen sehr viel anspruchsvoller modelliert werden.

Unter Ökonomen, nicht aber unter Medienmachern und Redaktionsleitern, wird das schon vor vierzig Jahren entwickelte und seither kontinuierlich ausgebaute Theoriekonzept der US-Amerikaner Chris Argyris und Donald A. Schön als Standard verstanden. Die beiden Ökonomen fanden heraus, dass eine erfolgreiche Organisation

- ununterbrochen lernen muss sowie
- auf zwei Ebenen zugleich lernen sollte („Double-Loop Learning“, Lernen als Doppelschleife): auf der Handlungsebene zwecks Anpassung der Produktionsroutinen, auf der Ebene der „Tiefenstruktur“ zur Überprüfung und Modifizierung des normativen Fundaments, also der Unternehmensziele und -leitbilder (Argyris/Schön 2002).

Organisationen, die nur die operative Lernschleife vollziehen, praktizieren das simple „Anpassungslernen“ an veränderte Umstände, in unserem Beispiel: Anpassung des Verlags an den digital erweiterten, sich in der Online-welt ausdifferenzierenden Medienmarkt. Das Lernen als Doppelschleife hingegen fokussiert und verändert die normative Fundierung der Organisation. Dieser Lernprozess ist darauf aus, die mit dem Sinn der Organisation verbundenen Ziele zu schärfen und mit den Erwartun-

---

<sup>54</sup> Stellvertretend: Arlt/Storz (2016) unter: <http://www.carta.info/82259/aufklaerung-animationsarbeit-zur-deformation-des-journalismus/> (abgerufen am 30.03.2019); zur Lage des westlichen Journalismus: Zehnder (2017).



gen der veränderten Umwelt zu synchronisieren. Dies ist ein Transformationsprozess, bei dem es nicht (primär) um Anpassung geht, sondern um die Beziehung zur sozialen Umwelt, die durch Werte und Ziele bestimmt wird – auf operativer Ebene durch das, was Managementtheoretiker unter dem Begriff „Prozesslernen“ fassen (Becker u. a. 2005: 17 ff.).

Wenn wir dieses Lernprogramm auf die Redaktionen anwenden, dann steht die normative Fundierung des Informationsjournalismus im Mittelpunkt. Sein Leitbild, seine mit der „öffentlichen Aufgabe“ etikettierte Legitimation dienen nicht der Aufmerksamkeitsökonomie, sondern der Idee der Zivilgesellschaft, die an der Politik partizipieren und an den Willensbildungsprozessen beteiligt sein möchte. Unter diesem Leitbild agieren die journalistischen Medien aus kritischer Distanz; ihr Interesse gilt nicht der Vermarktung von Informationen, sondern dem öffentlichen Diskurs und der gesellschaftlichen Verständigung (Brosda 2008: 324). Auf der operativen Ebene übernimmt ein solcher Informationsjournalismus die Funktion, alle relevanten Positionen und Denkrichtungen sichtbar zu machen und verständigungsorientiert aufzubereiten – sozialpsychologisch gesagt: integrativ zu funktionieren. Dies kann gelingen, wenn die „herrschende Meinung“ nicht gefeiert, sondern wenn sie mit den Argumenten der Skeptiker, der Andersdenkenden, der Verängstigten und Verärgerten konfrontiert wird. Diskurstheoretisch soll es um „die Rückkopplung zwischen den informierten Elitediskursen und einer aufnahme- und reaktionsbereiten Zivilgesellschaft“ gehen (Habermas 2007: 139).

Dieser Anspruch klingt sehr theoretisch, er ist es aber nicht. Vielmehr lässt er sich leicht in einen Katalog von Anforderungen an den Informationsjournalismus übersetzen (Haller 2017: 9-12), wie ich ihn oben in diesem Bericht (siehe S. 34) zusammengefasst habe.

### Was wurde gelernt?

Die im ersten Teil zusammengetragenen Befunde über die Behandlung des Problemthemas „UN-Migrationspakt“ können nun als Indizien für den skizzierten „Double Loop“ gedeutet werden: Im Unterschied zur polarisierenden Umsetzung des Großthemas „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015 folgen jetzt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Die Welt* dem Leitbild des diskursiven Journalismus, der verständigungsorientiert thematisiert. Demgegenüber beharren die *Süddeutsche Zeitung*, die *tageszeitung* und mitunter die *Bild-Zeitung* auf ihrem Anspruch, die jeweils richtige Sicht dem Publikum monodirektional kundzutun. Dass man abweichende Stimmen aus dem Publikum berücksichtigen soll, ist eine Einsicht, die nur die operative Ebene betrifft: kein Lernen, sondern Anpassung an eine veränderte Nachfrage. Für die *Tagesschau* gilt nicht mal dies; sie folgt ihrem tradierten Leitbild des moralisierenden Belehrungsjournalismus.

Für viele Journalisten der Lokal- und Regionalzeitungen – dies zeigen die im zweiten Teil berichteten Gespräche – stoßen manche Lernprozesse an die Kapazitätsgrenzen ihrer Organisation. Dort wird das organisationale Lernen für ökonomisch überlebenswichtige Anpassungsprozesse eingesetzt und vielerorts

auch aufgebraucht. Das erwünschte, aus meiner Sicht notwendige Double-Loop-Lernen wird vielerorts mittels „defensiver Routinen“ (Argyris/Schön 2002) unterlaufen, mit Verweis auf Widersprüche im Unternehmensleitbild abgebrochen oder mit dem Hinweis auf mangelnde Ressourcen beziehungsweise auf Ressourcenkürzungen für nicht machbar erklärt.

Es stimmt ja auch: Bisläng wurde noch kein Konzept verwirklicht, mit dem man den Informationsjournalismus im harten Wettbewerb mit scheinbar kostenfreien Newsanbietern und Plattformbetreibern auf normativ fundierte Funktionszwecke verpflichten *und* finanzieren kann. Dieses Dilemma sollte im Blick behalten werden, wenn wir Dysfunktionen abbauen

und darum organisationales Lernen einfordern wollen. Denn inzwischen ist der Lokaljournalismus – vielleicht auch wegen seiner unzureichenden, auf Anpassung getrimmten Form – existenziell bedroht. Längst folgen auch die lokalen Medien mehr der Aufmerksamkeitsökonomie als der Diskursidee.

Und doch ahnt man dies: Wenn der Lokaljournalismus untergeht, wird der öffentliche Diskurs in Echokammern zerfallen und das Feld den Ideologien radikalierter Gruppen überlassen. Es gibt genügend Räume, die dies beispielhaft sichtbar machen – nicht nur in Sachsen und im Ruhrpott, sondern inzwischen auch in durchaus bürgerlichen Gegenden Thüringens, Niedersachsens und Bayerns.

## Literatur

ARD-Forschungsdienst (2018): Digitale Mediennutzung von Jugendlichen und politische Partizipation, in: Media Perspektiven, S. 389-392

Argyris, Chris; Donald A. Schön (1996): Organizational Learning II: Theory, Method and Practice Reading; deutsch: Die lernende Organisation: Grundlagen, Methode, Praxis (2002), Stuttgart: Klett-Cotta.

Arlt, Dorothee; Jens Wolling (2017): Die Flüchtlingsdebatte in den Medien aus der Perspektive der Bevölkerung, in: Media Perspektiven 6, S. 325-337.

Becker, Jörg; Wilhelm Berning; Dieter Kahn (2005): Projektmanagement, in: J. Becker, Martin Kugeler, Michael Rosemann (Hg.) (2005): Prozessmanagement. Ein Leitfaden zur prozessorientierten Organisationsgestaltung, Berlin: Springer, S. 17-44.

Brosda, Carsten (2008): Diskursiver Journalismus. Journalistisches Handeln zwischen kommunikativer Vernunft und mediensystemischem Zwang, Wiesbaden: Springer.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2011): Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung, Berlin.

Eimeren, Birgit van; Rusanna Gaber; Wolfgang Koch; Christian Schröter (2017): Mediennutzung junger Berufseinsteiger. Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung, in: Media Perspektiven, S. 16-25.

Gäbler, Bernd (2018): AfD und Medien. Erfahrungen und Lehren für die Praxis. Otto Brenner Stiftung, Arbeitsheft Nr. 95 (als PDF-Datei zum Download verfügbar: [https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user\\_data/stiftung/o2\\_Wissenschaftsportal/o3\\_Publikationen/AH95\\_Gaebler\\_AfD\\_II.pdf](https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/o2_Wissenschaftsportal/o3_Publikationen/AH95_Gaebler_AfD_II.pdf)).

Glees, Anthony (2017): Bye-bye Britain – Wie Angela Merkel den Ausschlag zum Brexit gab, in: Philip Plickert (Hg.), Merkel – eine kritische Bilanz, München: FBV, S. 199-208.

Habermas, Jürgen (2007): Kommunikative Rationalität und grenzüberschreitende Politik: eine Replik, in: Peter Niesen, Benjamin Herborth (Hg.): Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 431.

Haller, Michael (2014): Brauchen wir Zeitungen? Zehn Gründe, warum die Zeitungen untergehen. Und zehn Vorschläge, wie dies verhindert werden kann, Köln: Halem-Verlag.

Haller, Michael (2016): Wie kann Verständigung gelingen? Der Auftrag des Journalismus und das Misstrauen des Publikums, in: Bertelsmann Stiftung (Hg.), Vielfalt statt Abgrenzung. Wohin steuert Deutschland in der Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge?, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 171-192.

Haller, Michael (2017): Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien. Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information, Frankfurt: Otto Brenner Stiftung, Arbeitsheft Nr. 93 (Printausgabe inzwischen vergriffen, aber als PDF-Datei zum Download verfügbar: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/studien-2017/die-fluechtlingskrise-in-den-medien/>).

Hofbauer, Hannes (2018): Kritik der Migration. Wer profitiert und wer verliert, Wien: Promedia Verlag.

Huber, Peter M. (2016): Der Rechtsstaat unter Druck, in: Otto Depenheuer, Christoph Grabenwarter (Hg.), Der Staat in der Flüchtlingskrise. Zwischen gutem Willen und geltendem Recht, Paderborn: Schöningh, S. 40-52.

Jackob, Nikolaus; Tanjev Schultz; Marc Ziegele; Christian Schemer; Oliver Quiring (2017): Mediengyniker und Medienfans. Merkmale eines gespaltenen Publikums, in: Michael Haller (Hg.), Öffentliches Vertrauen in der Mediengesellschaft, Köln: Halem Verlag, S. 118-138.

Jahn, Egbert (2015): Wir schaffen das (nicht)! – Die Ratlosigkeit der deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik, Frankfurter Montags-Vorlesungen, 2. und 16. November 2015. (Zum Download verfügbar unter: [http://www.fb03.uni-frankfurt.de/60218297/ZSFraMoV47\\_48\\_NET\\_Fl%C3%BChtlingspolitik\\_54\\_55\\_230216.pdf](http://www.fb03.uni-frankfurt.de/60218297/ZSFraMoV47_48_NET_Fl%C3%BChtlingspolitik_54_55_230216.pdf)).

Koszyk, Kurt (1999): Presse unter alliierter Besatzung, in: Jürgen Wilke (Hg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln: Böhlau Verlag, S. 31-58.

Liewrow, Michael A.; Jörg Freiling (2006): Determinanten der Bildung von Kompetenzen und ihr Einfluss auf den Internationalisierungserfolg, in: Christoph Burmann, Jörg Freiling, Michael Hülsmann (Hg.), Neue Perspektiven des Strategischen Kompetenz-Managements, Wiesbaden: Gabler-Verlag.

Maurer, Marcus; Pablo Jost; Jörg Haßler; Simon Kruschinski (2019): Auf den Spuren der Lügenpresse. Zur Richtigkeit und Ausgewogenheit der Medienberichterstattung in der „Flüchtlingskrise“, in: Publizistik 64, S. 14-35.

Stegemann, Bernd (2018): Die Moralfalle. Für eine Befreiung linker Politik, Berlin: Matthes & Seitz.

Weichler, Kurt (2003): Redaktionsmanagement, Konstanz: UVK.

Zehnder, Matthias (2017): Die Aufmerksamkeitsfalle. Wie die Medien zu Populismus führen, Basel: Zytglogge Verlag.

Zulehner, Paul Michael (2016): ‚Wir schaffen das!‘ Angela Merkels Satz aller Sätze feiert Geburtstag. Zum ersten Mal sagte sie ihn am 31. August 2015. Was ist aus ihm geworden? Ein Essay über Hoffnungen und Enttäuschungen – und die Kraft der Begegnung, in: Publik-Forum Nr. 16, 26. August 2016, S. 18-20.

## Verzeichnis Abbildungen und Tabelle

Abbildung 1:	Thema „UN-Migrationspakt“ in überregionalen Tagesmedien im 2. Halbjahr 2018: Anzahl der Texte im redaktionellen Teil.....	10
Abbildung 2:	Themenkarriere „UN-Migrationspakt“ im Verlauf des 2. Halbjahres 2018 .....	11
Abbildung 3:	Thema „UN-Migrationspakt“ in überregionalen Tagesmedien im 2. Halbjahr 2018: Texte, in denen deutsche Parteien zu Wort kommen .....	22
Abbildung 4:	Thema „UN-Migrationspakt“ in überregionalen Tagesmedien im 2. Halbjahr 2018: Wie häufig wurde welche Partei mit ihren Akteuren genannt?.....	24
Tabelle 1:	Pauschalisierende Sprache: Flüchtlinge und Migranten .....	45

## Hinweise zum Autor

**Michael Haller**, Prof. Dr. phil., ist wissenschaftlicher Direktor des Europäischen Instituts für Journalismus- und Kommunikationsforschung (EIJK). Bis zu seiner Emeritierung im Herbst 2010 hatte er den Journalistik-Lehrstuhl an der Universität Leipzig inne, wo er den 1992 reformierten Diplomstudiengang Journalistik aufgebaut hat. Seine Forschungsgebiete: Redaktions- und Qualitätsforschung (Print und Online) sowie Berufs- und Medienethik. Vor seinem Ruf an die Universität Leipzig war Haller 25 Jahre lang als Reporter und Redakteur in verschiedenen Pressemedien des deutschen Sprachraums tätig, darunter 13 Jahre beim *Spiegel*, dann als Ressortleiter bei der *Zeit*. Als Beirat verschiedener Einrichtungen des deutschen Sprachraums ist er in der Journalistenweiterbildung tätig.

Michael Haller veröffentlichte zahlreiche Fachpublikationen, insbesondere zum Funktionswandel und zu Problemen des Journalismus in Zeiten des Medienwandels sowie der Digitalisierung der Kommunikation. Hallers Grundlagenbücher zur journalistischen Profession (Recherche, Reportage, Interview, Zeitungsjournalismus) haben in der Branche Standards gesetzt.

- Nr. 36 Krimis, Kontroversen, Kochrezepte – Das Regionale in den Dritten der ARD – mit aktuellen Programmanalysen von rbb und SWR (Joachim Trebbe, Eva Spittka)
- Nr. 35 Agenda-Setting bei ARD und ZDF? – Analyse politischer Sendungen vor der Bundestagswahl 2017 (Marc Liesching, Gabriele Hooffacker)
- Nr. 34 Demoskopie, Medien und Politik – Ein Schulterschluss mit Risiken und Nebenwirkungen (Thomas Wind)
- Nr. 33 Zwischen Fanreportern und Spielverderbern – Fußballjournalismus auf dem Prüfstand (Tonio Postel)
- Nr. 32 Unsichere Arbeit – unsichere Mitbestimmung. Die Interessenvertretung atypisch Beschäftigter (Berndt Keller)
- Nr. 31 Aufstocker im Bundestag III – Eröffnungsbilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten zu Beginn der 19. Wahlperiode (Sven Osterberg)
- Nr. 30 Netzwerk AfD. Die neuen Allianzen im Bundestag (Malene Gürgen, Christian Jakob, Sabine am Orde)
- Nr. 29 Lindners FDP. Profil – Strategie – Perspektiven (Michael Freckmann)
- Nr. 28 Unternehmensteuern in Deutschland. Rechtliche Grauzonen und zivilgesellschaftliche Alternativen (Christoph Trautvetter, Silke Ötsch, Markus Henn)
- Nr. 27 Polarisiert und radikalisiert? Medienmisstrauen und die Folgen (Oliver Decker, Alexander Yendell, Johannes Kiess, Elmar Brähler)
- Nr. 26 Aufstocker im Bundestag II – Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 18. Wahlperiode (Sven Osterberg)
- Nr. 25 Unterhaltung aus Bayern, Klatsch aus Hessen? Eine Programmanalyse von BR und hr (Eva Spittka, Matthias Wagner und Anne Beier)
- Nr. 24 #MythosTwitter – Chancen und Grenzen eines sozialen Mediums (Mathias König und Wolfgang König)
- Nr. 23 Informationsfreiheit – Mehr Transparenz für mehr Demokratie (Arne Semsrott)
- Nr. 22 Journalist oder Animateur – ein Beruf im Umbruch. Thesen, Analysen und Materialien zur Journalismusdebatte (Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz)
- Nr. 21 Ausverkauf des Journalismus? – Medienverlage und Lobbyorganisationen als Kooperationspartner (Marvin Oppong)
- Nr. 20 Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale (Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster)

## Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert Konferenzen, lobt jährlich den „Brenner-Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen, vergibt Kurzstudien und legt aktuelle Analysen vor.

... informiert regelmäßig mit einem Newsletter über Projekte, Publikationen, Termine und Veranstaltungen.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit.

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 29. Mai 2018 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

## Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

### Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- **Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens**

**Bank:** HELABA Frankfurt/Main  
**IBAN:** DE11 5005 0000 0090 5460 03  
**BIC:** HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- **Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)**
- **Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa**
- **Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit**

**Bank:** HELABA Frankfurt/Main  
**IBAN:** DE86 5005 0000 0090 5460 11  
**BIC:** HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

## Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 98**  
Lutz Frühbrodt, Annette Floren  
**Unboxing YouTube**  
Im Netzwerk der Profis und Profiteure
- **OBS-Arbeitsheft 97**  
Wolfgang Schroeder, Stefan Fuchs  
**Neue Mitglieder für die Gewerkschaften**  
Mitgliederpolitik als neues Politikfeld der IG Metall
- **OBS-Arbeitsheft 96**  
Rainer Faus, Simon Storks  
**Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten?**  
OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration
- **OBS-Arbeitsheft 95\***  
Bernd Gäbler  
**AfD und Medien**  
Erfahrungen und Lehren für die Praxis
- **OBS-Arbeitsheft 94\***  
Olaf Hoffjahn, Oliver Haidukiewicz  
**Deutschlands Blogger**  
Die unterschätzten Journalisten
- **OBS-Arbeitsheft 93\***  
Michael Haller  
**Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien**  
Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information
- **OBS-Arbeitsheft 92\***  
Bernd Gäbler  
**AfD und Medien**  
Analyse und Handreichungen
- **OBS-Arbeitsheft 91\***  
Alexander Hensel, Florian Finkbeiner u. a.  
**Die AfD vor der Bundestagswahl 2017**  
Vom Protest zur parlamentarischen Opposition
- **OBS-Arbeitsheft 90\***  
Hans-Jürgen Arlt, Martin Kempe, Sven Osterberg  
**Die Zukunft der Arbeit als öffentliches Thema**  
Presseberichterstattung zwischen Mainstream und blinden Flecken
- **OBS-Arbeitsheft 89**  
Christina Köhler, Pablo Jost  
**Tarifkonflikte in den Medien**  
Was prägt die Berichterstattung über Arbeitskämpfe?
- **OBS-Arbeitsheft 88\***  
Bernd Gäbler  
**Quatsch oder Aufklärung?**  
Witz und Politik in heute show und Co.

\* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.



## **OBS-Arbeitspapier 37**

### **Zwischen „Flüchtlingskrise“ und „Migrationspakt“**

Mediale Lernprozesse auf dem Prüfstand